

Leipzig NEUE

**LINKE MONATSZEITUNG
FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE**

- **1000 Gespräche mit Betroffenen**
Im Disput: »Hartz IV« und »LINKS. hilft« **Seiten 4/5**
- **Renaissance des Judentums**
Initiativen in Leipzig, Dresden und Chemnitz **Seiten 7/9**
- **Made in China**
Hintergründe über ein Land der Widersprüche **Seite 12**
- **Die »Kapitulanten« der SED**
Eine Promotion zur DDR-Geschichte **Seite 16**
- **Deutschland einig Vaterland**
Erinnerungen und Fakten – nach 20 Jahren **Seite 18**
- **LN-Antiquariat: Timur und sein Trupp**
Nach 70 Jahren wiedergelesen **Seite 20**

2

2010

2,00
Euro

18. Jahrgang
12. Februar

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1,80 Euro
im Abo



Foto: Gerd Eiltzer

Editorial

Vielleicht irritiert Sie unser farbiges Titelbild. Aber: Die Aussage gegen eine der schwärzesten und schmutzigsten Ideologien im gegenwärtigen deutschen Alltag hat sich nicht etwa durch eine Montage ergeben, nein, das Foto mit dieser jungen Frau ist real und dokumentiert unübersehbar: »Widerstand ist schön«. Und Christin weiß sehr genau, warum sie gerade diese Forderungen – für alle lesbar – in den Händen hält. In den Block der Journalisten gibt es in dieser Angelegenheit viel zu stenografieren (wenn man es noch kann): So sind im Zuge einer Razzia in Dresden eben diese Mobilisierungsplakate für den 13. Februar sowie Aufrufe beschlagnahmt worden. Nachdem der sächsische Verfassungsschutzpräsident Boos Krawalle für den 13. Februar praktisch herbeiredete, folgte die offenkundige vorbereitende Kriminalisierung, der zu erwartenden Proteste gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch. Man will offenbar fein säuberlich aufteilen zwischen Gut (Menschenkette, Friedensgebete) und Böse (Blockierende). In Berlin gab es entsprechende Durchsuchungen im Infoladen »Red Stuff« gekommen.

Auch der DGB Sachsen rief die Gewerkschaftsmitglieder auf, sich zum 65. Jahrestag der Zerstörung Dresdens am Widerstand gegen die Neonazis zu beteiligen. Unterstützt werden alle Protestaktionen, die darauf gerichtet sind, sich dem provokanten Aufmarsch friedlich entgegenzustellen. Eine »Geh Denken«-Demonstration wie im vergangenen Jahr wird es nicht geben. Zwei Aufrufe stehen dabei im Mittelpunkt: Die Menschenkette »Erinnern und handeln. Für mein Dresden.« wird u.a. von der DGB-Region Oberes Elbtal unterstützt. Gedacht als symbolischer Wall um die Innenstadt. Fünf Bundesgewerkschaftsjugendenden unterstützen den Aufruf vom Bündnis »Nazifrei! Dresden stellt sich quer!« Soweit zum Stenografierten aus meinem Block der letzten Tage.

Alle angedeuteten Verdächtigungen, Festnahmen und Untersuchungen beweisen, neben dem allgemeinen Wirbel, vor allem aktive Gegenwehr. Tausende, auch in Leipzig, haben sich mit dem »Aufruf« solidarisiert. Das auf unserem Titelbild gehaltene Plakat fand dadurch eine öffentliche Verbreitung, von der die Organisatoren der Dresdener Gegenwehr sonst nur geträumt hätten.

• JOST WEISS

Kommentiert

Die Ärmel aufkrepeln?

Diese Überschrift steht bekanntlich für anstrengenden und unbequeme Eifer, um etwas ganz Bestimmtes zu erreichen.

Kürzlich lernte ich nun den »Systemumkreppler« kennen, der sich den rechten Ärmel seines schneeweißen Oberhemdes mit der linken Hand aufkrepelte. Er lächelte dabei. Es war unser neuer und dynamischer Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler.

Sein Interview lag in meinem Briefkasten als Teil des (noch?) kostenlos und regelmäßig zugestellten Versicherungsmagazins meiner Krankenkasse, der ich seit 20 Jahren angehöre. Sie kommt mich zwar im Laufe der Jahre immer teurer zu stehen, aber ich werde ja auch immer älter und damit wohl auch kostspieliger.

In besagtem Interview traf nun der Magazinchef auf den Chefsanierer und Arzt am Bett unserer Krankenversicherung. Geredet wurde über die Pläne des jungen Ministers selbige »robust« und »zukunftsicher« zu gestalten. Bei »zukunftsicher« gehe ich für seine Generation verständlicherweise noch mit, bei »robust« denke ich an die Methoden des berühmten berühmten Dr. Eisenbart, der die Leute kuriert, nach seiner Art.

Rösler im Originaltext: »Harmonie ist

wichtig, noch wichtiger ist eine robuste Krankenversicherung.« Ein Satz über den man Doktorarbeiten schreiben müsste. Sehr geehrter Herr Minister! Es geht gerade in Ihrem Bereich um Kranke, Hilflöse, um teilweise nicht mehr Selbstbestimmte. Die können und wollen ihre Krankenversicherung nicht aus ca. 140 Angeboten eines Kataloges auswählen. Sie brauchen gesellschaftliche Solidarität, auch (wenn vorhanden) des Arbeitgebers. Deren Kraft der Argumente, lässt übrigens spürbar seit ihrem gesetzlich eingefrorenen Teilbeitrag nach. Fairer Wettbewerb, mündige Bürger, Preis- und Leistungsverhältnis, gute Verträge. Das sind weitere Töne im Ministerinterview. Sie standen dem Wirtschaftsminister Rösler gut zu Gesicht, bei einem Gesundheitsminister lösen sie – zumindest bei mir – Temperaturanstieg aus. Noch kann ich meiner robusten Gesundheit vertrauen. Beim »Systemumkreppler« mit höheren Gebühren leidet sie. Wir Versicherten können die Angelegenheit nicht kurieren, dazu fehlt uns die Macht und manchmal die Gesundheit. Aber Protestieren! Na, klar. Der Minister hat schon mit Rücktritt gedroht und redet nur noch über Kosten.

• MICHAEL ZOCK

Wo sind Gallier?

Als 2002 im Leipziger Norden der erste Spatenstich fürs neue BMW-Werk erfolgte, gab es erstens Versprechungen und zweitens für die armen Schlucker der Autoschmiede ein paar Notgroschen aus Brüssel, so runde 360 Millionen Euro – mehr als ein Viertel der gesamten Investitionssumme.

Als das Werk die Produktion aufnahm, wurden die Versprechungen wiederholt: 5 500 Arbeiter sollten im Endausbau modernste Autos zusammenschrauben. Außerdem kündigten die Konzerngewaltigen an, noch einmal so viele Arbeitsplätze würden in mittelständischen Unternehmen der Region hinzukommen, die für die Autofirma zuliefern. Also etwa mehr als 10 000 Arbeitsplätze. Inzwischen sieht die Wirklichkeit anders aus: Rund 2 500 Arbeitsplätze – ein-

schließlich der Zeitarbeiter – sind in Leipzig entstanden. Dazu kommen noch ein paar Zulieferer, die aber nur ein Teil ihres Geldes bei BMW verdienen. Aber die Produktion bei den bayrischen Zulieferern wurde hochgefahren. Das heißt, BMW nahm zwar die Beihilfen an, brachte aber nicht die versprochenen Arbeitsplätze in Sachsen. Als die Chefs der Leipziger Unternehmerverbände gefragt wurden, wie sie das sehen, reagierten Topf und Dirschka merkwürdig. Sie erinnerten an die Römer in den Asterix-Filmen, wenn sie angreifen sollen. Sie schauen in die Luft und fragen: »Wo sind hier Gallier?« Interessenvertretung von Unternehmen durch Verbände sollte eigentlich anders aussehen.

• THOMAS KRAFT

Gedenk- und Totenbuch übergeben



Während der Übergabe im Neuen Rathaus. Bürgermeister Andreas Müller, Superintendent i.R. Friedrich Magirus (von rechts) Foto:Eiltzer

Am 27. Januar, dem Tag der Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft, wurde in Leipzig durch eine ehrenamtliche Arbeitsgruppe die elektronische Fassung eines Gedenk- und Totenbuches der Leipziger Opfer von 1933-1945 übergeben.

In vielen Medien wurde dieser Gedenktag auch dieses Jahr als »Holocaust-Gedenktag« bezeichnet, womit jedoch die Opfer dieser verbrecherischen Gewaltherrschaft auf die ermordeten jüdischen Männer, Frauen und Kinder reduziert werden. Das neue Gedenkbuch zeigt jedoch, dass diese Verkürzung, trotz der riesigen Zahl ermordeter jüdischer Mitbürger, den Opferzahlen insgesamt nicht gerecht wird.

Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe geht auf den Stadtratsbeschluss II-385/2000 zurück. Es dauerte bis Mitte Mai 2005, bis sich das Amt für Stadtgrün und Gewässer, Abteilung Friedhöfe dieser Aufgabe annahm. Leiter wurde Dr. Günter Schmidt vom Friedhofsamt, der sich bei der Erforschung und Erhaltung der Opfergräber in Leipzig bereits sehr verdient gemacht hatte. Zur Mitarbeit gewann er die Israelitische Religionsgemeinde Leipzig, den Stadtvorstand des Bundes der Antifaschisten, das Archiv Bürgerbewegung/Aktion Stolpersteine, den Förderverein »Dr. Margarete Blank«/Gedenkstätte für Zwangsarbeiter Leipzig, den Psychiatriekoordinator des Gesundheitsamtes und vier Bürger, die sich z.T. schon seit Jahren mit einschlägiger Forschung beschäftigten.

In anderen Städten bereits existierende Gedenkbücher beschränken sich in der Regel auf die Holocaustopfer und in wenigen Fällen auch auf die politisch Verfolgten. In Leipzig werden jedoch auch die Opfer unter den Sinti und Roma, den Zeugen Jehovas, den Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern, den wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung Verfolgten, den Euthanasieopfern, den hingerichteten oder in Strafeinheiten umgekommenen Wehrmachtssoldaten und den Toten der drei Mordaktionen vom April 1945 erfasst. Bisher konnten etwa 8 500 NS-Opfer ermittelt werden.

Die größte Zahl an Opfern hatte die jüdische Gemeinde Leipzigs zu verzeichnen. Insgesamt konnten bisher die Namen von etwa 2 000 ermordeten oder in den Tod getriebenen jüdischen Mitbürgern ermittelt werden. Hinzu kommen noch 55 ausländische jüdische KZ-Häftlinge, die in Leipzig misshandelt und zu Tode gebracht wurden. Zur Zeit wird nach jenen etwa 1 000 Leipziger Juden recherchiert, die aus Deutschland fliehen

konnten, dann jedoch aus den Emigrationsländern deportiert und ermordet wurden, sowie nach jenen etwa 240 Männern, Frauen und Kindern, die 1933 in andere deutsche Städte verzogen sind und von dort aus in den Tod gingen. Schwierigkeiten gibt es zu etwa 1 500 jüdischen Mitbürgern, die als »Ostjuden« jahrelang in Leipzig lebten, dann jedoch ausgewiesen wurden und nach der deutschen Okkupation in Osteuropa verschollen sind.

Die ersten NS-Opfer waren die Mutigen, die sich den Nazis vor 1933 entgegen gestellt hatten oder später Krieg und Rassenwahn bekämpften. Die bisher gefundenen 261 Namen gehen weit über das hinaus, was bisher bekannt war. Von ihnen waren 118 Kommunisten, 19 Sozialdemokraten, zwei Mitglieder der KPO und fünf der SAP. Besonders bei bis dahin »unpolitischen« Leipziguern, die nach dem Tod geliebter Menschen, der Schlacht von Stalingrad oder anderen Ereignissen, auch die Bombennächte, öffentlich gegen die Nazis auftraten und so in deren Vernichtungsmühlen gerieten, gibt es noch immer eine Dunkelziffer.

Besonders rigoros gingen die Nazis mit Soldaten um, die aus politischen, menschlichen oder rein persönlichen Gründen den verbrecherischen Krieg nicht mehr mitmachen wollten. Trotz größter Schwierigkeiten konnten gegenwärtig 79 Leipziger ermittelt werden, die von Militärgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Einige wenige von ihnen gehören zu den 104 von Leipziger Militärgerichten Verurteilten und auf dem Bionitz Erschossenen oder im »Roten Ochsen« von Halle Hingerichteten.

Die Arbeitsgruppe will auch noch die Verfolgten wegen sexuellen Orientierung, die so genannten »Asozialen« (Wanderarbeiter, Obdachlose, Bettler, Fürsorgeempfänger, Landstreicher, Alkoholiker, Prostituierte und ihre Zuhälter) und die in Folge der zwangsweisen Sterilisation Verstorbenen in das Gedenkbuch aufnehmen, doch dazu fehlte der Arbeitsgruppe, die ausnahmslos ehrenamtlich arbeitet, bisher die Kraft. Ohne Übertreibung kann festgestellt werden, dass alle eine außergewöhnliche Arbeit leisteten, denn die Namen dieser etwa 8 500 Menschen waren zu recherchieren, ihr Lebensweg zu erforschen und nunmehr in den Internet-Auftritt der Stadt aufzunehmen.

Über den gegenwärtigen Stand der Arbeit kann sich jeder im Internet überzeugen.

• DIETER KÜRSCHNER



Foto: DIE LINKE, Dsdp

Grüße von Hannes Wader und Konstantin Wecker

Plakatieren nach Proben in Waders entlegenem Domizil. Ohne Internet und mit nur einem funktionsfähigen Drucker wurde alles mit der Hand geschrieben

»Mit den Plakatierungsaktionen des inkriminierten Dresden-Blockadeaufrufs wollten wir uns aber doch solidarisch zeigen...«

Na bitte, geht doch mit einem bisschen guten Willen. Kaum hundert Tage in Amt und Würden bestraft der wankelmütige Wähler die fünf Fragezeichen der gelben Klientelpartei durch Liebesentzug. Laut letzter Umfrageergebnisse würde die FDP mit acht Prozent ins Brackwasser der Unbedeutendheit zurückdümpeln. Damit wäre das Horrorergebnis der Bundestagswahl von verganginem September fast halbiert. Darf man Ähnliches nach weiteren hundert Tagen erhoffen? Dabei hat der Vizekasper via Fernsehen allen Ernstes versichert, es wäre völlig absurd, einen Zusammenhang zwischen der großzügigen Spende der Mövenpick Hotelkette und der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes fürs Übernachtungsgewerbe zu sehen. Na klar, Guido, aber so was von absurd, man glaubt es ja nicht. Genauso wenig haben die Zuwendungen der Pharmaindustrie etwas mit dem Rauschschuß von deren obersten Kontrolleur zu tun. Niemals! Da sei aber der Herr Rösler vor. Man kann nur hoffen, dass der millionenschwere Mammon nicht in den staubigen Dielenritzen des Thomas-Dehler-Hauses versickert, sondern sinnvoll investiert wird. Zum Beispiel in einen Deutschkurs für die Fraktionsvorsitzende Birgit Homburger und vielleicht eine kleine Korrektur an ihren Stimmbändern, damit das Kreischen ein wenig reduziert wird. Und dem Niebel Dirk würde eine neue Mütze gut zu Gesicht stehen, der trägt immer noch seine alte Falschirmjägerkappe auf dem Schädel. Auch in Afrika. Da gucken selbst die Eingeborenen irritiert oder der seltsamen Kopfbedeckung. Ein paar Flaschle Wein für den Kollegen Brüderle sollten auch noch abfallen, der haut dann immer so lustige Sprüche raus. Ach ja. Überhaupt, das Kreischen. Im Ausland soll er sich ja einigermassen zurückhalten, der zuständige Minister, zu Hause indes gibt er die Rampensau wie eh und je. Das krakeelt und poltert wie in alten Zeiten. Besonders seit der Wind wieder anzieht. Wer nichts mehr zu sagen hat, kompensiert das Nichts eben mit Steigerung der Lautstärke, gell Guido?



Notizen aus der Hauptstadt der BRD

Acht Prozent für Mövenpick

Von Gerhard Schumacher



Es ist ja auch zum aus der blau-gelben Haut fahren. Da will doch der Parteifreund Pinkwart in NRW die Mehrwertsteuersenkung fürs Hotelgewerbe, der er erst zugestimmt hat, eiligst wieder rückgängig machen. Nur weil im Mai eine Wahl ansteht. Laut FAZ treibt ihn »die nackte Angst« (warum eigentlich muss Angst immer nackt sein?). Und zwar vor einer Täuferei zwischen Arbeiterführer Rüttgers (Orden wider den tierischen Ernst, gerade noch rechtzeitig) und den nach allen Seiten offenen Grünen. Und wer nach allen Seiten offen ist, ist nicht ganz dicht, lehrt uns der weise Martin Buchholz. Aber das dürfte den Rüttgers Jürgen weniger stören als Parteifreund Pinkwart, den Umfahlschlingel.

Immerhin kann man dem regierenden Klüngel nach den ersten hundert Tagen Pleiten, Pech und Pannen konstatieren, dass er seine eigene Oppositionsrolle glaubwürdig und überzeugend hinlegt. Besser jedenfalls als die eigentliche Oppositionsparteien SPDGRÜ-NELINKE. Die sind irgendwie alle mit ihren Gedanken sonstwo, jedenfalls nicht da, wo sie sein sollten. Eine große Übereinstimmung kann man den regierenden Lobbyisten indes nicht absprechen: das völlige Fehlen jeglicher Scham. Das ist ihnen allen gemeinsam, durch die Regierungsbank weg. Immerhin etwas. Daneben beschäftigen die Hauptstadt noch drei wesentliche Dinge. Die Dauermissere bei der S-Bahn, die metertiefen Schlaglöcher auf den Straßen und das

Ausbleiben der Schweinegrippe. Während für S-Bahn und Schlaglöcher eine schnelle Abwicklung nicht in Sicht ist, konnte die Schweinegrippe durch eine andere Seuche kompensiert werden, nämlich den Morbus Westerville (Urban Priol), der als krankhaftes Festhalten am falschen Weg definiert wird. Es gibt bloß keinen Impfstoff dagegen, das ist die Crux.

Ach, ehe ich es vergesse. Da gibt es einen bei den christlich-sozialen Unionisten in Bayern, der heißt Peter Ramsauer, ja, doch, so nennt er sich. Er ist Minister für Verkehr oder Artverwandtes und trat vor einigen Tagen mit zwei erwähnenswerten Ideenblitzen an die Öffentlichkeit. Zum einen rief er zur Schaffung einer Nationalen Streusalzreserve (NSSR) auf. Nicht, dass Sie jetzt an kleine Aufmerksamkeiten der einschlägigen Industrie denken. Ne, mein lieber Leser, niiiiieeeeeemals. Dann hat er nachgedacht, der Pitter aus dem Bayernland und der Sonntagsausgabe des größten Dreckblatts der Welt (Hermann L. Gremliza) ein Interview gegeben, worin er die schlechten Quoten der Regierung dem Wetter in die eisigen Schuhe schiebt, das den Menschen aufs Gemüt geht. Auf den Gedanken, dass die Politik der Regierung schlicht den Menschen aufs Gemüt schlägt ist er nicht gekommen. Oder er hat sich nicht getraut, es auszusprechen, der Bazi Ramsauer. Damit ihm die Schwarze Dame nicht die Lederhosen versohlt. Oder so.

Frei erfunden und doch ganz real

Leipzigs Neue hinterfragt und kommentiert fantasievoll Aussagen des sächsischen Kultusministers

Erstmals schreiben jetzt Schüler der dritten, sechsten und achten Klassen so genannte Kompetenztests. Damit wird der Lernstand von insgesamt etwa 80 000 in den Fächern Deutsch und Mathematik und bei den Sechst- und Achtklässlern zusätzlich in Englisch überprüft.

Dazu ergaben sich in unserer Redaktion einige Fragen, und wir suchten nach Antworten in öffentlichen Äußerungen bei Kultusminister Roland Wöllner. (Originalzitate kursiv)

● **Was erwartet das Ministerium von diesen Tests?**

Von den Ergebnissen erwarten wir wertvolle Hinweise über die Stärken und Schwächen der Schüler. Nur, wenn wir wissen, wo genau jeder Schüler steht, kann die individuelle Förderung verbessert und eine gezielte Entwicklung der mit den Bildungsstandards angestrebten Kompetenzen gesichert werden.

● **Ist nicht jeder gute Lehrer mit oder ohne solche Tests um individuelle Förderung jedes Schülers bemüht?**

Wir meinen, die Leistungstests dienen den Lehrern als wichtiges Instrument, um ihren Unterricht weiter zu optimieren. Die Arbeiten werden nicht benotet, ihre Ergebnisse dienen ausschließlich Schülern, Lehrern und Eltern, um weite-

ren Lernbedarf zu konkretisieren.

● **Wenn es keine Noten gibt, heißt das doch Mehrarbeit – natürlich zusätzlich zum Unterricht – für jeden Lehrer. Gibt es dafür mehr Geld?**

Fragen Sie doch nicht so materialistisch. Sächsische Lehrer arbeiten aus Idealismus. Die Kompetenztests überprüfen Fähigkeiten wie beispielsweise »mathematisch modellieren« oder »Leseverstehen«, also Kompetenzen, die im Unterricht über einen längeren Zeitraum entwickelt wurden.

● **Das wurde doch bisher mit üblichen Arbeiten auch kontrolliert, wozu jetzt der Zusatz?**

Die Auswertung der Kompetenztests erfolgt durch die Universität Jena. Nachdem die Fachlehrer ihre Korrekturergebnisse online an die Universität gegeben haben, erhalten sie umgehend eine erste Rückmeldung als Sofortbericht. Nach etwa acht Wochen bekommen sie einen klassenbezogenen Ergebnis- und Ergänzungsbericht. Liegen von allen Klassen die Ergebnisse vor, werden in einem zweiten Schritt »Landesschnitt« und »korrigierter Landesschnitt« ermittelt.

● **Das klingt sehr umständlich. Was erwarten Sie davon?**

In den so genannten »korrigierten Landesschnitt« fließen die Testergebnisse

der Klassen mit ähnlicher sozialer Struktur ein. Schulen können sich also mit Schulen vergleichen, die unter ähnlichen Gegebenheiten arbeiten. Ein Ranking von Schulen ist nicht vorgesehen. Die Ergebnisse bleiben Eigentum der Schule. Sie werden in jeder Schule mit Schülern, Eltern sowie in den Fachkonferenzen ausgewertet. Anschließend werden Maßnahmen für die individuelle Förderung abgeleitet.

● **Das haben doch Lehrer bisher auch gemacht. Was ist denn nun neu außer dem Mehraufwand?**

Uns ist ganz wichtig, dass die Ergebnisse der Tests nicht in Schublade verschwinden. Im Gegenteil: Mit den Ergebnissen soll konsequent im Sinne der Bildungsqualität weitergearbeitet werden. Bei der Entwicklung der Kompetenztests arbeitet Sachsen mit anderen Bundesländern zusammen. In den meisten von ihnen werden ebenfalls solche Tests durchgeführt.

● **Könnte es nicht sein, dass die wenig überzeugende Maßnahme nur erfunden wurde, um die Existenzberechtigung der immer aufgeblähteren Ämter nachzuweisen – zu Lasten von Lehrern und Schülern?**

Zu dieser Frage war in der offiziellen Minister-Presseerklärung leider nichts enthalten.



Stadtparteitag der Linkspartei wähle unerwartete neue Führungsspitze

Wahlergebnisse

Vorsitzender: **Dr. Volker Külöw**
95 / 22 / 6 Stimmen

Stellvertreter: **Dr. Ilse Lauter**
(Kandidatur gegen Carola Lange)
69 Stimmen

Sören Pellmann
92 Stimmen

(von 123 Stimmen)

LN- Alphabetisierung (Folge II)

Jwie »Justiz«

Justiz ist die Fortsetzung der Sozialpolitik mit anderen Mitteln
Wolfgang Bittner

Mindestens 1000 Gespräche mit Betroffenen

Der Leipziger und ehemalige Stadtrat Dr. Dietmar Pellmann gilt auch als »Soziales Gewissen« und wurde für die Linke 2009 direkt in den Sächsischen Landtag gewählt. LN sprach mit ihm, nicht nur über Hartz IV ...

LN.: Denken Sie nach fünf Jahren anders über die Hartz-Reformen?

D.P.: Meine Meinung habe ich grundsätzlich überhaupt nicht ändern müssen. Ich gehöre mit zu denen, die – als das Ganze konzipiert wurde – gesagt haben, dass es sich dabei um einen Irrweg handelt, also einen tiefen sozialpolitischen Einschnitt, und dass somit die Armut beschleunigt wird. Nur: Die Sache stellt sich heute schlimmer dar, als ich es damals gedacht habe.

Hartz I, II und III, darüber wird gar nicht mehr diskutiert?

Man sollte schon mal daran erinnern. Es hat ja insgesamt 13 solcher Module gegeben. Vier sind nur gekommen ... glücklicherweise. Da ging es um die Job-Center, die Kriterien für Zumutbarkeiten bei der Arbeitsaufnahme wurden verschärft, das ist dann durch Hartz IV zusammengefasst und auf den Höhepunkt getrieben worden. Das Schlimmste ist tatsächlich Hartz IV und insofern ist das Fokussieren auf diese Zahl wahrlich berechtigt.

Der Namensgeber ist ja wohl eher ein Namenspatron, was umgangssprachlich im Deutschen bekanntlich »übler Kerk« bedeutet ...

Es gibt ja verschiedentlich Versuche in CDU-Kreisen – auch im sächsischen Landtag – dass man aufgrund des Strafregisters von Herrn Peter Hartz vielleicht doch das Ganze umbenennen sollte. Ich bin dagegen. Es hat sich derart bei den Leuten eingepreßt, und insbesondere auch bei den Betroffenen, dass man Umbenennungsversuche starten kann, wie man will, sie bringen nichts. Insofern sollte man ruhig mal dem »Volk aus Maul schauen«. Es ist ja übrigens auch ein klassischer Widerspruch an sich, weil jemand die konzeptionellen Daumenschrauben angezogen hat, und selbst »Wasser gepredigt und Wein getrunken« hat.

Schauen wir mal nicht dem »Volk auf das Maul« sondern auf die Schlagzeilen

eines auflagenstarken Blattes in Deutschland. Da prangte wieder zum Jubiläum unübersehbar das Sprachpaar: Hartz IV und Faulheit. Es gibt ja nicht wenige solcher Schlagzeilen.

Und auch Politiker, insbesondere aus dem FDP- und CDU Spektrum, auch im Sächsischen Landtag, neigen dazu immer wieder Stimmungen zu verbreiten, um die

Linke empört: Staatsregierung rechnet sich die Armut schön

Ein Landtagsbericht der »Dresdner Morgenpost«

Regelungen ständig weiter zu verschärfen. Das steckt dahinter.

In Sachsen beispielsweise ist nur ein verschwindender Teil der Hartz IV- Betroffenen, etwas unter zwei Prozent, der angebotene Arbeit verweigert.

Da muss man die Schlussfolgerung ziehen, dass der größte Teil gern arbeiten würde aber keine Arbeitsplätze da sind.

Hartz IV schafft Jobs

Zahl der Richter am größten deutschen Sozialgericht seit rot-grüner »Arbeitsmarktreform« verdoppelt. Alle 13 Minuten wird in Berlin ein neues Verfahren eröffnet. Von Jörn Boewe

Eine Tatsachenrecherche als Titelgeschichte in der »Jungen Welt«

In Sachsen ist sogar die Zahl der Sanktionen zurückgegangen. Solche Dinge werden natürlich – weil sie nicht sensationell genug sind – von bestimmten Medien unterschlagen. Die Realität beweist: Die Allermeisten würden gern arbeiten und nicht auf Sozialhilfe – was anderes ist ja Hartz IV nicht – angewiesen sein.

Wem können, wem sollen die Bürger gerade in dieser Angelegenheit noch trauen? Den Parteien, den Abgeordneten, den Medien, dem Arbeitsamt? Viele tun sich da schwer und zweifeln auch ...

Das verstehe ich natürlich. Insofern kann ich nur raten in jedem Fall die Angebote der Beratungsstellen nutzen.

Ich denke da an die Arbeitsloseninitiative Leipzig, die kirchlichen Initiativen, die es überall gibt, und die Sprechstunden in den Abgeordnetenbüros der Partei, die man gewählt hat.

Ich habe seit der Startphase von Hartz

IV mindestens 1000 Menschen beraten und bin dazu natürlich weiterhin bereit. Jetzt sind die einzelnen Fälle viel verworrener und noch komplizierter als vor



BILD macht mobil gegen die Schwachen

Wer hat es schwerer sich zurechtzufinden der junge oder der ältere Hartz-IV-Empfänger?

Ich würde da keine Differenz zulassen.

LEIPZIG

„Probleme müssen benannt werden“

Bürgermeister Fabian will Debatte über Armut in Leipzig anregen / Veranstaltung am Montag

Eine LVZ-Schlagzeile aus dem Rathaus, die auch die Linkspartei unterschreibt.

fünf Jahren. Man braucht viel mehr Zeit für eine vernünftige Beratung. Wenn es irgendwie geht, biete bin ich als Abgeordneter und Fachmann meine Hilfe an.

Jüngere haben natürlich das große Problem dass sie noch kein Arbeitsleben mit den entsprechenden Pflichten hinter sich haben. Und wer mit dieser sogenannten Hartz-IV-Karriere startet ...

... wie viele sind es im Freistaat?

In Sachsen betrifft es 36 000 der unter 25-Jährigen. Da ist die Zukunft, sind die Lebensperspektiven ungewiss. Wer kann da sicher für seine Familie planen? Wer erreicht unter diesen Umständen Selbstbewusstsein durch Arbeit?

Willkür

Die Bundesarbeitsministerin will die Sanktionen für ALG-II-Empfänger verschärfen. Eine Übersicht des Bundesarbeitsministeriums verrät dazu: 2008 wurden SGB-II-Leistungen insgesamt 789 000 Mal gekürzt, davon fast 120 000 auf Null.

Mit der geplanten Neuregelung soll bereits derjenige bestraft werden, der »Anbahnung« einer Arbeit oder Maßnahme » durch sein Verhalten« behindert.

Diese Vorgehensweise wird deutschlandweit von Erwerbsloseninitiativen bereits seit der Einführung von Hartz IV vor fünf Jahren heftig kritisiert. Der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Klaus Ernst, bezeichnete das geplante Vorgehen als »reine Schikane«. Die neuen Formulierungen seien »so schwammig, dass einer willkürlichen Auslegung Tür und Tor geöffnet werde«.

nisterin genauer hinsehen will, dann meint sie, dass es so, wie es bisher gelaufen ist, nicht weitergeht. Aber dahinter steckt bei ihr: Die Grundtendenz solle sich nicht ändern sondern bestenfalls Details, was beispielsweise die Jobcenter betrifft. Bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag kann sich grundsätzlich nichts ändern.

Es ist also schon Altersarmut – wenn sich nichts ändert – in dieser eigentlich hoffnungsvollen, aufstrebenden Lebensphase vorhersehbar.

Wir haben das interessante Phänomen, welches im Westen Deutschlands schon lange existiert, dass sich Armut über Generationen reproduziert. Kinder von Armen bleiben weiterhin arm.

Und Ältere haben zwar eine Erwerbsbiographie, aber wenn sie der Verlust des Arbeitsplatzes langfristig trifft, können nicht mehr sehr viel tun – für ihre Rente etwa.

Und alle, die über 58 sind, fallen schon mal aus der Arbeitslosenstatistik raus. Wir haben immer mehr Leute, die in die Zwangsfrühverrentung geschickt werden. Ab 63 ist das mit entsprechenden Abschlägen möglich.

Ich habe nun festgestellt, dass solche Frührentner auf Minijobs angewiesen sind, um würdevoll zu leben.

Was steht in unserer Gesellschaft und bei diesen vorgeprägten Lebenswegen auf der Kippe?

Es wird nach den Ankündigen der neuen Regierung deutlich, dass sie weit davon entfernt ist, ein notwendiges Konzept gegen Armut zu entwickeln. Man muss ganz sachlich davon ausgehen, dass ein Drittel der Bevölkerung schon ein Dasein am Rande führt oder dementsprechend gefährdet ist.

Die konservativ-liberalen Regierungen, das gilt auch für den Freistaat Sachsen, übersehen gern dieses Drittel in ihren Strategien. Gesundheitswesen, Rente sowie weiter sozialpolitischen Säulen sind derzeit am Wackeln.

Insofern geht es für DIE LINKE immer darum, dass noch Vorhandene, wenn auch Unzureichende, zu verteidigen. Verteidigen, was noch da ist, bleibt eine Voraussetzung für linke Sozialpolitik. Das ist meine Überzeugung.

Leipzig, die Armutshauptstadt – ein nicht sehr schöner Begriff – von Dietmar Pellmann geprägt?

Ich habe ihn tatsächlich zuerst geprägt. Aber es gibt in der Politik nunmal kein Patentamt, wo man so etwas hätte anmelden können. Ich gestehe den Begriff sehr ungern »verfunden« zu haben.

Ich lebe inzwischen 40 Jahre in dieser Stadt, dieses Etikett ist nun wahrlich kein Ruhmesblatt und tut weh.

Übrigens: Da stimme ich auch mit dem Leipziger Sozialbürgermeister Thomas Fabian von der SPD überein, der meint: Man muss die Dinge so benennen, wie sie sind.

Ich will nur noch anfügen: Leipzig ist die Großstadt in Deutschland mit der höchsten Arbeitslosenquote, und das nicht nur in Sachsen. Wir haben hier auch die meisten Hartz IV- Betroffenen.

Es gab eine kontroverse Debatte im Sächsischen Landtag beim Thema Hartz IV.

Trotzdem erkannte ich bei unserer »Großen Anfrage« teilweise positive Signale bei der SPD. Obwohl das für den »Einkocher« der ganzen Angelegenheit nicht so einfach ist. Andererseits zeigte sich während der letzten Debatten deutlich, in Sachsen ist die FDP die Partei des radikalen Sozialabbaus. Sie überholt da stellenweise noch die CDU.



Ein ungewöhnlicher Blickwinkel im neuen Wahlkreisbüro der Linken in Grünau. »Hausherr« Dr. Dietmar Pellmann und als Gast die Fraktionsvorsitzende der Linken im Leipziger Rathaus Dr. Ilse Lauter. Beide leben mit ihren Familien in Grünau. Foto: Fiebelkorn

Wir kommen zu Ihnen

In regelmäßigen Abständen werden wir auch in Ihrem Stadtteil mit dem rollenden Bürgerbüro präsent sein. Für alle Menschen, die nicht in der Nähe eines Bürgerbüros der Partei DIE LINKE. Leipzig wohnen und denen der Weg dorthin zu weit oder zu beschwerlich ist, sind wir mit unserer Sozialberatung auf Rädern unterwegs.

Angst vorm Amt? Wir helfen!

Graut es Ihnen auch davor, wenn Sie zum Amt gehen müssen? Fühlen Sie sich »klein« und hilflos oder sogar über den Tisch gezogen? Warten Sie vielleicht schon ewig auf Geld, das Sie dringend brauchen und das Ihnen zusteht? **Zu zweit ist besser als allein!** Dann gehen Sie nicht allein aufs Amt. Nehmen Sie eine Person Ihres Vertrauens mit – einen so genannten Beistand. Das ist Ihr gutes Recht (und steht im Paragraf 13 des zehnten Sozialgesetzbuches). Das Amt darf Ihren Beistand nicht abwimmeln! Sagen Sie ihrem Sachbearbeiter zu Beginn des Gesprächs, dass Sie Herrn oder Frau Hilfreich als Ihren Beistand mitgebracht haben. Beistände »wirken Wunder«.



»Die Linken waren immer die Partei für die Rechte der Armen, der Ausgegrenzten, der Arbeitslosen, der Hoffnungslosen und der Hungerleider. In allen anderen westlichen Ländern kümmert sich die linke Partei um die Unberühmbaren, hat eigene Sozialprojekte und Altenheime. Die Volkshäuser in Italien etwa sind Arbeitslosencafes, soziale Treffpunkte für eine eigene Kultur gegen den Mainstream und gleichzeitig Anlaufstelle der Partei. Die Praxis sollte sein, dass jeder Parteifunktionär und jeder Abgeordnete und jeder, der mit Hilfe der Partei einen Posten bekommen hat praktische Sozialarbeit leistet.«

Zitiert aus einem offenen Brief an die Junge Welt, von 23. Mai 2008

Untätigkeit

Zur Debatte des Sächsischen Landtags: »Fünf Jahre Armutsrisiko Hartz IV, und die Staatsregierung verharrt in Untätigkeit« sagte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Dr. André Hahn:

»Hartz IV ist gescheitert, die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Sachsen hat sich kaum verringert, die Armut hat zugenommen, rund eine halbe Million Menschen sind hierzulande auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld angewiesen. Die verheißene Vermittlung durch die ARGEN erfolgte oft nur in Minijobs, sodass 130 000 Menschen trotz Arbeit auf ergänzende Leistungen angewiesen sind. Sachsen ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Minijobs und Niedriglohn – mit einem Anteil von fast 30 Prozent an allen Beschäftigten. Statt ein Landesbeschäftigungsprogramm aufzulegen und existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen, gehörte es zu den ersten Maßnahmen der neuen Staatsregierung, den Kommunal-Kombi abzuschaffen. Und von den unverschämten jüngsten Äußerungen des hessischen Ministerpräsidenten Koch zur Einführung einer zwangsweisen Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger, die eine Beleidigung von Millionen Menschen sind, die ohne eigenes Verschulden arbeitslos sind, hat sich sein sächsischer Amtskollege Tillich nicht distanzieren. Er hat wie immer keine Meinung.«

Der Präsident der Volkssolidarität, Gunnar Winkler, fordert :

»Arbeitslosen und ihren Kindern ist ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, am besten durch eine soziale Grundsicherung, die diesen Namen wirklich verdient. Dafür muss sich die Staatsregierung stark machen!«

K wie »Krankenkasse«
»Arzt sein heißt, der Stärkere sein«, hat Schwenninger gesagt. Krankenkassen-Patient sein heißt: der Schwächere sein.
 Kurt Tucholsky

In der Klemme?

Bürgermeisterin und Finanzexpertin Bettina Kudla ist abgezogen. Die CDU hat das Vorschlagsrecht für den Nachfolger. Stadtrat Bonew macht sich immer noch Hoffnung. Er führt Vieraugengespräche mit den Stadträten und gibt Erfolge bekannt wie Wasserstandsmeldungen. Pfeifen im Walde? Der zweite CDU-Mann in der personellen Endrunde durfte sich überall vorstellen, nur in der eigenen Fraktion nicht. Die Fraktionschefin der CDU steckt in der Klemme. Den einen kann sie offenbar nicht durchsetzen, den anderen will sie nicht haben. Ein dritter CDU-Mann wäre vielleicht der Ausweg. Aber der durfte sich wohl nicht einmal bewerben. Angst vor der Konkurrenz? Dann war der Vorschlag Bonew vielleicht doch nicht so überzeugend...

meint Euer Lipsius



»Ich bin nicht gekommen, um zu erklären, was nicht geht.«

Bürgermeister Heiko Rosenthal debattierte in der Gohliser Coppistraße – die Landtagsabgeordnete der Linken, Cornelia Falken, lud ein und viele Anwohner kamen

Man gab sich an jenem Mittwochabend die Klinke in die Hand, kurz nach 18.00 Uhr waren alle Stühle und Notsitze besetzt. Das neue Abgeordnetenbüro von Cornelia Falken, im Norden der Stadt, wurde zum begehrten Gesprächsort – moderiert von Linksstadträtin Skadi Jenicke, die als Gäste auch Vertreter von Bürgervereinen begrüßen konnte. Allen lag – unüberhörbar – ihr Viertel am Herzen. Immer, wenn es um Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit geht, bekommt Bürgermeister Heiko Rosenthal kaum Streicheleinheiten von den Leipzigern. Lautstark der – manchmal auch unsachliche – Frust an jenem Abend. Geschmierte Graffiti, Plakate allerorten, Beschaffungskriminalität, Hundekot, Straßenbaumaßnahmen und nicht zuletzt der gegenwärtige Winter ließen die Stimmung während der 120 Minuten nicht gerade gefrieren. Dass die Bewohner sich über eine »Weiße Weihnacht« gefreut haben, aber bei der Streu- und Räumspflicht oft nur den Kopf schüttelten liegt an der Kompliziertheit der derzeitigen Rechtslage, die manchmal Sand ins Getriebe und leider nicht auf die Straßen bringt. Und die privaten Hauseigentümer sind da nicht immer die Vorbildlichsten.

Aber auch die Landespolitik bremste – wie zu hören war – an der falschen Stelle aus. So bekam Ordnungsbürgermeister Rosenthal (Linke) einen Anpfiff vom Sächsischen Wirtschaftsminister Morlok (FDP), der ihm tatsächlich vorwarf, an der Pleiße einen »Arbeitsdienst«, (Meinte er etwa den aus den 1930er Jahren?) wieder einführen zu wollen. Dämmer geht's nimmer. Hintergrund dieses Disputs waren die unbürokratischen »Sofortmaßnahmen« der Stadt, um schnell mit »Daisy« fertig zu werden. Auf Grund juristischer Spitzfindigkeiten musste Leipzig in diesem Fall kleinbegeben, und die Bürger tapsten dann weiter über Schneewehen durch die Straßen. Man kann das dem engagierten Bürgermeister und studierten Juristen nicht vorwerfen. Es gibt leider in Sachsen zunehmend bürokratische Weisungsbefugnisse und geplante empfindliche Mittelkürzungen. »Schildbürgerstreiche« raunte mein Vordermann seinem Nachbarn zu. »Wir wollen mal wieder Polizisten abends auf den Straßen sehen.«, so der Tenor weiterer Anfragen. Tragische Vorfälle in Gohlis belegten diesen Wunsch nachhaltig. Landtagsabgeordnete Cornelia Falken wird in Dresden nachhaken.

Kaum jemand wohnt derzeit in der Georg-Schumann-Straße. Der anwesende Vertreter des Bürgervereins schilderte die Tragik dieser einstigen Magistrale, die seit Jahren abschreckt. Perspektiven sind angedacht, aber von Heute auf Morgen sind keine Wunder zu erwarten. LEIPZIGS NEUE wird sich demnächst ausführlich mit diesem Problem befassen. »Ich bin nicht gekommen, um Ihnen zu erklären, was nicht geht...«, entgegnete Rosenthal seinen schärfsten Widersachern, und er hielt sich daran. Ein Neu-Leipziger aus Düsselndorf bescheinigte ihm daraufhin, dass in seiner ehemaligen Heimat kaum Bürgermeister einer so großen Stadt »Auge in Auge« mit Bewohnern reden, es sei denn, Wahlen stehen an. Noch ein letztes Wort: Ab und an hatte ich den Eindruck, dass in einigen Köpfen, der Gedanke umherirrte, »zu DDR-Zeiten« hätte man alles im Griff gehabt. Ich möchte da nur an die Frage: »Ist Leipzig noch zu retten?« erinnern und an manch anderes existenzielles Problem. Sicher, es gab kaum Hausbesitzer, weniger Hunde, weniger Autos, kein Rauschgift, aber es gab eine andere wahrlich auch nicht einfache Realität mit ernststen Problemen. • Mizo



Auch in der Leipziger Karl-Liebknecht-Straße »blockierten« junge Leute dieser Tage gemeinsam mit dem Stadtverband der Linken.

Foto: Eiltzer

Notizen aus dem Stadtrat

● Schulneubau in Innenstadt

Nach harter Kritik am Schulverwaltungsamt, das nicht rechtzeitig auf die Entwicklung der Grundschülerzahl im Waldstraßenviertel reagiert hatte, wurde trotz Alternativvorschlag ein kostenintensives Leichbauprovisorium beschlossen. Da einige Schulgebäude für Spezialschulen wie für die Sportmittelschule oder die Thomaschule benötigt werden, ist für dieses Stadtgebiet trotzdem kurzfristig ein Schulneubau erforderlich.

● Verkehrskonzept Zoo

Nach umfangreichen Diskussionen in den Fachausschüssen und im Stadtrat beschloss die Ratsversammlung ein Verkehrskonzept für den Zoo, welches den mit

der Eröffnung von Gondwanaland und der künftigen Nutzung der Kongresshalle zu erwartenden Besucherströmen entsprechen soll. In den nur begrenzt zur Verfügung stehenden Straßen werden barrierefreie Haltestellen des ÖPNV und verbesserte Fußgänger- und Radwegverbindungen gebaut. Über die Zahl weiterer PKW-Stellplätze in einer Parkhauserweiterung und zusätzlicher Fahrradstellplätze beraten die Fachausschüsse.

● Nachsitzen für Stadträte

Da wegen Widerspruchs der beiden fraktionslosen Stadträte, die über die NPD-Liste in den Stadtrat eingezogen waren, ein Einvernehmen im Stadtrat nicht hergestellt werden konnte, mussten Mitglieder der

Ausschüsse, der Aufsichtsräte sowie von Zweckverbänden geheim gewählt werden. Dazu war auch im Januar eine zweite zusätzliche Stadtratssitzung erforderlich. An der Stadtratsmehrheit scheiterte jedoch die Absicht der NPD-Stadträte, Mandate in Ausschüssen und Aufsichtsräten zu erhalten.

● Neuer Brandschutzbedarfsplan

Mit großer Mehrheit beschloss der Stadtrat den neuen Brandschutzbedarfsplan. Das Angebot von Bürgermeister Rosenthal und dem Leiter der Branddirektion, das Konzept vorzustellen und zu beraten, lehnten einige Freiwillige Feuerwehren ab. Auch künftig soll Technik und Ausrüstung weiter erneuert und die Ausbildung durch ein

neues Ausbildungszentrum verbessert werden. Vor allem soll durch den Bau der Feuerwachen Süd und Nordost gesichert werden, dass Lösch- und Rettungsfahrzeuge in allen Teilen der Stadt innerhalb von zehn Minuten am Einsatzort sind.

● Contra Kommerz in Gewaltshows

Gegen einzelne Stimmen, vor allem aus der FDP, stimmte die Stadtratsmehrheit für ein Verbot von »Ultimate Fighting«-Veranstaltungen in Leipzigs kommunalen Gebäuden. Geprüft wird dies auch für das Veranstaltungszentrum »Arena«. Bei diesen »Shows« werden Menschen in Käfigen ohne Regeln und Grenzen aufeinander gehetzt und Gewaltbereitschaft als Ulk und Spaß zelebriert.

Manager fischten im Trüben

Leipziger Wasserwerke versinken in kriminellen Geschäften

LN.: Die Stadt an der Pleiße liefert nach dem inzwischen berühmt berüchtigten Schneider-Immobilien-Skandal, der mal als Filmdrehbuch diente, knallharte Fakten für einen weiteren Wirtschaftskrimi.

Die Leipziger sind entsetzt und fragen sich, liegt es nur an den gierigen Verantwortlichen oder liegt es an der Gier des kapitalen Systems? Man reibt sich die Au-

gen und ist empört, über diese »Geschäfte« und ahnt, wer am Ende zur Kasse gebeten wird. Die Vorgänge benötigen nicht nur die Aufmerksamkeit der Stadträte, Staatsanwälte und mündigen Bürger sondern wahrscheinlich auch einen dreistelligen Millionenbetrag. Wer steht für den wohl gerade? Inzwischen wird viel schmutzige Wäsche gewaschen, die ehe-

malige Hüterin der Stadtfinanzen Bettina Kudla stänkert nun ganz offiziell mit Berliner Luft Richtung Pleiße. Hätte sie nicht schärfer reagieren müssen, als sie noch im Rathaus in Amt und Würden war?

Der Bürger verlangt zu Recht Aufklärung und fragt: Wer soll das bezahlen? Politisches Kapital allein ist da die falsche Währung. (siehe auch Seite 13)

Der Aufsichtsrat der KWL hat am 8.1.2010 Herrn Volkmar Müller, einigen hier sicherlich als Prokurist der BBVL bekannt, zum neuen Geschäftsführer berufen. Am gestrigen Tage berief der Aufsichtsrat Herrn Rainer Prigge zum zweiten Geschäftsführer. Die Anstellung der neuen Geschäftsführung ist vorerst interimistisch, um in einem ruhigen und geordneten Prozess eine zukunftsorientierte Geschäftsführung auszuwählen und zu bestellen.

Der ständige Erkenntniszugewinn der Aufklärungsarbeit hat auch dazu geführt, dass am 15.1.2010 der Finanzprokurist der KWL, Herr Lutz Reichardt, beurlaubt wurde, weil mittlerweile auch seine Unterschrift auf nicht genehmigten Verträgen gefunden wurde.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft laufen.

Die Geschäftsführung von LVV und KWL bereitet derzeit gemeinsam mit den Spezialisten der Taskforce und unter Zuarbeit renommierter internationaler Rechtsanwaltskanzleien die möglicherweise auf die Stadt Leipzig zukommenden Risiken auf und bereitet Handlungsoptionen vor.

Ich sage ausdrücklich: Wir prüfen in diesem Zusammenhang auch die Rollen aller Akteure, wie z.B. Banken, Wirtschaftsprüfer und Berater. Bitte haben Sie Verständnis, dass ich dazu jetzt keine weiteren Ausführungen mache.

Fakt ist, dass der ehemalige Geschäftsführer der KWL Herr Heininger zeitweilig auch Geschäftsführer der LVB war. Darum habe ich unabhängig von den laufenden Ermittlungen die Aufsichtsratsvorsitzenden aller kommunalen Unter-

nehmen angewiesen, einen zusätzlichen Schwerpunkt der Prüfung der kommunalen Unternehmen mit einem besonderen Augenmerk auf ähnlich gelagerte Risiken und Finanzgeschäfte zu veranlassen. Darüber hinaus wurde die Geschäftsführung der LVS auf meine Veranlassung hin von der Geschäftsführung der LVV zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert, die Geschäfte, wie bei den KWL getätigt explizit ausschließt.

**LN dokumentiert den Passus
»Wie weiter«
aus der Rede von Leipzigs
OB Burkhard Jung
vor dem Stadtrat
am 20. Januar**

Meine Damen und Herren, dem Aufsichtsrat der LVB, einem mitbestimmten Unternehmen wie Sie ja sicherlich wissen, kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Die Gesellschafter haben hier keine alleinige Handhabe. Ich kann deshalb nur an dieser Stelle an den neuen Aufsichtsrat der LVB appellieren, sich seiner Verantwortung bewusst zu sein.

Ja, grundsätzlich stehen die Aufsichtsräte von LVB, KWL und LVV und die Mitgesellschafter – ich spreche hier ausdrücklich auch den Mitgesellschafter ZWALL an – in einer außerordentlichen Verantwortlichkeit und vor großen Herausforderungen.

Das, was wir hier erleben hat das Handelsblatt in seiner Ausgabe vom vergangenen Montag als den bisher »größten Wirtschaftskrimi der Stadt« beschrieben. Die finanziellen Auswirkungen dieser illegalen Geschäfte werden uns als Stadt-

verwaltung, Sie als Stadträtinnen und Stadträte vor allem aber alle Leipzigerinnen und Leipziger, denen gehören die Kommunalen Wasserwerke nämlich, noch jahrelang beschäftigen.

Als Oberbürgermeister unserer Stadt sage ich Ihnen heute zu, wir werden die Staatsanwaltschaft bei den Ermittlungen umfassend unterstützen.

Aber, was wir jetzt brauchen ist Ruhe, um die vor uns stehenden Risiken zu bewerten, Handlungsstrategien zu entwickeln und den Schaden möglichst klein zu halten.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte: Sie sind die gewählten Vertreter der Eigentümer der Kommunalen Wasserwerke der Leipzigerinnen und Leipziger. Wir, die Stadtverwaltung, die LVV und die neue Geschäftsführung der KWL werden Sie umfassend über die Ermittlungserkenntnisse und den jeweils aktuellen Sachstand informieren. Die nächste reguläre Information ist für den kommenden Verwaltungsausschuss vorgesehen.

Darüber hinaus werde ich eine Sondersitzung des Stadtrates einberufen, sobald die Erkenntnisse verdichtet vorliegen und Handlungsoptionen diskutiert werden müssen.

Vor uns liegen gewaltige Anstrengungen, um das zu schultern, was die ehemalige KWL-Geschäftsführung unserer Stadt eingebrockt hat. Wir werden alle gefordert sein, die jetzt noch nicht absehbaren immensen Auswirkungen zu bewältigen. Ich bitte Sie um Ihre intensive, ideenreiche, offene, kritische aber eben auch sachorientierte Mitarbeit zum Wohle unserer Stadt.

Und nun für Ihren Kalender die ersten Veranstaltungstermine:

- 25.2.: Michael Hurshell über seinen Vater, den Opernsänger Edmond Hurshell
- 24.4.: Annette Boenheim über ihren Vater, den Arzt Felix Boenheim
- 27.5.: Jan Bloch über seinen Vater, den Philosophen Ernst Bloch.

Alle Veranstaltungen finden im Kultur- und Begegnungszentrum Ariowitschhaus, Hinrichsenstraße 14, 04105 Leipzig statt.

Wir freuen uns auf Sie.

Schalom

Ihre Annette Boenheim

Informationen finden Sie auf www.ariowitschhaus.de
Ihre Anregungen und Fragen über: ariowitschhaus@yahoo.de

§ Räuber-Posse

Angeklagt wegen Raubes und vorsätzlicher Körperverletzung stand der 1964 geborene Ronald Max Heinz S. Ende Januar vor den Schranken des Leipziger Amtsgerichtes. Mit ihm kamen einige Freunde sowie die angetraute Räuberbraut. Wenn ein äußerst ungepflegtes Erscheinungsbild und pöbelhaftes Auftreten Straftatbestände wären, hätte dieses Quartett gleich mit auf der Anklagebank Platz nehmen können. Schweres Trinkermilieu.

Vorweg gesagt: Die Verhandlung geriet zu einer ziemlich üblen Posse. Nicht nur weil Ronald, genannt Romy, alles andere als ein später Verwandter des edlen Räubers Robin Hood ist und auch kein Nachfahre des immerhin brillanten britischen Bahnräubers Ronald »Ronny« Biggs. Aber immerhin 27 (!) Verurteilungen, darunter sieben wegen Körperverletzung, kommen auf das Konto dieses arbeitslosen Bauarbeiters, der gegenwärtig Hartz IV bezieht.

Zum Tatbestand: Im Verlaufe eines mehrstündigen Trinkgelages am 3. April 2008 in der Wohnung des Klägers G. soll Ronny zur »Nachtbetankung« der Säuferrunde diesen G. mittels Schlägen sieben Euro entwendet haben. Was Ronny voller Entrüstung abstreitet. Das fiel ihm sehr leicht, da der Kläger nicht zur Verhandlung erschien. Er wurde im Mai vergangenen Jahres zwangsgeräumt und soll nun in einer Gartenanlage leben, deren genauen Standort angeblich keiner kennt. Noch nicht einmal die als Zeugin geladene Lebensgefährtin, bei der G. aber immerhin jeden Tag am frühen Nachmittag aufläuft. Eine andere 59-jährige Zeugin, deren Aussehen ein augenscheinlicher Beweis ist für ihre offen bekundete Vorliebe für »stärkere« Getränke, konnte sich an so gut wie nichts erinnern. Was wohl sicher nicht ausschließlich an der seither vergangenen Zeit liegen mag. Aber dafür behauptete sie mehrfach, wenn auch mehr stammelnd, dass G. seine Klage zurück gezogen habe. Davon hatte allerdings weder die Polizei, geschweige denn das Gericht Kenntnis. Nahezu gönnerhaft ließ Romy die Richterinnen wissen, dass während der feuchtföhligen Gelages seine 20 Jahre jüngere Räuberbraut von G. als »Schlampe und Hure« beschimpft worden sei. Aber darüber sei ein Ehrenmann von seinem Format erhaben ...

Nach einer kurzen Beratungspause wurde das Verfahren auf einen späteren Termin vertagt. Bleibt nur zu hoffen, dass die Leber aller an dieser Posse Beteiligten bis dahin noch mitmacht. Mir kam angesichts der Kosten ziemlich heftig die Galle hoch.

FRANZ HASE



Im Februar beginnen wir mit einer Veranstaltungsreihe: Mein (berühmter) jüdischer Vater. Und wie das bei uns Juden so üblich ist, haben wir – kaum war die Idee geboren – angefangen zu diskutieren: Wieso eigentlich »mein jüdischer Vater« und nicht »meine jüdischen Eltern«? Und lassen sich unsere Väter wirklich unter diesem Begriff vereinen? Gar nicht so leicht

zu beantworten. Für die Definition des Judentums spielt nur die Mutter eine Rolle. Das bedeutet, nur wer eine jüdische Mutter hat, ist Jude. Der Vater ist uninteressant. Deshalb wollen wir hier unsere Väter einmal hervorheben. Jan Bloch, der im Mai über seinen berühmten Vater Ernst Bloch sprechen wird, meinte mit Recht, dass sein Vater eher seine Gesinnung als sein Judentum wichtig fand. Das gilt auch für meinen Vater, der sicher war, die Nazis hassten ihn aus drei Gründen: Er war Kommunist, Wissenschaftler, Jude. Die politische Überzeugung spielte in meinem Elternhaus immer eine Rolle, das Judentum nicht. Trotzdem: ich stehe zu unserer Reihe. Wir wollen mit ihr deutlich machen, dass es den Nazis nicht gelungen ist, hier das jüdische Leben auszuschalten, dass unsere Eltern und Großeltern trotz allem den Weg zurück nach Deutschland, nach Leipzig fanden und auch nach dem Krieg viel zu Kultur und Wissenschaft beitrugen.

L wie »Liberale«

»Konservative sind mit bestehenden Übeln zufrieden; Liberale wollen sie durch neue Übel ersetzen.«

Anonym

Sinkflug Richtung Leipzig Air Base

August 2002: Ein Airbus der Luftwaffe überquert zügig die Rollbrücke des Flughafens Leipzig/Halle. Der Anblick eines militärischen Fliegers an dieser Stelle ist eine Sensation. Doch besondere Situationen erfordern besonderes Handeln: An Bord sind tausende von Sandsäcken, die in den Hochwassergebieten von Elbe und Mulde dringend gebraucht werden.

Februar 2010: Airbusse der Luftwaffe sind ständige Gäste auf dem Flughafen in Schkeuditz. Sie kommen aus Zentralasien oder wollen dorthin. An Bord sind deutsche Soldaten, denen man als Fluggast in der Abflughalle ständig über den Weg läuft. Die Uniformierten müssen dorthin, wo einst ein keineswegs harmloser »Unterstützungseinsatz« begann, den Verteidigungsminister zu Gutenberg inzwischen wahrheitsnäher, aber immer noch als »kriegsähnlichen Zustand« beschreibt. Ob Urlauber auf dem Weg in die »Sonnenziele« die Nähe zum Militär als normal empfinden, wäre ein schönes Thema zum Nachdenken. Dabei sehen die zivilen Passagiere ein reichliches Viertel aller Fluggäste auf dem Flughafen gar nicht. Streng abgeschirmt in einem Seitengebäude werden US-Soldaten auf ihrem Weg in den Irak oder nach Afghanistan in Leipzig während einer Zwischenlandung verköstigt. Jährlich nahezu eine halbe Million GIs - das ist rechnerisch ein uniformierter Ami auf einen Leipziger Einwohner - eine stattliche Zahl. Und dieser Teil des Flugbetriebes ist wirklich nicht mehr zu übersehen. Immerhin fliegen die Armeeghörigen aus der einzigen verbliebenen Supermacht der Welt mit auffällig bemalten Großraummaschinen. Mal steht

»World« drauf neben einem Globus und mal »North American« neben einem wehenden Sternenbanner.

Nicht immer vertreten sich die amerikanischen Soldaten, die sich wie auf einer Leipzig Air Base vorkommen müssen, nach stundenlangem Flug ihre Füße auf sächsischem Boden. Häufig sind auch reine Fracht-Jumbos der »World« zu sehen und welche Ladung sie befördern, kann bestenfalls gemutmaßt werden. Seitdem diese Vögel in Leipzig landen, lautete die offizielle Antwort auf bohrende Nachfragen: »Das sind private Fluggesellschaften« und somit gäbe es keinen Widerspruch zum eigentlichen Zweck des Flughafens, der mit mehr als einer Steuermilliarde nach 1990 von einer »Autobahnraststätte mit angeschlossener Flugbahn« zu einem erstaunlich großen Airport aufgepöppelt wurde. Die Sache mit den privaten Fluggesellschaften ist ein Witz. Dass auch die CIA oder die US Army formal »private« Gesellschaften gründen können, die sie dann aus eigenem Interesse nutzen, kann als fliegerisches Allgemeinwissen spätestens seit dem Krieg in Vietnam angenommen werden.

DIE LINKE hat die militärische Zweckentfremdung des Verkehrsflughafens Leipzig/Halle seit Jahren thematisiert und die Anwohner informiert sowie an Protestkundgebungen und Ostermärschen teilgenommen. Unter dem politischen Druck, der dadurch aufgebaut wurde, haben sich die Auskunftsrechtlichen im Schneckentempo bewegt. Erzeugte der Zusatz »militärisch« anfangs Wutgeheul, so gibt auf entsprechenden Anfragen der Linksfraktion im Sächsi-



Und es war Frühling, am 11. April 2009, im Leipziger Stadtzentrum Foto: ege(Archiv)

schon Landtag die Staatsregierung inzwischen unumwunden die militärische Nutzung des Flughafens zu. Über genaue Regularien wird indessen das Mäntelchen des Schweigens gehüllt. So heißt es bei Nachfragen zu den russischen und ukrainischen Großraumtransportern von Ruslan-Salis, die ab Leipzig für die NATO in alle Ecken der Welt fliegen, solche Militäreinsätze beruhen auf internationalen völkerrechtlichen Verträgen und unterliegen deshalb der Vertraulichkeit. Geht es dagegen um die militärischen Transitpassagiere, ist von Völkerrecht plötzlich nicht mehr die Rede und der Verweis auf angeblich rein kommerzielle Flüge muss genügen.

Es leuchtet ein, dass zehntausende besorgte Anwohner weniger an spitzfindigen oder an den Haaren herbeigezogenen Antworten interessiert sind, sondern an ehrlichen Antworten auf drängende Fragen: ist es zulässig, das ein Verkehrsflughafen dauerhaft militärisch genutzt werden darf? Liegt die Gefahr eines terroristischen Anschlages nicht geradezu auf der Hand, wenn zivile und militärische Flieger seit an Seit abgefertigt werden? Wie lange soll die extreme Lärmbelastung durch nachts startende und landende riesige Militärtransporter, für die es keine Nutzungseinschränkungen gibt, noch andauern? Gerade dem »tödlichen Lärm« hat sich die Landtagsfraktion in letzter Zeit verstärkt zugewandt. Inzwischen gibt es dank einer repräsentativen Datenbasis des Bremer Mediziners Eberhard Greiser gesicherte Erkenntnisse, dass die gesundheitlichen Auswirkungen auf die von Fluglärm Betroffenen enorm sind. Insbesondere das Risiko von Herz- und Kreislauferkrankungen steigt signifikant. Die Linksfraktion hat deshalb Anfang Februar beantragt, dass die Staatsregierung zur Anfertigung einer entsprechenden Studie für den Flughafen Leipzig/Halle beauftragt wird. Man kann auf die Reaktion der zuständigen Stellen in Dresden gespannt sein.

Viele Fragen zum Flughafen Leipzig/Halle werden lauter und dringlicher. Es ist noch nicht lange her, da standen an allen Autobahnen rund um den Flughafen riesige Tafeln mit dem protzigen Spruch: »Der Interkontinentalflughafen für Mitteldeutschland«. Ein Blick in den zivilen Flugplan lieferte für diese Behauptung keinen Anhaltspunkt. Vielleicht hat das Flughafen-Management ja schon damals etwas ganz anderes gemeint...

• VOLKER KÜLOW

Nach seiner zweijährigen Zusammenarbeit mit Albert Schweitzer, die ihn tief geprägt hat, machte er sich dessen Credo **Ehrfurcht vor dem Leben** zum Leitmotiv in seinem Wirken als Arzt und Mensch. In diesem Sinne gründete Prof. Dr. Dr. Siegwart-Horst Günther 1991 die Hilfsorganisation »Gelbes Kreuz International«, die sich vorwiegend für die notleidende Bevölkerung der Golfkriegsregion engagiert. Bei seinen damit verbundenen wiederholten Aufenthalten im Irak gewann er nicht nur einen erschütternden Eindruck von den durch die Kriegseinwirkungen hervorgerufenen katastrophalen Lebensbedingungen; er erkannte auch die Ursache eines bis dahin unbekanntes Krankheitsbildes (vor allem Missbildungen bei Kindern) – den verbrecherischen Einsatz von panzerbrechender Munition aus abgereichertem Uran (DU, Depleted Uranium)



Die Kinder in der Kinderklinik von Basra haben kaum eine Überlebenschance

Ein unbequemer Humanist

durch die US-Armee. Ein solches Geschoss durchdringt wegen seiner hohen Dichte (19,1 g/cm³) auch starke Panzerungen, wobei es sich infolge seiner pyrophoren Eigenschaft explosionsartig entzündet. Die dabei entstehenden Verbrennungspartikel (Aerosole und Stäube) liegen in der Größenordnung von 10–100 nm (das entspricht etwa der Größe eines Virus); sie können sich durch Luftströmungen über sehr große Entfernungen (mehrere hundert Kilometer) verteilen. Die sehr hohe Konzentration von Urastaub in der unmittelbaren Umgebung einer solchen Explosion stellt eine hohe Gefährdung für die dortige Bevölkerung dar. Durch Aufwirbeln des Staubes werden diese Teilchen in den Körper aufgenommen und führen dort zu schweren Gesundheitsschäden. Daneben darf eine Langzeitwirkung die durch das Eindringen dieser Partikel in das Grundwasser entsteht, nicht vernachlässigt werden. Für die Atomindustrie hat die militärische Verwendung von DU den positiven Effekt, dass sie damit ihren bei der Urananreicherung entstehenden radioaktiven Abfall noch gewinnbringend entsorgen können. Auf diese Weise sind der Irak und Teile des Balkans zu Atommüllhalden

geworden, auf denen mehr als tausend Tonnen Uran mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung abgelagert wurden. Es ist das große Verdienst von Prof. Günther, dass er seine Erkenntnisse publik gemacht hat, auch wenn er dafür teilweise



Prof. Günther misst die Radioaktivität eines durch Uranmunition zerstörten Panzers

massiven Repressalien seitens der BRD-Behörden ausgesetzt war – bis hin zur Verhaftung. Von den Massenmedien wurden diese Informationen weitgehend totgeschwiegen. Lediglich im April 2004 wurde im Spätprogramm des WDR der Film »Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra« von Frieder Wagner, mit dem das

Wirken Prof. Günthers gewürdigt wird, gesendet. Die weitergehende Produktion des selben Autors »Todesstaub« wurde von keinem Sender angenommen. Sie kann nur über ochowa-film@t-online.de als DVD direkt bezogen werden.

Neben seinen Untersuchungen im Irak recherchierte Prof. Günther vor Ort auch in den von NATO-Kampfflugzeugen bom-

bardierten Gebieten des ehemaligen Jugoslawien, wo er die gleichen durch DU-Munition verursachten Schäden wie im Irak feststellen konnte.

Sowohl für seine aufopferungsvolle humanistische Tätigkeit als auch für seine wissenschaftliche Arbeit wurden ihm zahlreiche internationale Ehrungen zuteil. Die jüngste war die Verleihung des »Nuclear-Free Future Award« in der Kategorie »Aufklärung« am

18. Oktober 2007 in Salzburg. Diese Auszeichnung wird an Menschen verliehen, die sich vorbildlich für eine Zukunft ohne Atomwaffen einsetzen.

Professor Günther begeht am 24. Februar seinen 85. Geburtstag. Wir wünschen ihm dazu Gesundheit und Schaffenskraft für die weiteren Jahre. • HELMUT ULRICH



Foto: efa

Mehr als »Bilder einer Ausstellung«

Russisch-jüdische Maler in Dresden und Leipzig

Initiative zur Gründung der AG »Renaissance des Judentums in Sachsen« am Gedenktag für die Opfer des Faschismus

LN.: An einem denkwürdigen Datum, dem 27. Januar, präsentierte die Jüdische Gemeinde Dresden »Russisch-jüdische Maler in Sachsen«.

Die Vernissage der Leipziger Maler Boris Sachakov und Maysei Faynberg war der Höhepunkt des Dresdener Gedenktages für die Opfer des Faschismus. Am Vormittag hatten bereits der Sächsische Landtag mit einer Gedenkstunde und am Nachmittag Dresdner Schüler und Bürger mit einer Namenslesung der über 6000 Dresdner Opfer des Faschismus gedacht.

Das Gedenken setzten die Mitglieder der jüdischen Gemeinde Dresden und deren Gäste vom Leipziger Jüdischen Forum am Abend mit einem Gottesdienst und Totengebete in der Neuen Synagoge fort. Den Gottesdienst hielt der sächsische Landesrabbiner Salomon Almekias-Siegl ab. Begleitet wurde er vom Synagogenchor Dresden-Chemnitz. Der Gottesdienst war dreisprachig: Der Landesrabbiner teilte hebräische, russische und deutsche Gebetsbücher aus und verwies auf die parallelen Textstellen in den unterschiedlichen Ausgaben.

Langjährige Verfechter der Zusammenar-

beit mit den jüdischen Gemeinden in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rechtsextremismus waren bislang vor allem die sächsischen Linken. Die Fraktion hat sich als offizieller Veranstalter konsequent und finanziell für die Umsetzung dieser Ausstellung eingesetzt.

Im Sächsischen Landtag fand dazu ein Pressegespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Dr. André Hahn, dem Vorstandsvorsitzenden des Deutsch-Russischen Zentrums Sachsen e.V., Herbert Schmidt sowie Maysei Faynberg und Boris Sachakov statt.

*

Aus der Ansprache André Hahns:

Der Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz ist einerseits Verpflichtung zum würdigen Gedenken an unzählige Menschen, die dem millionenfachen Massenmord auf Geheiß des deutschen Faschismus zum Opfer gefallen ist. Andererseits sollte dieser Tag gerade auch in Sachsen, wo die politischen Nachfolger der NSDAP seit 2004 im Landtag sitzen, Anstoß zum verstärkten Engagement gegen Rechtsextremismus geben.

Ich bedauere es zutiefst, dass die Koalitionsfraktionen unser auch von SPD und Grünen mitgetragenes Angebot ausge-

schlagen haben, an diesem Tag zu einer gemeinsamen Erklärung aller demokratischen Fraktionen zu kommen, die nach Thüringer Vorbild dieses Ziel in den Mittelpunkt des Konsenses stellt. Stattdessen wurde gestern im Alleingang zweier Fraktionen ausgerechnet das neue Versammlungsgesetz gewürdigt, obwohl namhafte Experten festgestellt haben, dass dieses Gesetz keine Naziaufmärsche verhindern wird, aber seine Verfasser in mutmaßlich verfassungswidriger Weise die Versammlungsfreiheit zu beschneiden versuchen.

Um so mehr freue ich mich, dass wir mit dem Vorstandsvorsitzenden des Deutsch-Russischen Zentrums Sachsen e.V., Herbert Schmidt, und den Malern Boris Sachakov und Maysei Faynberg eine Ausstellung russisch-jüdischer Maler vorstellen können, die im Jüdischen Gemeindezentrum in Dresden eröffnet und dann auch in Leipzig und Chemnitz präsentiert wird. Diese Ausstellung ist der Beitrag unserer Fraktion zum 65. Jahrestag der Befreiung der europäischen Juden von der Shoa. Deshalb findet zu Beginn eine Feierstunde mit Landesrabbiner Dr. Salomon Almekias-Siegl in der Synagoge statt, wofür ich herzlich danken möchte.

Beide Künstler engagieren sich im Jüdischen Forum beim Deutsch-Russischen Zentrum und haben bei uns in Sachsen eine neue Heimat gefunden – wie allein in Leipzig 1200 Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, im Vergleich zu nur 30 Ende der achtziger Jahre. Durch die Zuwanderung aus der UdSSR und deren Nachfolgestaaten wurden, so die Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, am 29.11.2009, »die Voraussetzungen für eine Renaissance jüdischen Lebens in Deutschland geschaffen.« Daher greift die Fraktion gern die Idee des Jüdischen Forums beim Deutsch-Russischen Zentrum auf, gemeinsam mit anderen eine »Arbeitsgemeinschaft für die Renaissance des Judentums in Sachsen« zu initiieren. Noch in diesem Jahr werden wir gemeinsam mit der AG zu einem Symposium unter dem Arbeitstitel »Identität und Integration – Renaissance von Judentum und jüdischer Gemeinschaft in Sachsen« einladen.

Die AG will, ohne sich in die Belange des jüdischen Gemeindelebens und der Religion einzumischen, dabei mithelfen, die Interessen von Juden in das von der Landesregierung geplante sächsische Integrations-Konzept einzubringen.

Kunst und Integration

LN.: Beide Künstler absolvierten sehr unterschiedliche künstlerische Lebensläufe. Sachakov, Aquarellmaler, ein Meister, der sich aus der Provinz kommend in der Moskauer Künstlerszene als Impressionist einen Namen machte und trotz und vor allem »nach der sowjetischen Bürokratie und Zensur« international bekannt wurde. Maysei Faynberg, ein Klassizist und Akademiker, wandte sich nach der Übersiedlung europäischen Motiven und Stilen zu und ist zudem ein begnadeter Lehrmeister in seiner privaten Malschule in Leipzig. Unübersehbar die Wiederaufnahme jüdischer Motive in das Werk der Künstler nach der Übersiedlung nach Deutschland. Faynberg porträtierte auf seinen Reisen das jüdische Leben, Sachakov entwarf seinen Holocaust-Zyklus. Auch diese Bilder sind Teil der Ausstellung.

Integration, Renaissance des Judentums und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, so fasste auch Nora Goldenbogen, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Dresden, zur Abendlichen Eröffnung der Ausstellung »Russisch-jüdische Maler in Sachsen« die Motive der ausgestellten Bilder zusammen.

Sie hob in ihrer Rede, den »hohen Blutzoll« auch und gerade der sowjetischen Juden hervor, von denen viele durch den deutschen Vernichtungsfeldzug während der Besetzung ums Leben kamen. Das unermessliche Leid thematisieren die beiden Künstler, Boris Sachakov und Maysei Faynberg, in ihren Bildern, aber auch den stalinistischen Antisemitismus und die Zuwendung zum Jüdischen nach der Übersiedlung nach Deutschland, findet Goldenbogen.



Maysei Faynberg

Foto: efa



Boris Sachakov

Foto: efa

Anerkennung

LN: Horst Wehner, behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und 2. Landtagsvizepräsident, erklärt zur erneuten Berufung von Stephan Pöhler zum Beauftragten der Staatsregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen:

Pöhler ist ein guter Mann. Er wurde erstmals im Herbst 2005 zum Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen berufen. Er wird von den Verbänden der Behindertenselbsthilfe, den Wohlfahrtsverbänden und den kommunalen Behindertenbeauftragten anerkannt. Bloß gut, dass Pöhler in seiner Antrittsrede nicht nur versprach, sich für die Umsetzung des von den Regierung tragenden Parteien im Freistaat Sachsen geschlossenen Koalitionsvertrages einzusetzen, denn dann hätte er nicht viel zu tun.

Ich sichere Stephan Pöhler Unterstützung zu, dass er sein Amt über die spärlichen Regelungen im genannten Koalitionsvertrag hinaus zur umfassenden Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit körperlichen, geistigen, seelischen oder/und Sinnesbeeinträchtigungen und damit zur Sicherung der chancengleichen Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft im Freistaat Sachsen tatsächlich auch unabhängig und nicht an Weisungen gebunden ausüben kann.

17. Januar

Leipzig: Vertreter aller sächsischer Orchester haben die Sächsische Orchester Konferenz gegründet. Ziel des Zusammenschlusses ist der Erhalt der Orchesterlandschaft Sachsens, nachdem in den vergangenen 18 Jahren im Freistaat knapp 30 Prozent der Arbeitsplätze für Musiker abgebaut wurden.

19. Januar

Freiberg: Nachdem vor sechs Jahren ein Bußgeldkatalog für Müllsünder eingeführt wurde, ist die Zahl der Delikte wie weggeworfene Zigarettenkippen oder Kaugummi und Verunreinigungen durch Hundekot gesunken. Bei 450 Müll-Delikten im vergangenen Jahr hat die Stadt Freiberg fast 10 000 Euro an Bußgeld eingenommen.

Dresden: Die Polizei hat bei der Durchsuchung der Landesgeschäftsstelle der Linkspartei Plakate des Bündnisses »Dresden Nazifrei« beschlagnahmt, mit denen dazu aufgerufen wird, den geplanten Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden zu blockieren. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Katja Kipping erklärte dazu, dass damit der Aufruf zum friedlichen Widerstand kriminalisiert wird. Im vergangenen Jahr hatten 10 000 Menschen gegen einen Neonazi-Aufmarsch protestiert.

20. Januar

Altenberg: Noch im Frühjahr beginnen die Bauarbeiten für einen Markt der Generationen, der schon Ende 2010 eröffnet werden soll. Der Markt mit rund 1000 Quadratmetern Verkaufsfläche will mit seiner Produktpalette vor allem ältere Menschen, junge Eltern und Singles berücksichtigen. Dazu gehören kleinere Verpackungen, größere Schrift und Wickeltische. .

22. Januar

Dresden: Die Stadt erhielt von der Lan-

Endlich Konsequenzen ziehen

LN: Dass in Sachsen Ärzte fehlen, diagnostizierten Patienten und bekommen in der »Sächsischen Zeitung« einmal mehr eine Antwort. Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag Kerstin Lauterbach:

Nachdem nun auch die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen uns allen bestätigt, was wir schon lange wussten und erst in der letzten Landtagssitzung mit einem eigenen Antrag behandelten, dass es nämlich nicht nur eine gefühlte Unterversorgung in den Wartezimmern und Krankenhäusern gibt, sondern eine reale in Höhe von insgesamt 684 fehlenden Ärzten, davon 277 in den Krankenhäusern, steht einmal mehr die Frage nach den gegensteuernden Maßnahmen im Raum.

Völlig kontraproduktiv dürfte das Handeln der Staatsregierung sein, einerseits Beihilfen an Medizinstudenten auszu zahlen, damit diese in unterversorgte Gebiete nach ihrem Studium gehen, und andererseits durch Kürzung der finanziellen Mittel für die medizinische Fakultät der Uni Leipzig die Anzahl der Erstsemester von bisher 350 auf 260 zu kürzen. Der Mangel an Hausärzten, der bereits jetzt derart offensichtlich ist, wird sich in naher Zukunft auf Grund des Erreichens der Altersgrenze einer

ganzen Generation von niedergelassenen Ärzten noch dramatisch verstärken. Natürlich ist dabei über die künftige Finanzierung zu reden. DIE LINKE unterstützt alle, und somit auch Frau Clauß, die sächsische Gesundheitsministerin, die für den Erhalt einer solidarischen Versicherung eintreten. Damit lehnen wir den Vorschlag nach Einführung von Kopfpauschalen, die insbesondere von der FDP auch hier in Sachsen gefordert werden, ab. Solidarität geht anders. Für uns bedeutet dies die schrittweise Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung bis hin zur Einführung einer Bürgerversicherung. Bundesgesundheitsminister Rösler möchte die Kostenexplosion auf dem Gebiet der Pharmaka stoppen. Es wird nichts anderes als bisher auch geschehen: Versprochen, gebrochen. Vertreter der reinen Lehre der Marktwirtschaft, wie Herr Rösler von der FDP, sind dazu nicht in der Lage und auch nicht willens. Von der sächsischen Staatsregierung erwarte ich praxiswirksame Förderprogramme.

Welcher Arzt weiß eigentlich, dass er über das Programm des Wirtschaftsministeriums »Förderung von Investitionen kleiner Unternehmen in strukturschwachen Räumen«, Anspruch auf Unterstützung hat?

Kürzungen

LN: Zu den Berichten über drastische Kürzungen bei der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen erklärt Annekatrin Klepsch, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Kinder- und Jugendpolitik und Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses:

Nun ist die Katze aus dem Sack: Die Jugendpauschale – die Zuweisung des Sozialministeriums an die Kommunen und Landkreise für Kinder und Jugendliche von 0 bis 27 Jahren – wird um ein Drittel von 14,70 Euro auf 10,40 Euro gekürzt.

Anmaßend dabei ist, dass Ministerin Clauß zunächst in einem »Hintergrundgespräch« mit Journalisten darüber spricht und die betroffenen Träger und Kommunen wie auch den Landesjugendhilfeausschuss im Dunkeln tappen lässt.

Darüber hinaus hat das Sozialministerium am 2. Februar im Landtag noch behauptet, auf die Kommunen und Landkreise als öffentliche Träger der Jugendhilfe werden die Konsolidierungsmaßnahmen des Landeshaushaltes keine Auswirkungen haben, denn »sie sind nicht Zuwendungsempfänger« und es gäbe noch »keine konkreten Festlegungen«. Das ist Unkenntnis, denn die freien Träger werden von den Kürzungen betroffen sein, wenn Kommunen und Landkreise aufgrund der gekürzten Jugendpauschale ihnen weniger Geld zuwenden können.

SACHSEN-CHRONIK

zusammengestellt von Helmut Ulrich

despressekonzferenz Sachsen wegen mangelhafter Pressearbeit den Negativ-Preis »Tonstörung 2009«. Bereits über einen längeren Zeitraum würden Anfragen über die Pressestelle häufig gar nicht, verspätet oder nur nach mehrmaliger Nachfrage beantwortet. Die Landespressekonzferenz erhofft sich damit einen Anstoß für eine bessere Kooperation der Dresdner Stadtverwaltung mit Journalisten und Medien.

23. Januar

Limbach-Oberfrohna: Anlässlich einer Großveranstaltung der NPD in einem Lokal in der Innenstadt haben rund 150 Menschen friedlich für Toleranz und gegen Rechtsextremismus demonstriert. Aufgerufen hatten ein lokales Bündnis sowie Parteien und Gewerkschafter. Eine Elterninitiative sammelte zudem Unterschriften für die Einführung eines runden Tisches gegen Gewalt. In Limbach-Oberfrohna gab es in den vergangenen fünf Jahren 70 rechtsmotiviertere Straftaten.

26. Januar

Trossin: Die am Wochenende abgewählte Bürgermeisterin von Trossin sorgt für einen Eklat. Angeblich will sie bis zur Neuwahl die Amtsgeschäfte weiterführen, was aber noch Monate dauern kann. Obwohl sich sogar das Landratsamt Nord-sachsen eingeschaltet hat, gibt sich die ehemalige Bürgermeisterin uneinsichtig.

27. Januar

Machern: Die Gemeinde muss ihr Über-

brückendarlehen von 3,2 Millionen Euro vollständig an die Landesdirektion Leipzig zurückzahlen. Eine Prüfung des Haushaltskonzeptes habe ergeben, dass die Gemeinde nicht alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft habe. Deshalb könne die Landesdirektion nicht auf die Rückzahlung verzichten. Nach der Insolvenz der kommunalen Gerichtshainer Bau- und Wohnungsgesellschaft im Jahr 2003 hatte die Landesdirektion der Gemeinde mit einem Darlehen geholfen.

28. Januar

Eilenburg: Mehr als 400 frühere Beschäftigte des Chemiewerkes in Eilenburg sollen Teile ihrer Abfindungen zurückzahlen, fordert die Leipziger Arbeitsagentur. Es handelt sich dabei um Beträge zwischen einigen Hundert und zweieinhalb tausend Euro. Der Insolvenzverwalter habe damals zu großzügige Abfindungen an die Beschäftigten gezahlt.

Bad Muskau: Die Landesdirektion Dresden hat das Grundwasser aus der Bohrung Bad Muskau als Heilquelle staatlich anerkannt. Die entsprechende Urkunde wird dem Landkreis Görlitz am 12. Februar übergeben. Die Anerkennung der Sole als Heilwasser ist Teil des Konzeptes für die kurörtliche Entwicklung der Stadt und der Region um den Fürst-Pückler-Park.

1. Februar

Leipzig: Nach neuesten Informationen soll der City-Tunnel frühestens zum Win-

terfahrplan 2013 in Betrieb gehen. Der sächsische Rechnungshof untersucht seit Jahresbeginn 2009 die Ursachen für die Verzögerungen und Mehrkosten. Statt der veranschlagten 572 Millionen kostet der Tunnel inzwischen 900 Millionen Euro.

Schwarze Pumpe: Die Mitarbeiter der Brikettfabrik Schwarze Pumpe haben derzeit alle Hände voll zu tun. Die Kohlebricks finden in diesem Winter reißenden Absatz – der Umsatz sei um rund 15 Prozent gestiegen, teilte der Energiekonzern Vattenfall mit. Die Kohlen aus Schwarze Pumpe verkaufen sich in Ostdeutschland, Tschechien und Ungarn besonders gut.

3. Februar

Pillnitz: Die mehr als 220 Jahre alte Pillnitzer Kamelie beginnt zu blühen. Der grüne Baum verwandelt sich zunehmend in ein rotes Blütenmeer, teilten die Schloßherren und Gärten mit. In voller Pracht trägt er alljährlich rund 35.000 Blüten. In zwei Wochen öffnet das Kamelienhaus im Schlosspark Pillnitz für die Besucher.

5. Februar

Königswartha: In Sachsen wird noch immer viel Kriegsmunition gefunden. Laut einer jetzt vorgelegten Polizei-Statistik wurden 2009 mehr als 300 000 Kampfmittel beseitigt. Auch in der Oberlausitz wurden die Sprengstoffexperten fündig. In Königswartha beseitigten sie im vergangenen Jahr 17 000 Granaten - Überreste der ehemaligen Munitionsfabrik.

Mwie »Marxist«

Die Marxisten sind die klügsten Kritiker.

Alexander Block

Super! Ein Wahljahr... oder etwa nicht?

Mit Benjamin-Immanuel Hoff, Sozialwissenschaftler

Analysiert und diskutiert werden:

»Der Wahlzyklus der Jahre 2008/2009 und die Ergebnisse für DIE LINKE«.

Dr. Benjamin Hoff hat im Wahljahr 2009 akribisch Wahlergebnisse begutachtet. Darunter sind die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009, die Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 und die Landtagswahlen in Thüringen.

Weiterhin wird umfangreiches statistisches Material den Wahlzyklus 2008/2009 und die Ergebnisse für DIE LINKE (unter www.rosalux.de) präsentiert.

Inzwischen wird in den Parlamenten eine Bilanz über das »Superwahljahr« gezogen.

Über den Autor und Wissenschaftler:

Benjamin Hoff, Jg. 1976, war 1995 für die PDS ins Berliner Abgeordnetenhaus eingezogen – als jüngster Abgeordneter. Von 1995 bis 2006 war er in den Ausschüssen für Wissenschaft und Forschung, für Wirt-

schaft, Betriebe und Technologie, für Haushaltskontrolle, sowie im Hauptausschuss (Finanzausschuss), im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Bildung und Schule tätig.

Im Jahr 2001 schloss er sein Studium der Sozialwissenschaft an der HU-Berlin ab und promovierte 2006.

Seit Dezember 2006 ist er Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin.

Der Wahlzyklus 2008/2009

Diskussion und Vortrag
Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
Dienstag, 16. Februar,
Beginn 18.00 Uhr
Moderation: **Dr. Monika Runge,**
Wo?
Harkortstraße 10 in Leipzig

Matriarchalisches

Eine Ausstellung von Katharina Kretschmer



Biographisches

- 1971 in Dresden geboren /1989 Abitur
- 1991 - 1994 Studium an der Burg Giebichenstein, Hochschule für Kunst und Design, Halle/Saale, Studiengang Textilkunst; Wechsel zu Malerei/Grafik bei Prof. Frank Ruddigkeit und Prof. Ronald Paris
- 1994 - 1997 Studium an der Hochschule für Bildende Künste Dresden bei Prof. Claus Weidendorfer/1997 Diplom
- 1997 - 1999 Aufbaustudium bei Prof. Ronald Paris, Burg Giebichenstein, seit 1998 freischaffend / seit 1999 im Sächsischen Künstlerbund und im Neuen Sächsischen Kunstverein
- 2000 Sohn Jakob geboren
- 2002 Teilnahme am internationalen Pleinair bildender Künstler »Hinter den sieben Meeren« im Wernigeröder Kunst- und Kulturverein e.V.
- 2003 Sohn Konstantin und 2006 Sohn Fridolin geboren
- 2008 Grafiken aus dem Zyklus »Liebe und andere Wahrheiten« zu dem Gedichtband »Lieb Reiz« von Ivar Bahn
- Seit 1993 über 70 Ausstellungen, u. a. in Dresden, Pirna, Berlin, Meißen, Magdeburg, Riesa, Halle, Potsdam, Bautzen, Rangsdorf/Berlin, Moritzburg, Wernigerode, Meiningen, Gotha, Berlin, Zittau.

Vernissage

Sonntag, 7. März,
Beginn 16.00 Uhr
Es liest
Ivar Bahn
Wo?

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
Harkortstraße 10 in Leipzig
**Die Ausstellung ist bis Mitte
Juni dieses Jahres zu sehen.**
Sie und Ihre Freunde
sind herzlich eingeladen.

Dichtgedrängt und viele Fragen

Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger über Rosas Tod



Die Herausgeber der »Dokumente und Kommentare« dichten an dicht mit Interessierten im übervollen »Dachboden« des Liebknecht-Hauses Leipzig. Foto: ege

»Unser Wissen über die Infamie dieser Mordtat und über ihre Reichweite bis in unsere Tage vertieft sich mit dieser Publikation.« So endet das Vorwort im Heft 7 der herausgegebenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte.

Dieses »bis in unsere Tage« konnte nicht deutlicher beobachtet werden, als am Andrang sehr vieler Interessierter am Abend des 15. Januar im Leipziger Geburtshaus von Karl Liebknecht.

Natürlich hatte da beispielsweise auch die ND-Zeitungsschlagzeile vom 30. Mai 2009 ihren Anteil: »Versteckte die Charité Rosas Leiche?« Diese Frage ging um die Welt, betraf sie doch eine, wenn nicht gar die herausragende Frau des 20. Jahrhunderts.

Zur Erinnerung: Im Keller des pathologischen Instituts der Charité stand über Jahrzehnte unbeachtet ein Sarg mit einer Wasserleiche, der Kopf, Hände und Füße abgetrennt waren. Ein interessanter Fall für den Rechtsmediziner Michael Tsokos, der »verblüffende Ähnlichkeiten« mit der am 15. Januar 1919 ermordeten Rosa Luxemburg feststellte.

Die sächsische Stiftung gleichen Namens hat seit ihrer Gründung 1991 Leben und Werk ihrer Namensgeberin große Aufmerksamkeit und Neigung entgegengebracht. Die Stiftung versteht sich gerade jetzt nicht als Partei im Pro und Contra der aktuellen Diskussionen. Aber: Aus einem Selbstverständnis heraus musste und wollte sie eingreifen, auch an diesem Januarabend, mit den ausgewiesenen Luxemburg-Forschern und Kennern Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger.

Beide Gesprächspartner gaben Einblicke in historische Wertungen und Dokumente, die in dieser Vollständigkeit bisher noch nicht veröffentlicht wurden.

Es ist in diesem Beitrag nicht der Platz, alles Gesagte und Gefragte der spannenden zwei Stunden wiederzugeben, dafür bieten sich nun die 200 Seiten der jetzt all-

gemein zugänglichen Dokumentensammlung an. Natürlich wurde auch über die erwähnten Zeitungsschlagzeilen und sich daraus ergebende mutmaßliche Fakten debattiert, zumal inzwischen die »Charité-Leiche« beigelegt wurde.

Professor Dr. Annelies Laschitzka, die übrigens von 1954-58 in Leipzig Geschichte studierte, brachte es auf den Punkt: »Rosa Luxemburg wäre ein Feind der Leichenfledderei gewesen. Das, was in den letzten Wochen und Monaten passierte, ist allgemein mit der Würde einer Toten, ganz gleich wer sie ist, nicht zu vereinbaren.« Veröffentlichte Leichenfotos in der Boulevardpresse und das auf Sensation und Publicity ausgerichtete Tun von Michael Tsokos, auch im kollegialen Umgang mit der Luxemburg-Kennerin Annelies Laschitzka und ihren Erkenntnissen, hinterlassen einen schalen wenn nicht gar bitteren Beigeschmack.

Natürlich wurde im Liebknecht-Haus auch die bewusste »Gretchen-Frage« gestellt. Die Antwort sowohl von Klaus Gietinger als auch von Annelies Laschitzka lautete: »Wir gehen davon aus, dass 1919 Rosas Leiche aus dem Landwehrkanal geborgen und beerdigt wurde.« Man vergleiche dazu die jetzt herausgegebenen Dokumente.

PS: Selbst, wenn noch winzige Details in dieser Angelegenheit offenbleiben oder interpretierbar sind, was ändert es an der Größe und Leistung einer herausragenden und ungewöhnlichen Frau, die auf brutalste Art von ihren Gegnern ermordet wurde. Letztlich ist sie unsterblich.

• MICHAEL ZOCK

Nwie »Neues«

Neues in einem guten Sinne ist nur, was aus der Dialektik der Kulturbewegung hervorgeht.

Gottfried Keller

Made in China

Wege einer neuen Weltmacht

Exklusiv für LEIPZIGS NEUE erarbeitet von Prof. Dr. Zbigniew Wiktor vom Institut für Politische Wissenschaft der Universität Wrocław. Er ist zur Zeit Gastprofessor an der Universität Wuhan VR China

Die Krise und Chinas Wirtschaft

Die Finanzkrise, die im September 2008 ausbrach, hatte und hat bedeutenden Einfluss auf die chinesische Wirtschaft. Seit dem dritten Quartal 2008 ging der Import aus dem kapitalistischen Ausland stark zurück. Zugleich sank auch die Exportproduktion chinesischer Betriebe, die nach andere Möglichkeiten suchen mussten, um ihre Kapazität aufrecht zu erhalten. Folgende Zahlen verdeutlichen diesen Prozess: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in China war 2007 das größte seit Jahren. Es sollte planmäßig um 11% wachsen, wuchs aber um 13%. Für 2008 war ein Wachstum von 10% vorgesehen, aber ab September 2008 sank es durch die Weltkrise. Im vierten Quartal 2008 betrug es 6,8%. Diese Tendenz setzte sich im ersten Quartal 2009 fort. Das BIP ging auf nunmehr 6,1% zurück und die Gefahren für die gesamte chinesische Wirtschaft nahmen ernsthaft zu. Deswegen ergriffen die chinesische Regierung und die chinesischen Finanzinstitutionen gravierende Maßnahmen zur Stabilisierung der chinesischen Wirtschaft sowie der Weltfinanzen. Mit mehr als 560 Mrd. Dollar »stimulus package« unterstützte China den amerikanischen Markt. Doch trotzdem blieb die Lage für die chinesische Wirtschaft kompliziert. Die Wirkungen der Maßnahmen zur Aktivierung des inländischen Marktes waren und sind relativ begrenzt wegen der Armut der Landbevölkerung, deren Einkommen mehr als dreimal weniger als die der Stadtbevölkerung sind. Das hatte zur Folge, dass Ende 2008, Anfang 2009 viele chinesische Betriebe ihre Produktion begrenzen und auch Pleite gingen. Saisonarbeiter vom Lande kehrten zur Bewirtschaftung ihrer kleinen Felder in die Dörfer zurück.

In dieser Situation ergriff die zentrale Regierung und insbesondere die Kommission zur Nationalen Entwicklung und Durchführung von Reformen Ende 2008 weitere umfangreiche ökonomische und soziale Maßnahmen. Gigantische Finanzströme für die Entwicklung des gesamten Landes, des Umbaus seiner ökonomischen und sozialen Struktur sowie die Umgestaltung der Landwirtschaft zur Erhöhung der Produktivität wurden in Kraft gesetzt. Es geht um qualitative Schritte zur Vergrößerung der kleinen durchschnittlich 1ha-Landwirtschaften zu einer mit modernen Landmaschinen sowie mit Agro- und Tierzuchttechnik ausgestatteten Infrastruktur. Dazu werden zwei Wege beschritten: erstens die Schaffung von LPG auf der Basis der Freiwilligkeit und zweitens die Bildung größerer Privatwirtschaften (aber keine neuen Junker), eine Entwicklung, die großzügig mit entsprechenden

Finanzmitteln und moderner Technik vom Staat unterstützt wird. Damit sind auch große Ausgaben für das Sozial-, Versicherungs- und Gesundheitswesen verbunden. All das führte zu einem gestiegenen Bedarf von Millionen Haushaltsgeräten und Maschinen, die nach Produktionspreisen (und weniger) verkauft wurden. Als Resultat dieses Prozesses wurde die oben erwähnte negative Tendenz gestoppt. Das im 1. Quartal 2009 erreichte 6,1% Wachstum des BIP stieg im 2. Quartal auf 7,9% und im 3. Quartal auf 9%. Der Zuwachs im vierten Quartal soll mindestens 10% betragen. Das bedeutet, dass für das gesamte Jahr 2009 ein Zuwachs von mindestens 8% erreicht werden sollte, was vier bis fünf Mal mehr im Vergleich zu den USA, der BRD und anderen kapitalistischen Ländern ist.

Die alten und die neuen Widersprüche

Die Volksrepublik China erreichte in den letzten fünf Jahren einen gigantischen Zuwachs des BIP (ca. 10% jedes Jahr) und wurde dadurch nach den USA zur zweiten Weltwirtschaftskraft. Die Globalisierungskrise der kapitalistischen Wirtschaft im hat die Schwächen der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Japans sowie anderer kapitalistisch entwickelter Länder sichtbar gemacht, aber es zeigte sich auch der wachsende Einfluss von Indien, Brasilien, Mexiko und weiterer aufstrebender Länder der dritten Welt. Die frühere »Weltregierung« G-7 wurde in die G-20 umgestaltet, was eine revolutionäre Veränderung der internationalen ökonomischen Verhältnisse bedeutet. Insbesondere verschärfte die Krise die Lage in den USA, wo Ende 2008 mit der Wahl des US-Präsidenten Barack Obama die konservative neoliberale Doktrin des ehemaligen Präsidenten G. W. Bush eine Niederlage erlitt. Aber auch B. Obama soll – nach dem Willen des großen amerikanischen Kapitals – die hegemoniale Position der USA behaupten. Das macht die chinesische Außenpolitik schwieriger und hat auch differenzierten Einfluss auf die Innenpolitik der VR China.

In China existieren große und zunehmende Widersprüche. Die Reichen wurden und werden noch reicher, die Armen noch armer. Der staatliche Kapitalismus, der mehr als 2/3 des Einkommens produziert, hat eine rasante Entwicklung, aber auch große soziale Unterschiede erzeugt. In den letzten 30 Jahren ist eine Großbourgeoisie wiedererstanden, wenn auch unter Kontrolle des sozialistischen Staates und der Kommunistischen Partei Chinas. Doch die neue chinesische Großbourgeoisie hat enge Kontakte zu ihren »Klassenbrüdern« in den kapitalistischen Ländern und verfolgt eigene ökonomische und politische Interessen.

Das ist gefährlich für den sozialistischen Staat und die KPCh muss immer die Gefahren einer Konterrevolution bedenken, deren Versuch im Juni 1989 in Peking militärisch niedergeschlagen worden ist. Zwar hat die KPCh-Führung eine große



Prof. Dr. Wiktor veröffentlichte 2009 diesen 546 Seiten umfassenden Band zur Entwicklung in der VR China. Seine LN-Korrespondenz nahm den Postweg.

Unterstützung von der breiten Klasse des chinesischen arbeitenden Volkes, aber in der Krisenzeit wurde die Situation kompliziert. Es wuchs die Unzufriedenheit unter den Millionen Arbeitslosen und auch anderer Schichten, die zwar reicher wurden, aber nicht in dem Maße wie die Bourgeoisie und die sogenannten Haifische des Kapitals. Auch wuchs eine ungeduldige hochgebildete junge Generation heran. Jedes Jahr beenden mehr als sechs Millionen junge Leute ihre universitäre Ausbildung, von denen jedoch viele keine Arbeit bekommen. Manche emigrieren und die Mehrheit muss sich wenig profitabel ihren Lebensunterhalt verdienen. Diese Probleme drängen zu einer Lösung und wurden im ZK der KPCh im September 2009 scharf diskutiert.

Die Methoden der neuen Bourgeoisie

Es sind gigantische Firmen entstanden, mit einem Reichtum von vielen Milliarden Dollar. Das Privateigentum an Produktionsmitteln entwickelte sich in drei Etappen.

- (1978-1992) entstanden 140 000 Firmen, die 1992 insgesamt 22,1 Millionen Juan des registrierten Kapitals (276 Millionen US-Dollar) repräsentierten. Sie beschäftigten 2,32 Millionen Arbeiter und haben 450 Millionen Juan (56 Millionen US-Dollar) Steuern bezahlt.

- (1992-2002) entwickelte sich das Privateigentum rasend. Die Zahl der privaten Firmen wuchs auf 2,44 Millionen und 2,5 Billionen Juan Kapital (13,5 Milliarden US-Dollar).

- (2003-2009) stieg die Zahl der Privatfirmen Anfang 2008 auf 5,51 Millionen, die 9,4 Billionen Juan Kapital besaßen und 127 Millionen Arbeiter beschäftigten. Ihre Steuer betrug 477,15 Milliarden Juan (68,16 Milliarden US-Dollar), die Profite wuchsen seit 2003 um das 8-fache.

Diese Firmen verkörpern völlig neue moderne Industriebranchen, ausgerüstet mit der höchsten Technologie und operieren erfolgreich auf dem internationalen Markt. Der Reichtum dieser Gruppe wuchs im letzten Jahr (trotz Krise) durchschnittlich um circa 30 Prozent.

Durch die sich in mehr als 30 Jahren vollzogene Veränderung der Klassen- und Sozialstruktur existieren heute neue Klassenwidersprüche in China. Nach seriösen Angaben gab es 2009: 825 000 Menschen mit einem Eigentum von mehr als 10 Millionen Juan (1,5 Millionen Dollar) und 51 000 Chinesen mit einem Reichtum von über 100 Millionen Juan (15 Millionen Dollar). Zugleich vollzieht sich das Wachstum des bereits umfangreichen Kleinbürgertums, das besonders aktiv auf dem Lande und im Dienstleistungsgewerbe tätig ist. In China nimmt die Ideologie des Privateigentums zu, was der KPCh Probleme unter der Jugend bereitet.

Gegen Korruption und für Demokratie

Die KPCh führt einen konsequenten Kampf für den Sozialismus im Rahmen des hochentwickelten staatlichen Kapitalismus. Das ist wegen der zahlreich existierenden Widersprüche nicht leicht. Sie steuert ihr Wirken mit den Mechanismen seiner sozialistischen Marktwirtschaft, was die rechtliche Kontrolle und die Regulierung des privaten Kapitals durch das Finanzsystem beinhaltet. So hat die KPCh das Privatkapital zu riesigen Akkumulationen im Inland gezwungen, wodurch neue moderne Industriezweige und hunderte Millionen Arbeitsplätze entstanden. Das Finanzsystem Chinas blieb stabil und es war möglich, Verbesserungen im Bildungs-, Sozial-, Versicherungs- und Gesundheitswesen, insbesondere auf dem Lande, einzuführen.

Im Mittelpunkt der Plenarsitzung des ZK der KPCh im September 2009 stand der Kampf gegen Korruption und für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie.

Folgende Punkte sind zu beachten:

- Die erste Richtung – der Kampf gegen die Korruption in China – ist nicht neu, sondern wird seit Jahren betrieben. Die Auseinandersetzungen gewinnen gegenwärtig an Schärfe, weil ihre Erscheinungen und Formen, das Spiegelbild einer erstarkenden Mafia sind. Die Massenmedien berichten über Strafverfahren und Urteile, darunter auch Todesstrafen, die selbst Mitglieder der KPCh und hochrangige staatliche Funktionäre betreffen. Der Kampf gegen die Korruption in China bleibt nach wie vor nicht nur eine juristische Angelegenheit, sondern ist eine Form des Klassenkampfes. Die Bourgeoisie in China will den Partei- und Staatsapparat total demoralisieren, um leichter konterrevolutionäre Ziele und Pläne zu verwirklichen.

- Bei der zweiten Richtung – die Entwicklung der sozialistischen Demokratie – geht es um die einzelnen Stellungen der Arbeitskollektive, der Parteiorganisationen, der Gewerkschaften und ähnlicher Strukturen in den Betrieben und in lokalen Machtbereichen. Besonders schwierig bleibt die Situation in Privatbetrieben, in denen viele Inhaberr keine Arbeiterdemokratie wünschen.

Das erfordert, dass die KPCh-Führung von der zentralen Leitung der Kontrolle der bürokratischen Strukturen, zur Demokratie von unten übergehen muss, dass sich verschiedene Formen betrieblicher und lokaler Demokratie langfristig und stabil entwickeln müssen. Dazu gehört auch, dass die KPCh eine Veränderung des Wahlgesetzes zur Einführung von allumfassenden direkten Wahlen anstrebt.

*

Ich wünsche der VR China weitere Erfolge. Diese sind wichtig, nicht nur für China, sondern für die Verhältnisse auf dem gesamten Erdball.

Wer mitmacht, wird Erstaunliches erleben...

Grund zum Feiern: Attac Deutschland wird zehn Jahre alt

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac Deutschland wird 2010 zehn Jahre alt. In diesem Jahrzehnt haben wir maßgeblich zu der Erkenntnis beigetragen, dass die gegenwärtige Form der Globalisierung kein Schicksal, sondern das Ergebnis mächtiger wirtschaftlicher Interessen ist.

Spätestens seit der Finanzkrise steht auch für sehr viele Leute fest, dass Attac Recht gehabt hat. Vor zehn Jahren wurden wir belächelt für unseren Slogan »Entwaffnet die Finanzmärkte«. Inzwischen haben bis auf die FDP alle Parteien im Bundestag unsere Gründungsforderung nach einer Finanztransaktionssteuer übernommen.

*

Bei der Attac-Gründung am 22. Januar 2000 in Frankfurt am Main hätten wohl die wenigsten Anwesenden damit gerechnet, dass es Attac zehn Jahre später noch gibt. Heute zeigt sich: Attac ist die erfolgreichste Gründung einer emanzipatorischen Organisation seit Greenpeace. Mit zahlreichen Kampagnen, Aktionen und Veranstaltungen ist es Attac immer wieder gelungen, die angebliche Alternativlosigkeit der neoliberalen Globalisierung in Frage zu stellen, auf ihre negativen Folgen für die Mehrheit der Menschen und die Umwelt hinzuweisen sowie neoliberale Projekte wie den geplanten Bahn-Börsengang zu verhindern oder zumindest – wie bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie – abzumildern.

*

Attac-Leipzig wird 2011 seinen 10. Geburtstag feiern. Schon heute ist abzusehen, dass eine ähnlich gute Bilanz gezogen werden kann, so z.B. bei der aktiven Mitgestaltung des Bürgerentscheids gegen die Teilprivatisierung der Stadtwerke. »Man muss sich nur mal vorstellen, wo die 520 Millionen heute wären, die Leipzig durch den Verkauf von Teilen seiner Stadtwerke erzielt hätte.«, sagen Aktivisten von Attac und dem Antiprivatisierungsnetzwerk APRIL. Und wenn die Stadträte auf unsere Warnungen gehört hätten, müssten wir heute nicht um Millionen bangen, die das unverantwortliche Abenteuer der Stadt an Risiken eingebracht hat. Heute

wendet sich Attac-Leipzig gegen die Kombination privatwirtschaftlicher und öffentlicher Finanzierungen bei städtischen Projekten (PPP) und weist anhand von Beispielen nach, dass die Kommunen am Ende immer die Gelackmeierten sind.

»Wer bei Attac mitmacht, wird Erstaunliches erleben«, meint Dagmar Röber aus der Leipziger Gruppe, »dass völliger Verzicht auf Hierarchien durchaus gut funktionieren kann und dass das Konsensprinzip zu großer Ernsthaftigkeit in den Auseinandersetzungen führt und verhindert, dass Minderheiten untergebuttert werden.«

Erfolgreich betreiben die Leipziger Attacies auch politische Bildung durch ihre monatlichen »MittwochsATTACKen« und das jährliche globalisierungskritische Filmfestival »gGlobale«. Und sie machen durch öffentliche Aktionen auf ihre Anliegen aufmerksam.

*

2010 wird sich Attac Deutschland auf die drei Schwerpunkte »Entwaffnung der Finanzmärkte«, »Umverteilung von Reich zu Arm« und »Klimagerechtigkeit« konzentrieren. Mit einem großen Banktribunal vom 9. bis 11. April in der Berliner Volksbühne sollen die Finanzkrise und Bankenrettung kritisch durchleuchtet und die Verantwortlichen symbolisch zur Rechenschaft gezogen werden. Druck zu machen für die Einführung der Finanztransaktionssteuer steht ebenso weiterhin oben auf der Attac-Agenda wie das Engagement für eine Vermögensabgabe und Aktionen zur UN-Klimakonferenz vom 30. Mai bis 11. Juni in Bonn.

»Attac wird weiter gebraucht – gerade jetzt. Es gilt nicht nur, das Geld von den Banken, sondern auch demokratische Spielräume zurückzufordern. Das Casino muss endlich geschlossen werden. Dazu gehört eine weit reichende Umverteilung des Reichtums, der auf Renditejagd das Klima zerstört, Menschenrechte mit Füßen tritt und Entwicklungsperspektiven in Nord und Süd vernichtet.«

• THOMAS NAUMANN



Selbstgedruckt und gestaltet – ein Plakat aus der Anfangszeit.

Foto: Attac-Archiv

Briefschreiber und Reimer

Ein LVZ-Leserbrief und märchenhafte Folgen

Attac wies schon 2003 auf Risiken hin

Zum Beitrag »Staatsanwälte hatten schon früh Hinweise« vom 29. Januar:

Die politische Verantwortung für den Finanzskandal der Geschäftsführung der Kommunalen Wasserwerke liegt letztlich bei Ex-Oberbürgermeister Tiefensee (SPD), Ex-Finanzbürgermeister Kaminski (CDU) sowie der Mehrheit der Ratsversammlung, die gegen die Stimmen der PDS den Weg für das Cross-Border-Leasing (CBL) der Wasserwerke am 17. März 2003 frei machten.

Die Leipziger Attac-Gruppe hatte sich entsprechend dem Gründungsverständnis der Attac-Bewegung – Ablehnung von spekulativen internationalen Finanztransaktionen – im Frühjahr 2003 öffentlich und in Schreiben an die Leipziger Verantwortlichen ausdrücklich gegen diese Aktivitäten kommunaler Unternehmen gewandt. Am 15. August 2003 machten Lutz Helm und ich in einem Gespräch mit Herrn Heininger, das nach mehreren Anläufen bei den Wasserwerken zustande kam, im Namen der Leipziger Attac-Gruppe auf die Risiken und das Verwerfliche der Ausnutzung eines zeitweiligen US-amerikanischen Steuerschlupfloches aufmerksam. Aber gedeckt durch den Beschluss der Ratsversammlung wischte der Geschäftsführer alle Bedenken vom Tisch.

Joachim Tesch, 04155 Leipzig

»Tischlein deck dich?«

Den Tisch, der selbst sich decken wird, versprochen sie uns unbeirrt. Sie murmelten die Zaubersprüche: Noch nie gab es so blanke Tische.

Der Esel, der sich strecken sollt, schießt ordinären Dreck, statt Gold. Und das in ungebremsten Massen, die Müllentsorgung wird's nicht fassen.

Wir hoffen, dass des Märchens Ende, nun auch das gleiche Ende fände. In einen Raum, das ganze Pack, dann nur noch: »Knüppel aus dem Sack!«

Es schlägt sich Attac an die Brust, mit Recht, sie haben es gewusst, und auch gewarnt, lauthals beschwört. Was nützt's, wenn keiner auf sie hört.

Johannes / Attac Leipzig

O wie »Obrigkeit«
Die Obrigkeit verlangt von uns viel Einsicht in die Notwendigkeit, weil sie alle Freiheiten für sich beansprucht.

Jupp Meister

Leipzig feiert Robert Schumann

Der Kalender fördert die Leipziger Musiker auch dieses Jahr mit Jubiläen heraus. Nach dem 200. Geburtstag Felix Mendelssohn Bartholdys im Vorjahr bleibt nun der ebenfalls eng mit Leipzig verbundene Robert Schumann aus gleichem Anlass zu würdigen. Aber auch der 325. Geburtstag Johann Sebastian Bachs bleibt zu bedenken. Zudem: Vor 150 Jahren wurde Gustav Mahler geboren, der immerhin zwei Jahre an der Leipziger Oper wirkte und in Leipzig seine erste Sinfonie vollendete. Während für Bach und Schumann außer den Anrechtskonzerten des Gewandhauses und des Rundfunks das Bachfest und die Mendelssohn-Festtage in Verbindung mit den Festtagen des Schumann-Hauses besonderen Raum geben, wird Mahler im Frühjahr 1911 zum 100. Todestag vom Gewandhaus ein internationaler Zyklus mit allen Sinfonien gewidmet.

Der Mitteldeutsche Rundfunk führt in seinen vier Anrechtsreihen Werke von Schumann auf, vor allem Werke mit Chor. Mit dem bislang kaum beachteten Requiem demonstrierten MDR-Chor und -Sinfonieorchester, dass auch dieses verinnerlichte Spätwerk ein bedeutendes ist. Nach dem Requiem und dem großartigen Oratorium »Das Paradies und die Peri« war die vollständige Musik zu Lord Byrons gekürzt dargebotenen dramatischen Gedicht »Manfred« zu erleben, von der sonst allenthalben nur die Ouvertüre gespielt wird. Die Dichtung Byrons verlangt heute gewiss beträchtliches Einfühlungsvermögen. Schumann erfasste mit untrüglichen Gespür, was hinter den Worten schwingt und verwandelte es in tief bewegende Musik. Jun Märkl führte den Rundfunkchor und das Sinfonieorchester als idealen Interpreten für diese Musik mit sicherer Hand. Sylvester Groth gestaltete als Manfred den Text mit starkem Ausdruck, zeigte sich mit der Akustik des Hauses nicht recht vertraut. Im übernächsten Rathauskonzert wird dann Schumanns leider auch

selten aufgeführtes anrührendes und gefühlstiefes Liederspiel »Der Rose Pilgerfahrt« zu erleben sein.

Das Gewandhausorchester begann indes seine Schumann-Würdigung mit einer ausdrucksdichten Aufführung der Rheinischen Sinfonie unter Leitung David Zinmans. Der Gewandhauskapellmeister Riccardo Chailly gönnte sich nach dem Bachschen Weihnachtsoratorium mit Werken George Gershwins einen Abstecher in ganz andere musikalische Gefilde und hatte daran wie die Konzertbesucher spürbares Vergnügen.

Doch mit den geänderten Programmen der folgenden Konzerte galt die volle Konzentration der bevorstehenden USA-Reise. Auch dabei gab es noch eine Umdisposition. Für den mit dem Orchester und seinem Haus vertrauten, aber erkrankten Pianisten Nelson Freire übernahm kurzfristig der Kanadier Louis Lortie den Solopart von Beethovens Klavierkonzert Es-Dur. Die gänzliche Übereinstimmung zwischen dem musikalisch und spieltechnisch versierten Solisten und dem Orchester dürfte beim weiteren Zusammenwirken keine Frage sein. Chaillys vitale, vor Temperament überschäumende Gestaltung der siebenten Sinfonie von Beethoven wird beim amerikanischen Publikum gewiss gefeiert. Mit der »Zweiten« von Brahms und der Sinfonie »Aus der neuen Welt« scheint der Erfolg in der neuen Welt ebenso sicher. Das »Neue Bachische Collegium musicum« wartete im Gewandhaus mit einem weiteren historischen Konzert auf und bot – fast auf den Tag genau nach 225 Jahren – das rekonstruierte Programm des Gewandhauskonzertes vom 13. Januar 1785. Damals gab es noch kein Repertoire, und so erklangen ganz selbstverständlich Werke von Zeitgenossen des damals noch nicht ganz so berühmten Joseph Haydn. Musik des jüngsten Bach-Sohnes Johann Christian, von Carl Stamitz, dem Sohn des aus Böhmen stammenden Chefs der

damals berühmten Mannheimer Hofkapelle Johann Wenzel (Jan Václav) Stamitz, dem langjährigen Dresdener Opernchef Johann Adolf Hasse und dem aus Wien stammenden Carl Ditters von Dittersdorf erklingt gelegentlich auch heute wieder. Nicht weniger klangschöne Werke der Tschechen Václav Pichl und Jan Krtitel Vanhal wie der Italiener Niccolò Piccinni und Giovanni Francesco de Majo ist heute nur noch Spezialisten oder spezifischen Schallplattensammlern bekannt. Albrecht Winter erreichte als spiritus rector und Konzertmeister eine quicklebendige Wiedergabe der Kompositionen.

Wieder Entdecktes erklang auch im Konzert für Neugierige des Mendelssohn-Kammerorchesters. Da sorgt Peter Bruns als Solist und Dirigent für immer neue Überraschungen. Diesmal stellte er das geistvolle Konzert für Violoncello und wenige Instrumente des 1933 vor den Nazis in die USA geflohenen Komponisten Ernst Toch und die aufhorchen lassende erste Sinfonie des französischen Beethoven-Zeitgenossen Etienne Nicolas Méhul vor.

Ein auserlesenes Programm war in der Zweiten MDR-Sendemusik zu erleben, das ausschließlich Musik von Komponisten und Musikern bot, die (aus ganz verschiedenen Gründen) den Freitod gesucht hatten: Bernd Alois Zimmermann, Gerhard Schedel, Herbert Kegel (er schrieb erstaunlich romantische Liebeslieder). Leipzigs einstiger Opernchef Gustav Brecher entging durch den Freitod 1940 in Frankreich der Verfolgung durch die Faschisten, Hugo Distler nach dem Erhalt des Gestellungsbefehls dem Kriegsdienst. Waltraud Wächter und Viktor Barschewitsch (Violine), Anna Niebuhr (Violoncello), Bettina Denner (Mezzosopran) und Reinhard Schmiedel (Klavier) bereiten ein würdiges Gedenken.

• WERNER WOLF

Eindrucksvoll neu: »Romeo und Julia«

Handlungsballette, und gar abendfüllende, sind selten geworden. Sergej Prokofjew schuf wie vor ihm Peter Tschaikowski deren drei. »Romeo und Julia« erreichte die Popularität von Tschaikowskis »Schwanensee« und gehört zu den Wunschräumen jeder Ballerina. Da bilden Handlung und Musik eine Einheit. Die Musik ist so gestisch erfunden, dass sich die tänzerische Bewegung fast von selbst zu ergeben scheint.

Doch selbst die legendäre Galina Uljanowa vom Bolschoi-Theater zögerte anfangs und musste sich erst in diese geniale Musik hinein fühlen, bevor die Julia zu ihrer Lieblingsrolle wurde. Und jede neue Julia muss diese Rolle hart erarbeiten, jeder neue Choreograph muss eine überzeugende Gestaltung finden.

Der Ungar Youri Vámos suchte sie 1997 in einer Verlegung des Geschehens in die Zeit um 1930. Damit erreichte er kaum neue Einsichten, konnte aber die Vielfalt des in dieser Zeit neuen Ausdruckstanzes einsetzen. Da werden die Straßenkämpfe zu faszinierenden und zugleich beklemmenden Szenen. Doch Julia darf auch auf Spitze tanzen, sich von noch kindlicher Naivität zur bewusst liebenden Frau entwickeln.

Nachdem Youri Vámos seine choreographische Version schon 2003 in Leipzig vorgestellt hatte, erfolgte nun mit Alexey Afanasiev und Uwe Schröter eine Neueinstudierung mit einem bis auf wenige kleine Rollen gänzlich neuem Ensemble. Auch diese neue Besetzung mit Tatjana Paunovic als Julia, Vadim Rzaev als Romeo, Lei He als Mercutio, Shota Inoue als Benvolio, Howard Quintero als Tybalt, Fabio Palombo als Paris, (wie 2003) Gabor Zsitva sen. als Pater Lorenzo und dem gesamten Ballett zeugt von hohem Niveau und vielen großartigen Einzelleistungen. Andreas Schüller gestaltet den Instrumentalpart mit dem Gewandhausorchester ebenfalls höchst eindrucksvoll.

• W. W.



Sie sind auch in Leipzig nicht zu übersehen, wenn man nach unten blickt, die Stolpersteine. Auch LEIPZIGS NEUE hat das Entstehen dieses »größten dezentralen Denkmals« der Welt mehrfach fotografiert und journalistisch begleitet.

Jetzt gibt es einen Dokumentarfilm über dieses Projekt. Wer noch nie etwas davon gelesen oder bemerkt hat, dem sei nachgereicht, dass der Künstler Gunter Demnig vor den Wohnhäusern einst deportierter Nazi-Opfer Stolpersteine in die Fußwege mauert. Sie beginnen stets mit dem Satz: »Hier wohnte...«. Die Steine werden deshalb, wenn noch existent, vor den Haus- und Hoftüren verlegt. Somit kehren mitunter auch längst vergessene Namen von Deportierten in ihre unmittelbare einstige Lebensumwelt zurück. Das ist die künstlerische Idee.

Rund 8500 Steine sind es in Deutschland, soweit die Zahlen bei der Entstehung des Dokumentarfilms. Sie ändern sich ständig, denn aus einer Idee wurde inzwischen eine Bürgerbewegung, die auch bis Ungarn, Österreich und Polen reicht.

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Eignet sich das alles für ein Filmthema? Ja, wenn man so sensibel und unaufgeregt und mit einem Nerv für die ganz natürlichen Herzschräge des Lebens alle Beteiligten fragt und reden lässt.

Gegen das Vergessen

von Michael Zock

Die DVD ist über den Buchhandel zu bestellen. Dörte Franke ist in Zusammenarbeit mit dem NDR, dem WDR und dem Österreichischen Fernsehen eine knapp eineinhalbstündige Studie über diese außergewöhnliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus gelungen. Sehenswert auch für junge »Nachgebore-

ne«, die in Geschichte nicht die allerbesten Noten haben. Der Film holt den Betrachter im »Hier und Heute« ab. Er blendet auch nicht aus, dass es bei der »Stolperstein-Aktion« manches »Für und Wider« gab. Werden da nicht die Opfer eventuell mit Füßen getreten?

Gunter Demnig räumt diese mögliche Verfälschung seiner Idee ein, entgegnet jedoch: »Wenn ab und an vielleicht Springerstiefel bewusst drauftreten, Hunderte Anwohner bleiben täglich stehen und denken nach«. Von den 8500 Steinen sind in Deutschland bisher etwa 170 beschädigt oder ausgegraben worden.

Gunter Demnigs erste politische Kunstaktion war übrigens die Umgestaltung der amerikanischen Flagge. Statt Sterne – Totenköpfe. Das geschah während des Vietnamkrieges. Wenn Männer weinen, dann hat das – wie bei Frauen und Kindern – die unterschiedlichsten Gründe. Dokfilmerin Dörte Franke hält die Kamera auch auf die Tränen im Gesicht des Künstlers und trotzdem werden beide dabei nicht sentimental.

Droht ein jähes Ende?

Trotz intensivster Bemühungen bei der Stadt Leipzig um eine seit Jahren überfällige und lang in Aussicht gestellte Aufnahme des Forums Zeitgenössischer Musik Leipzig (FZML) in die institutionelle Förderung sowie eine angemessene Aufstockung der Projektmittel, zeichnet sich zum jetzigen Zeitpunkt des Förderverfahrens ab, dass es wieder keine adäquate Unterstützung geben wird. Das ist im Jubiläumsjahr des FZML absolut skandalös und hat ernste Konsequenzen für die Weiterführung unserer Arbeit.

Mit sofortiger Wirkung und in erster Konsequenz vor der Entscheidung über die Vergabe der Mittel bei der Stadt Leipzig werden wir deshalb u.a. die Planung und Durchführung unserer in den letzten Jahren aufgebauten umfangreichen pädagogischen Programme sowie einer Konzertreihe speziell für junge zeitgenössische Komponistinnen und Komponisten einstellen.

Das FZML hat sich in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Adressen in den mit Institutionen für zeitgenössische Musik sowieso extrem dünn besiedelten Neuen Ländern entwickelt und schreibt

seit mehreren Jahren eine Erfolgsgeschichte, die beispielhaft ist, und eine »Musikstadt Leipzig« stolz machen müsste.

Obwohl wir gerade im letzten Jahr mehrfach ausgezeichnet wurden, bei Bund und Land als eines der bedeutsamsten Institutionen geführt werden, eine für zeitgenössische Musik überdurchschnittlich wachsende Publikums- und Medienresonanz verzeichnen und ein stetiges und sehr nachhaltiges Wachstum vorweisen können, liegt die Förderung der Stadt Leipzig inzwischen bei unter 10% unseres Jahresbudgets. So fehlt uns nun endgültig der institutionelle Unterbau, um die seit Jahren mühselig und in vielen Feldern ehrenamtlich gestützte Arbeit in dieser Qualität und Form fortsetzen zu können.

Dem über Jahre engagiert betriebenen Prozess zu einer professionellen Plattform, dem Aufbau von Konzertreihen, Festivals und pädagogischen Programmen, droht damit ein jähes Ende.

Der Vorstand des FZML
Thomas Chr. Heyde
Alexander Dreyhaupt

Zeichnen bis zur Raserei

Die Herren der 1905 in Dresden gegründeten Künstlervereinigung »Die Brücke« – Ernst Ludwig Kirchner, Erich Heckel, Fritz Bleyl und Karl Schmidt-Rottluff – sind mit Sachsen verwoben. So erscheint es beinahe folgerichtig, dass eine Auswahl von Meisterblättern des bedeutendsten Zeichners des Expressionismus seinen Weg nach Leipzig findet. Man kann eintauchen in Straßenszenen, Varietés, Zirkus und nicht zuletzt in die Schweizer Bergwelt. »Ich muss zeichnen bis zur Raserei, nur zeichnen, dann nach einiger Zeit nur das Gute aussuchen«, notierte Ernst Ludwig Kirchner (1880-1939) am 4. August 1919 in sein Tagebuch. Sensationell und faszinierend sind Kirchners Zeichnungen »Zwei nackte Mädchen« (1909) und »Liebespaar« (1909), die Lebenslust und Schwermut ausstrahlen.

Bevor diese Zeichnungen aus konservatorischen Gründen lange Zeit wieder im Depot verschwinden, sollte man unbedingt den Weg zum Museum einschlagen. Auch um eine andere Ausstellung, die sich thematisch an Kirchner anschließt, nicht zu verpassen: Rüdiger Berlit. Er wurde 1883 in Leipzig geboren, studierte 1909 an der Münchner Akademie, war 1919 Mitglied der »Novembergruppe« arbeitete bis 1925 mit agitatorischen Holzschnitten an der »Aktion« mit. Das Museum der bildenden Künste Leipzig zeigte 1920 eine Ausstel-



Ernst Ludwig Kirchner "Zwei nackte Mädchen", 1909, schwarze und farbige Kreiden, Brücke-Museum Berlin (Foto: MdbK)

lung dreier Vertreter – Eugen Hamm, Max Schwimmer und Rüdiger Berlit – des sogenannten Leipziger Expressionismus, der durch ein besonderes Wechselspiel zwischen bildender Kunst und Literatur gekennzeichnet ist. Sein Freund Max Schwimmer brachte es 1920 auf den Punkt: »Sein ganzes Werk ist von unerbittlichem Ernst, tiefer Wahrheitsliebe durchglüht.« Im Jahr 1939 starb Rüdiger Berlit. Teile seiner Arbeiten wurden von den Faschisten als »entartet« eingestuft und beschlagnahmt.

• D. M.

»Ernst Ludwig Kirchner« und »Rüdiger Berlit« bis 5. April 2010, Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstr. 10
 Di. u. Do.-So. 10 bis 18 Uhr, Mi. 12 bis 20 Uhr

Was verbirgt sich hinter »FZML«?

• Das FZML wurde 1990 als Nachfolgeorganisation des bedeutendsten Ensembles für Neue Musik in der DDR, der »Gruppe Neue Musik Hanns Eisler« gegründet.

Initiiert als Kulturprojekt der Wende, organisierten bis 1997 zwei bis drei Personen in ihrer Freizeit die Projekte. Seit 1997 begann sich das FZML zu professionalisieren. Inzwischen verfügt es über Büroräume mit neun Arbeitsplätzen, einem privat-finanzierten Tonstudio sowie einer professionellen Infrastruktur. Das Team besteht aus einem künstlerischen Leiter, Dramaturgen, Pädagogen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Marketing sowie technischen Mitarbeitern und Praktikanten. Es handelt sich ausschließlich um Freiberufler.

• Das FZML führt seit dem Jahr 1998 regelmäßig moderierte Schulkonzerte durch, in denen Kindern Zeitgenössische Musik näher gebracht wird. Seit 2006 wurde die Pädagogik und Musikvermittlung erheblich ausgebaut. Inzwischen führt das FZML ganzjährig Workshops und langfristige Vermitt-

lungsprojekte insbesondere mit Kindern und Jugendlichen aus einem problematischen sozialen Umfeld sowie Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch. Mit seiner Arbeit wurde das FZML u. a. als Modellprojekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ausgewählt sowie mit dem Titel »Schule der Toleranz« ausgezeichnet.

• Das FZML arbeitet in eng verzahnten Kooperationen, und es gibt kaum eine Einrichtung in Leipzig, mit der es nicht schon eng kooperiert hat. Da seine Projekte im gesamten Stadtgebiet stattfinden und auch inhaltlich immer wieder ganz unterschiedlich aufgestellt sind, kommt es stets zu neuen Interessengemeinschaften.

Neben den administrativen und damit auch finanziellen Synergieeffekten, die sich aus diesen Kooperationen ergeben, entstanden und entstehen so auch neue Initiativen und Allianzen, die in großen und überaus erfolgreichen Gemeinschaftsarbeiten ihren Ausdruck gefunden haben

Medea und der Wahnsinn

Eigentlich sollte es Hoffnung auslösen. Ein antikes Stück im Spielplan: Medea. Ein großer Stoff, ein dramatischer Mythos um Treue, Verrat und Rache. Vielleicht würde das Centraltheater endlich auf das Leipziger Publikum zugehen. Der Optimismus wird vorsichtig gebremst, denn statt eines Hinweises auf Euripides wird eine Bearbeitung von Regisseur Clemens Schönborn angekündigt. Die Vorfreude zerstiebt gleich am Anfang als Jason, frisch in einem Wurfnetz gefangen, das Publikum mit »Sch...« begrüßt. Natürlich fehlt auch nicht das unvermeidliche Auskippen von Theaterblut beim Mord von Medea an ihren Schwestern und Brüdern.

Sophie Rois versagt als Medea. Sie zeichnet eine infantile, hysterische und unfreiwillig komisch wirkende Medea. Die Aufgesetztheit und Überdrehtheit zeugt von mangelndem Verständnis für diesen Stoff. Außerdem gibt es stellenweise arge Probleme mit der Textverständlichkeit.

Es gibt jedoch auch einige interessante Momente, im zweiten Teil, in Korinth, wo ein antiker Chor und Medea über Anpassung und Widerstand verhandeln. Medeas Kampf mit ihren Jugenderinnerungen an den jungen Jason ist nachdenkenswert. Doch es geht nicht lange gut. Als die Amme enthemmt mit einer Axt eine Kon-



Foto: Rolf Arnold

servendose öffnet und Wurstgeruch durch den Zuschauersaal wabert, ist die Grenze zum Unsinn überschritten. Vom Basteln mit Plastiksprengstoff für den Mordanschlag an den Kindern und von Medeas Deklamationen von Begriffen wie »Arschgeigen« und »Wichser« sollten wir lieber nicht reden. Clemens Schönborns Inszenierung ist leider stumpfsinnig und lächerlich. Schade, dass das vorwiegend jugendliche Publikum dies für richtiges Theater halten muss. Übrigens ist wiedereinander der Rang gesperrt, so kann man auch Auslastung suggerieren.

• D. M.

Pwie »Paktieren«
 ... der braucht einen langen
 Löffel, der mit dem Teufel isst.
 Shakespeare

Die »Kapitulanten« der SED-Bezirksleitungen und ihre Wirkung

Eine seriöse Untersuchung zur DDR-Geschichte

»Nun sitzen die Kapitulanten schon in der Bezirksleitung« meinte Erich Honecker am 9. Oktober 1989 und in einer folgenden ZK-Sitzung wurde gefordert, die drei Sekretäre zu erschießen.

Die zahlreichen Veröffentlichungen, die sich unter verschiedenen Aspekten mit der Geschichte der DDR befassen, sind durch ein Buch vermehrt worden, das im Unterschied zu anderen nach den strengen Regeln des geschichtswissenschaftlichen Handwerks verfasst wurde und zudem 2006 den Härtesten eines Habilitationsverfahrens an der Universität Rostock bestanden hat. Es ist dem bislang kaum behandelten Thema der Sekretäre der Bezirksleitungen der SED gewidmet. Dr.phil.habil. Mario Niemann, der Verfasser, wurde 1971 im mecklenburgischen Parchim geboren.

Gewiss nicht nur aus diesem Grunde hat er zur DDR keineswegs das Verhältnis von »Missionaren im Ruderboot«, um ein Bild zu gebrauchen, mit dem einige westdeutsche Historiker eine kolonialherrliche Sicht charakterisierten. Die allgemein zugänglichen Quellen und die Literatur hat Niemann durch eine von ihm selbst geschaffene und erschlossene Quellenbasis – »Gesprächsprotokolle«, »Schriftliche Mitteilungen«, Zugang zu »Privatarchiven« – wesentlich ergänzt.

Nach einleitenden Wertungen ist das Buch wie folgt gegliedert:

- »Zur Struktur der Sekretariate der SED-Bezirksleitungen«
- »Die Sekretäre ... gruppenbiographische Untersuchungen«
- »Zu Einfluss und Handlungsspielraum der SED-Bezirkssekretäre«
- »Abgesang ... im Herbst 1989«

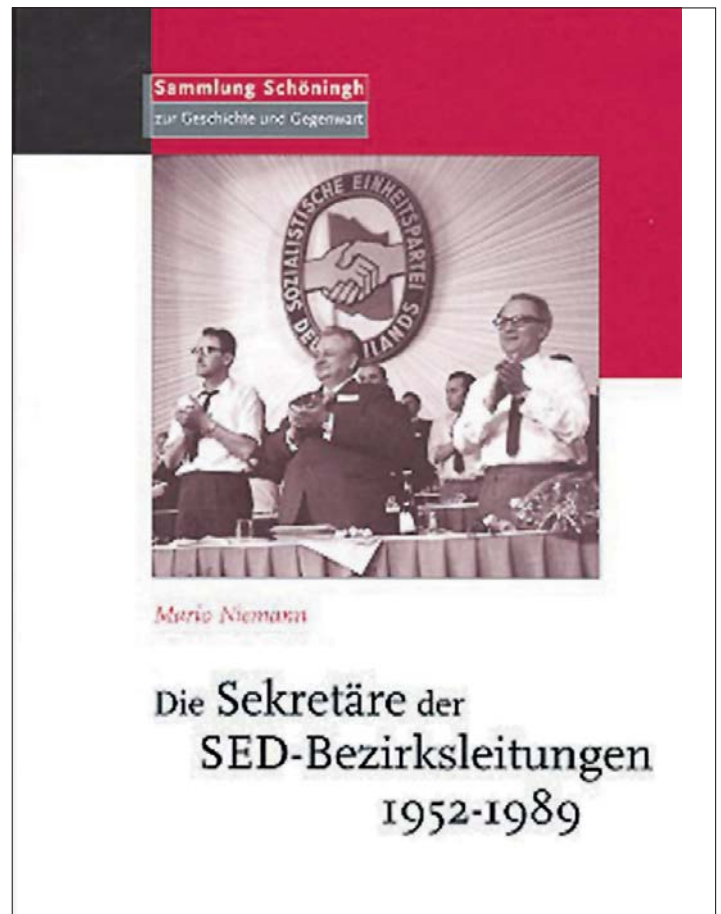
Die ansonsten weitgehend konstante Sekretariatsstruktur: 1. und 2. Sekretär sowie mehrere Sekretäre für Fachbereiche wurde 1986 in dem Sinne verändert, dass vom Sekretariatsbereich Wissenschaft, Volksbildung und Kultur die Kultur abgetrennt und zu einem selbständigen Sekretariatsbereich wurde. Dr. Roland Wötzel, bislang Sekretär für die drei Gebiete im Bezirk Leipzig, hoffte in seiner bekannten Bibelfestigkeit, der neue Kultursekretär werde jetzt endlich die Zeit gewinnen, um im wohlverstandenen Sinne des Apostel Paulus um den Geist der Künstler zu ringen, was die Kenntnis ihres Metiers und ihrer Probleme voraussetzte. Es kam nun darauf an, einen Kultursekretär zu finden, der durch Bildung, Interesse und Takt von den Künstlern akzeptiert werden würde. Es war der Historiker Dr. Kurt Meyer, der 1986 damit begann. Er gewann auch zu parteilosen Musikern, Malern, Schriftstellern und Wissenschaftlern freundschaftliche Beziehungen, die nicht nur am 9. Oktober 1989 wesentlich waren, sondern sich auch weitgehend als wendefest erwiesen.

Hinsichtlich der »gruppenbiographischen Untersuchungen« und der hier festgestellten Schwierigkeiten, geeignete Kräfte auch für die Bezirksleitungen zu finden, könnte gleichfalls die nicht angeführte ZK-Tagung der SED vom 24.08.1950 Antwort geben. Mit einer »Erklärung des ZK und der ZPKK« im Zusammenhang mit dem Amerikaner Field und den Prozessen gegen Rayk (Ungarn) und Kostoff (Bulgarien) stellte sie ganze Gruppierungen – Westemigranten, Kriegsgefangene in kapitalistische Länder und Jugoslawien – unter Kollektivverdacht. Erst Ende Juli 1956 wurden auf dem 28. Plenum des ZK die diskriminierenden Beschlüsse, die zu einer Schwächung der Partei geführt hatten, aufgehoben. Andererseits bleibt auch unerwähnt, dass nicht wenige einstige Soldaten sowie Frauen und Männer, die den Krieg auf andere Weise erlebt hatten, zur KPD, SPD und SED auch aus der gewonnenen Erkenntnis kamen, dass eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, aus der Weltkriege und der Faschismus hervorgegangen waren, grundlegend verändert werden muss, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Wesentlich ist für Niemann die Erkundung von »Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns auf Bezirksebene.« Er wendet sich mit folgenden Begründungen gegen die Meinung, dass solche Möglichkeiten nicht entstehen konnten: Im Unterschied zu den Mitgliedern des Politbüros habe es für die Sekretäre der Bezirksleitungen kein »Wandlitz« gegeben. Sie befanden sich vielmehr »mitten unter den Menschen« ihrer Bezirke, die ihnen mit großen Erwartungshaltungen begegneten. Es wird für ihn zur zentralen Frage, ob und »inwiefern« der »Herrschaftsanspruch der Partei« bzw. ihrer Führung auf lokaler und regionaler Ebene »begrenzt« werden konnte. Modifikationen hätten sich schon daraus ergeben, dass ohne maximale Berücksichtigung örtlicher Bedingungen zentrale Beschlüsse nicht zu verwirklichen waren.

Für eine weitere Stufe eigenständigen Handelns von Bezirkssekretären wurde der Begriff des »Konterkariens« gefunden. Niemann sieht es als »eine zentrale Frage für die DDR-Forschung« an, ob der »demokratische Zentralismus« (nach seinem Verständnis) durch »polykratische Strukturen« auf bezirklicher Ebene nicht teilweise »konterkariert« werden konnte.

Die Sekretäre im Bezirk Leipzig Roland Wötzel und Kurt Meyer gelten Niemann als solche Konterkariere. Das sei offenbar geworden, als Ende 1988 das Verbot der sowjetischen Zeitschrift »Sputnik« zu großer Verärgerung führte und das Mitglied des Politbüros Kurt Hager, der die damals populäre Politik Gorbatschows mit einer für die DDR unnötigen Tapeziererei verglichen hatte, ein »hartes Durch-



greifen gegen diejenigen« verlangte, die dagegen »protestierten«.

Wötzel, Meyer und der Ratsvorsitzende Rolf Opitz wandten sich mit Zustimmung des gesamten Sekretariats in einer Anleitung für die Partei-Sekretäre der Hoch- und Fachschulen im Bezirk gegen Hagers Verfügung. Nur der Kreissekretär der Karl-Marx-Universität richtete daraufhin an den schwerkranken Ersten Sekretär Horst Schumann die Frage, ob dies in Ordnung gehe. Doch auch dieser, den Honecker trotz seiner Bitte nicht entlassen wollte und den daher Helmut Hackenberg ständig vertreten musste, antwortete: »Wir halten das aufrecht.« Mario Niemann führt aber auch mehrere »Fallbeispiele« dafür an, dass die Zentrale ihre Vormacht erfolgreich bis Anfang Oktober 1989 gegenüber den Bezirkssekretären behauptete. Von besonderem Interesse sind die Fälle Pisknik (Magdeburg), Modrow (Dresden) sowie der anders geartete Fall Naumann (Berlin).

Doch hinsichtlich der neuen Stufe der Demonstrationen nach dem 40. Jahrestag der DDR ging das Konterkarieren in eine faktische Konfrontation über. So wandten sich die Leipziger Sekretäre Meyer, Wötzel und Pommert mit dem Kapellmeister Masur, dem Theologen Zimmermann und dem Kabarettisten Lange im Gegensatz zum Politbüro unter Honecker direkt an die Demonstranten wie an die bewaffneten Kräfte. Sie schlugen einen friedlichen Dialog »über die Weiterführung des Sozialismus« vor. Dominiert wurde die Losung: »Keine Gewalt!« Wie die Mehrheit der Demonstranten wollten sie gleich oppositionellen Gruppierungen einen demokratischen Sozia-

lismus und keine kapitalistische Restauration. Honecker musste aber die Ablehnung des Vorgehens seiner Leipziger Sekretäre auf das Urteil beschränken: »Nun sitzen die Kapitulanten schon in der Bezirksleitung.« Es gab aber auch die Meinung, man müsse die Todesstrafe wieder einführen, um die »Verräter« ihrer »gerechten Strafe« zuzuführen. So forderte auf einer folgenden Sondersitzung des ZK im Oktober der ehemalige Erste Sekretär der Bezirksleitung Schwerin und Mitglied des Staatsrates Bernhard Quandt, die Leute zu erschießen, die soviel Schmach über die Partei gebracht hätten. Dies wurde in dem Film »Das Wunder von Leipzig«, einer arte-Produktion, dokumentiert und auf Veranstaltungen und in Publikationen erörtert.

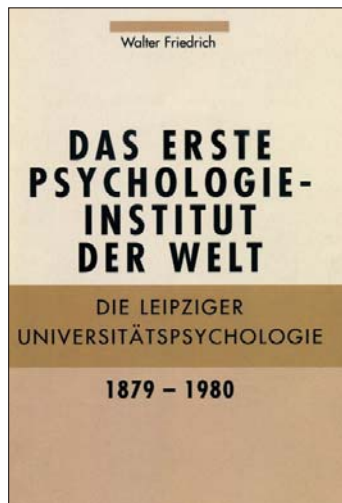
Was das Prinzip des »Demokratischen Zentralismus« anbelangt, in dem Niemann ein Hauptübel der DDR zu sehen scheint, so wäre allerdings zwischen seiner ursprünglichen Fassung und Funktion (*Ulla Plener: Über Parteidisziplin in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/II, S.56ff.*) und seiner Praktizierung seit Stalin zu unterscheiden. Diese kritisierte Walter Markov noch zu DDR-Zeiten mit den Worten: »Schließlich musste man Demokratie mit der Lupe suchen, während der Zentralismus ... auswuchern konnte«

• WERNER BERTHOLD

Mario Niemann: *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952-1989*, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, München, Wien und Zürich, 446 S., 39,90 Euro

Die wechselvolle Geschichte der Psychologie an der Leipziger Universität in den drei Hauptperioden in den einhundert Jahren nach der Institutsgründung von 1879 ausführlich darzustellen und zu bewerten gehörte sicherlich zu den anspruchsvollsten Publikationsvorhaben im Jahre des Hochschuljubiläums. Der Autor, der Psychologie-Professor Dr. Walter Friedrich, von 1966 bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung der DDR in Leipzig, weiß sowohl die jeweiligen Leistungen von Leipziger Wissenschaftlern dieser Disziplin zu würdigen als auch die Einschnitte, Irrwege und Dissonanzen zu charakterisieren, die in einem komplizierten Prozess auf ihre Profilierung Einfluss nahmen. Dabei hat er ein umfangreiches Quellenmaterial erschlossen, und er konnte sich – was die jüngste Phase betrifft – auf reiche persönliche Beobachtungen und Erfahrungen stützen.

Die erste Phase des Leipziger Psychologie-Instituts fällt zusammen mit einer weltweiten Profilierung der Psychologie zu einer eigenständigen Wissenschaft, wobei die entscheidenden Impulse dafür von Leipzig ausgingen. Ausführend gewürdigt wird das Hauptverdienst des Institutsgründers und jahrzehntelangen Institutsdirektors, des Philosophen Wilhelm Wundt, der die Psychologie auf eine empirische, exakte experimentelle Grundlage stellte. Der Autor geht aber auch aus-



führend ein auf dessen Hinwendung zur wenig produktiven Völkerpsychologie um 1895, deren Verbindung mit der Individualpsychologie ihm nicht gelang. Und er macht die differenzierte Persönlichkeit Wundts mit ihren zwiespältigen philosophischen, sozialen und politischen Anschauungen und Positionen sichtbar. Die Geschichte des Instituts in den Jahren

zwischen dem Ausscheiden Wundts (1917) und 1945 (bis 1936 unter der Leitung von Felix Krüger) ist vor allem geprägt durch ein schrittweises Abrücken von den progressiven Ideen Wundts und Versuche des Uminterpretieren seiner Auffassungen und durch eine immer stärkere Hinwendung nicht nur zu irrationalen philosophischen Grundlagen (Dilthey), sondern zu ausgesprochen nationalsozialistischem Gedankengut, das nach 1933 dominant wurde und bei einer Reihe Wissenschaftler besonders markant zum Ausdruck kam. Die Leipziger Psychologie wurde der Naziideologie dienstbar gemacht (ungeachtet, wie der Autor hervorhebt, einer Reihe respektabler Leistungen einzelner Wissenschaftler). Da zum geistigen noch 1945 der materielle und personelle Ruin hinzukam, war damit das Aus der zweiten Leipziger Psychologieschule besiegelt.

Nach 1945 gelang es lange Zeit nicht, das Institut neu zu profilieren und den Studienbetrieb wieder aufzunehmen, was auch für andere Psychologie-Institute in der SBZ zutraf. Friedrich analysiert ausführlich die Gründe, verweist auf Vorbehalte gegenüber der Disziplin bei vielen Politikern, und er beschreibt eingehend Belastungen für die Entwicklung dieser Wissenschaft durch zeitweise dogmati-

sche Verengungen, Einseitigkeiten, unproduktive Kontroversen und politische Disziplinierungen bis in die 1960er Jahre hinein und darüber hinaus. Ungeachtet dessen war die Arbeit des Instituts letztlich bestimmt von erfolgreichen Profilierungen und gewichtigen praxisrelevanten und theoretisch profunden Ergebnissen. Besonders unter führender Beteiligung von H. Hiebsch, M. Vorweg, H. Kulka, A. Kossakowski und G. Clauß entstanden bedeutsame Forschungsarbeiten und Publikationen u. a. auf den Gebieten Pädagogische und spezielle Lernpsychologie, Sozialpsychologie und Arbeitspsychologie. Weitere Wissenschaftler und ihre Arbeit werden in Kurzbiographien vorgestellt.

Diese geschlossene und detaillierte Darstellung der Geschichte des Fachgebietes Psychologie dürfte Anregungen für viele Disziplinen geben, für die bisher vorwiegend nur partielle Ergebnisse vorliegen, und sie dürfte Maßstäbe für eine rigorose realistische Geschichtsaufarbeitung setzen.

• GÜNTER LIPPOLD

Walter Friedrich: *Das erste Psychologie-Institut der Welt*. Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2009. GNN Verlag Schkeuditz. 358 Seiten, 26 Abb., 16 Euro

Vier Jahrzehnte mit Klaus Mann

»Er starb gewiß auf eigene Hand und nicht, um als Opfer der Zeit zu posieren. Aber er war es in hohem Grade«. Mit diesem Satz aus der Feder Thomas Manns beschließt Friedrich Albrecht sein Nachwort zu der 1988 von ihm herausgegebenen Sammlung »Klaus Manns Briefe« und zeigt mit diesem Zitat an, dass er mit seinen in dem Band »Klaus Mann der Mittler« betitelten Sammelband in vierzigjähriger Forschungs- und Editionsarbeit gewonnenen Erkenntnissen auf vielfältige Weise im Überblick wie im Detail belegen kann, wie der Schriftsteller-Vater den tragischen Tod seines Schriftsteller-Sohnes im Jahr 1949 sah. Damit ist auch gesagt, dass sich Albrecht in all diesen Jahren in die Pflicht nahm, die Person und das literarische Werk dieses Autors vor denen in Schutz zu nehmen, die es politisch zu denunzieren oder voyeuristisch auszubuten versuchten und sich an den Leiden und Gefährdungen dieses Sohnes aus berühmter Familie weideten, nicht allein aus persönlichen Gründen, sondern überwiegend aus politischen, die in den Zeitläufen beschlossen waren: den Jahren der Emigration und den nachfolgenden und noch zerstörerischer in dieses Schriftstellerleben eingreifenden des »Kalten Krieges«, die den heimatlosen Intellektuellen Klaus Mann zu Fall brachten. Friedrich Albrecht hat mit seinen Aufsätzen, von denen einige als Nachworte zu Romanen und Briefen im Aufbau Verlag erschienen, und mehreren nach 1989 bis zum Jahr 2008 verfassten Studien gleichsam eine Klaus-Mann-Monographie vorgelegt, deren Sachkunde

und Urteilsgewissheit aus dem langjährigen Umgang, mit dem literarischen und publizistischen Schaffen Klaus Manns erwuchs, dessen Größe und Elend er mit Sympathie und Bedacht in einer erfreulich unakademischen Schreibweise einer Leserschaft nahe bringt, die im Zeitalter multipler Medien möglicherweise von diesem Autor durch die Verfilmung des Romans, »Mephisto« ebenso eingenommen wie durch die Darstellung seiner Person in anderen Filmen über die Familie Mann verengt worden ist. Dem hilft der Verfasser der hier gesammelten Aufsätze vor allem durch zwei Texte ab, die am Anfang und am Schluss des Buches zu finden sind. Während in der »Einleitung« die vom Verfasser mitgeschriebene Editionsgeschichte in der DDR auf deren kulturpolitischem Hintergrund skizziert wird, ist der Aufsatz von dem das Buch den Titel erhielt, ein Szenario, in dem auch jene politischen Dunkelmänner agierten (im Text »kommunistische Renegaten« genannt), die den Krieg mit anderen Mitteln unter USA-Regie fortsetzten und Klaus Mann in ihre Machenschaften einbezogen.

Das hatte zur Folge, dass – anders als sein berühmter Vater der Sohn einer der vielen Emigranten blieb, die in den Nachkriegsjahren, als sich mit der Gruppe 47 eine zum großen Teil jüngere Autorengruppe formierte, im wörtlichen Sinne auf verlorenem Posten stand und sich als gescheitert ansehen musste.

Im Kapitel »Klaus Manns Briefe« werden die beiden Eck-Aufsätze im Mittelteil des

Buches noch einmal mit einem Langzeit-Überblick flankiert, der, nun mehr adressatenbezogen, das halbe Jahrhundert passieren lässt, in dem dieser »Mittler« gelebt hat.

Dass mit diesem Titel für die Gesamtheit der Aufsätze nicht wirklich abgedeckt werden konnte, welche Rollen Klaus Mann in seinem literarischen Leben gespielt hat, ist freilich ebenfalls wahr. Wer Anthologien herausgibt und seine gedichteschreibenden Generationsgefährten um sich versammelt wie in den zwanziger Jahren geschehen und beim Eintritt in das bewusste politische Leben mit einer Zeitschrift, die sich »Die Sammlung« nannte und in den USA noch einmal mit dem Titel »Decision« zum antifaschistischen Kampf ruft und damit zeigte, dass es zwischen ihm und Autoren vom Schlage Benns keine Vermittlung mehr geben konnte, darf sich zumindest Wortführer nennen (Albrecht verwendet an einer Stelle selbst das Wort »Repräsentant«).

Neben den Nachworten zu Romanen und Briefen steht dieser Band im Zeichen der »Späten Begegnung«, angereichert um den gleich lautenden Aufsatz und zwei weitere »Zum Generationsbegriff im Denken Klaus Manns« und »Intimität und Zeitgenossenschaft«.

Der umfänglichere und in das 20. Jahrhundert ausgreifende, der auch die Feinde und potentiellen Freunde Klaus Manns beim Namen nennt, ist auf seine Weise auch der aktuellste, an dem abgelesen werden kann, wie sich die Fronten von einst verändert haben und wiederum auch nicht.

Wer in seinem 80. Lebensjahr davon die Hälfte einem Schriftsteller wie Klaus Mann gewidmet hat, hat wohl getan!

• KLAUS SCHUHMANN

Friedrich Albrecht: *Klaus Mann der Mittler*. Peter Lang AG. Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt/Main 2009. 342 Seiten. 59,90

ANNOTIERT

Hermann-Peter Eberlein: *Bruno Bauer. Vom Marx-Freund zum Antifemiten*. Karl Dietz Verlag Berlin 2009. 255 Seiten, 16,90 Euro

Über den 1809 in Eisenberg/Thüringen geborenen Bruno Bauer – führender Theoretiker der junghegelianischen Bewegung, Kritiker der christlichen Religion – hat der Karl Dietz Verlag eine von Hermann-Peter Eberlein verfasste Studie biografischen Charakters veröffentlicht. Sie gibt – glänzend geschrieben – einen detaillierten Einblick in die Lebensgeschichte des Mannes, der nicht nur ein enger Jugendfreund von Karl Marx war, sondern auf den die Marx zugeschriebene Religionskritik im wesentlichen zurückgeht. Die Radikalität seiner Gedanken, seiner Kritik der Evangelien war nicht die eines Christenfeindes, und auch seine Betrachtung der »Judenfrage« nicht die eines Judenfeindes, wenn auch seine politischen Anschauungen in seiner zweiten Lebenshälfte zunehmend konservative Züge trugen.

Bruno Bauers geistige Wirkung, so sein Biograf, ist gering und ererblich zugleich. »Gering, wenn man das Maß unmittelbarer Rezeption seiner Schriften oder die Fortführung seiner Gedanken durch persönliche Schüler anlegt. Ererblich, wenn man indirekte Einflüsse ins Auge fasst.« Persönliche Schüler hat er nicht gehabt. Bauers »eigentliche weltgeschichtliche Bedeutung« sieht Eberlein darin, dass, wie er belegt, seine Religionskritik zu den Grundlagen und Voraussetzungen des Marxismus gehört.

• K. SCH.

Q wie »Qualität«

Man muss sich zur Regel machen: Lieber der Zahl nach weniger, aber höhere Qualität.

Lenin

Das Ringen um »Deutschland einig Vaterland«

Erinnerungen und Fakten – nach 20 Jahren dokumentiert

Während einer Unterredung mit Michail Gorbatschow in Moskau unterbreitete Hans Modrow den Vorschlag, die Vereinigung beider deutscher Staaten, die bereits unumkehrbar auf der Tagesordnung stand, stufenweise durchzuführen und zunächst einen Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft abzuschließen. Dieser Initiative sollten weitere folgerichtige Schritte auf dem Wege von einer Konföderation zu einem gesamtdeutschen Bundesstaat folgen. Dem habe M. Gorbatschow, so H. Modrow, spontan zugestimmt, da er zu ähnlichen Überlegungen gelangt sei. Es müsse versucht werden, die weiteren Schritte zwischen den vier Großmächten, möglichst auf höchster Ebene, zu beraten.

Bereits am 17. Januar 1990 legte die Regierung der DDR den ausführlichen Entwurf eines Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der DDR und BRD vor, der als nationales Dialogangebot 28 Artikel umfasste. In der Absicht, nicht hinter der sich äußerst schnell vollziehenden Entwicklung zurückzubleiben, ergriff wenig später H. Modrow als Ministerpräsident der DDR die Initiative »Deutschland einig Vaterland«, die er auf einer Pressekonferenz am 1. Februar 1990 der internationalen Öffentlichkeit vorstellte. Das zentrale Anliegen war, wie Modrow betonte, die Vereinigung im Zeitraum von etwa zwei

Jahren, gründlich durchdacht, geordnet und mit weniger negativen sozialen Folgen für die Bewohner der DDR zu gestalten. Die Bürgerbewegungen würden die Möglichkeit erhalten, ihre Positionen zu festigen und gemeinsam mit anderen Kräften der demokratischen Erneuerung wichtige Ergebnisse des Herbstes 1989 in den Vereinigungsprozess einzubringen. Im Rahmen einer Konföderation sollten die Grenzen zwischen der DDR und der BRD aufhören, Trennlinien der beiden Militärböcke zu sein. »Deutschland soll wieder einig Vaterland aller Bürger deutscher Nation werden. Damit von ihm nie mehr Gefahr für Frieden und Gut seiner Nachbarn ausgeht«, bekundete Hans Modrow, »sind Verantwortungsbewusstsein, Behutsamkeit und Verständnis für das Machbare und für Europa Ertragbare erforderlich.« Unter denen als Vorschlag unterbreiteten Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit wurde genannt: »Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer Deutschen Föderation oder eines Deutschen Bundes durch Wahlen in beiden Teilen der Konföderation, Zusammentreten eines einheitlichen Parlaments, das eine einheitliche Verfassung und einheitliche Regierung mit Sitz in Berlin beschließt.« Betont wurden die militärische Neutralität von DDR und BRD sowie das Bekenntnis zu den humanistischen und antifaschistischen Traditionen des deutschen Volkes.

Derartige konzeptionelle Überlegungen wurden von H. Kohl strikt abgelehnt. Eine Vereinigung auf gleicher Augenhöhe war für ihn kein Thema. Die Mühlen der Diplomatie liefen auf Hochtouren. Am 10. Februar verhandelten Kohl und Genscher in Moskau mit Gorbatschow und Schewardnadse und erhielten das sowjetische definitive Einverständnis mit einem kurzen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, wenn auch noch nicht zu der hartnäckig angestrebten NATO-Mitgliedschaft. Allerdings beharrte die sowjetische Führung nicht ausdrücklich auf einer Neutralität des Landes.

Dem folgte am 13. Februar 1990 der Besuch einer Delegation der neu gebildeten DDR-Regierung der Nationalen Verantwortung, unter ihnen acht Minister neuer Parteien und Bürgerbewegungen. Der Verlauf der Bonner Gespräche zeigte, dass für den Bundeskanzler Kohl die Regierung Modrow, die er demütig behandelte, kein Partner mehr war. Die Weichen waren auf internationaler Ebene bereits zu seinen Gunsten gestellt worden.

Das belegte auch sehr deutlich das ebenfalls am 13. Februar 1990 in Ottawa stattfindende Treffen von NATO- und Warschauer-Pakt-Außenminister, auf dem mit einer gemeinsamen Erklärung die sogenannte »Ottawa Formel« aus der Taufe gehoben wurde. Diese Erklärung legte fest, dass sich die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten treffen werden, »um die äußeren Aspekte der Herstellung der

Deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten, zu besprechen«. Das war eine Zäsur. Von nun an war Deutschland formal in den anstehenden »Zwei-plus-Vier-Prozess«, der dann am 5. Mai 1990 auf der Ebene der Außenminister offiziell begann, einbezogen.

Zuvor hatten sich Ende Februar 1990 der US-Präsident Bush und der Bundeskanzler Kohl in Camp David nochmals ausdrücklich auf die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik festgelegt. Kohl erklärte wörtlich: »Ein vereinigtes Deutschland wird Mitglied der NATO sein.« Voraussetzung sei, »dass die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjets berücksichtigt werden«. Zugleich sagte Kohl, gestützt auf seine Verhandlungen mit Moskau, voraus, dass die UdSSR in dieser »Frage aller Fragen« – eine Formulierung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse – im Mai des Jahres 1990 umschwenken werde.

Die Modrow-Regierung hatte mit aller Energie vergeblich bis zuletzt versucht, dass sich später als unmöglich Erweise dennoch möglich zu machen. Seinerseits versucht nunmehr Kohl an der Regierung Modrow vorbei rigoros mit allen Mitteln und Methoden, auf das Wahlergebnis der DDR-Bürger am 18. März vor 20 Jahren Einfluss zu nehmen. Es war klar erkennbar geworden, dass die Bundesregierung strategisch keine staatsrechtliche Vereinigung gleichberechtigter deutscher Staaten, sondern lediglich den Beitritt der DDR zur BRD anstrebte.

• KURT SCHNEIDER

»... als wären wir über den Zaun geklettert.«

Vor 20 Jahren: Gründung der Treuhandanstalt



Ein bildhaftes und damals sehr reales Beispiel in Berlin vom »Verkauf« der erstrittenen Demokratie.
Foto:LN-Archiv

Mit der Öffnung der Berliner Mauer und der Staatsgrenze West war das Scheitern der Absicht, die DDR-Wirtschaft reformieren zu wollen, vorprogrammiert. Diese Phase hatte bereits eingesetzt, als Hans Modrow am 17. November 1989

seine Regierungserklärung abgab und die Absicht bekundete, den eingeleiteten Reformprozess unumkehrbar zu machen und »die Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten durch eine Vertragsgemeinschaft zu untersetzen«.

Am 12. Februar 1990 schlug Wolfgang Ullmann, ein Mitbegründer von »Demokratie Jetzt«, »die umgehende Bildung einer Treuhandgesellschaft zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am Volkseigentum der DDR« vor. Aus den riesigen Kombinat-Unternehmen entstehen und die Arbeiter und Angestellten Anteile erwerben oder umsonst bekommen. So hoffte man, den Ausverkauf der DDR vermeiden zu können.

Am 13. Februar traf eine Regierungsdelegation der DDR in Bonn mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Modrow wollte von der BRD einen 15-Milliarden-Kredit aufnehmen, was von Kohl mit dem Hinweis auf dafür noch fehlende Rahmenbedingungen abgelehnt wurde. Es ging sehr kühl in Bonn zu. »Wir wurden behandelt, als wären wir über den Zaun in Nachbarn Garten geklettert und dabei erwischt worden«, erinnerte sich Christa Luft, stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates für Wirtschaft. Im Sitzungssaal saßen sich Gewinner und Verlierer gegenüber.

Aus dieser Situation heraus wurde am 1. März 1990 – 17 Tage vor den letzten Volkskammerwahlen – die Treuhandanstalt gegründet und als erster Direktor dieser Behörde Dr. Peter Moreth (LDPD) berufen.

Eine der letzten Amtshandlungen Modrows war die Unterzeichnung der

dafür erforderlichen Gründungsurkunde: »Zur Wahrung des Volkseigentums wird mit Wirkung vom 1. März 1990 die Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums gegründet. Bis zur Annahme einer neuen Verfassung wird die Treuhandanstalt der Regierung unterstellt. Sie ist eine Anstalt öffentlichen Rechts und territorial gegliedert. Mit der Gründung übernimmt die Treuhandanstalt über das volkseigene Vermögen, das sich Fondsinhaberschaft von Betrieben Einrichtungen, Kombinat sowie wirtschaftsleitenden Organen und sonstigen im Register eingetragenen Wirtschaftseinheiten befindet.«

Der weitere Gang der Ereignisse ist bekannt. Weil Helmut Kohl als Kanzler der Einheit die Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 gewinnen wollte, wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1990 die Währungsunion herbeigeführt. Die Leitung der Treuhand wurde sofort, die anderen Funktionen sehr schnell danach ausschließlich von Westdeutschen übernommen.

Die Treuhandanstalt wurde dem Bundesfinanzministerium unterstellt. Die Filialstücke der Kombinate gingen an bundesdeutsche Unternehmen, alles Übrige wurde plattgemacht, das Personal abgewickelt. Die Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern dauert zwanzig Jahre nach der Gründung der Ur-treuhandanstalt weiter an.

• WINFRIED STEFFEN

Orientierung bis nach Skandinavien

Vor 45 Jahren: DDR-Volkskammer beschließt Gesetz über das Bildungssystem

In einer Phase der Stabilisierung der Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer Entwicklung, in der die SED-Führung ein künftiges wiedervereinigtes Deutschland nur noch als ein sozialistisches Deutschland für möglich hielt, verabschiedete die Volkskammer der DDR am 25. Februar 1965 das »Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem«. Es knüpfte politisch und inhaltlich an Ergebnisse der 1946 begonnen antifaschistisch-demokratischen Schulreform an.

Es beinhaltete eine in sich geschlossene Struktur von Erziehung und Bildung bis zur Fach- und Hochschule sowie Universität – ohne Schulgeld oder Studiengebühren. Den wichtigsten Platz nahm die zehnklassige Polytechnische Oberschule (POS) ein. Es galten einheitliche Bildungsinhalte, Lehrpläne und -programme bei Anwendung verbindlicher Lehrbücher und -materialien. Praktika für Lehrerstudenten konnten so von Rügen bis Suhl gleichermaßen vorbereitet werden.

Die Polytechnische Bildung erfolgte praxisnah. Jede POS, jede Schulklasse hatte ihren Patenbetrieb. Spezielle Sprach- und Sportschulen vervollständigten das Bild.

Der Zugang zu Abitur und Hochschulreife war auf zwei Wegen möglich: über die Erweiterte Oberschule (EOS) nach Abschluss der 10., später der 8. Klasse – sozusagen der klassische Weg – oder über

eine zumeist vierjährige Berufsausbildung. An den Fach-, Hochschulen und Universitäten wurde im Allgemeinen die Regelstudienzeit eingehalten. Die Unterbringung der Studierenden zumeist in den Bildungseinrichtungen angeschlossenen Internaten. Die Stipendien waren zwar nicht üppig, doch eine zusätzliche Erwerbstätigkeit zur Finanzierung des Studiums war nicht notwendig. Vorlesungsbetrieb, Seminargruppen und Betreuung der Studierenden durch Lehrpersonal waren durch effektive Kapazitäten gekennzeichnet. Studentenehepaare und alleinstehende Studentinnen mit Kleinkindern erhielten besondere soziale Unterstützung (Wohnbedingungen, Kinderkrippen, Kindergärten).

Dieses Bildungssystem war mit zwei Einschränkungen belastet.

- Bildungsinhalte – insbesondere in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und Bereichen – waren infolge des von der SED beanspruchten Wahrheitsmonopols ideologisch überfrachtet.

- Aus politischen und aus sozialen Gründen (soziale Herkunft: nicht aus Arbeiter- oder Bauernfamilien entstammend) wurde Schülern der Zugang zu EOS oder Studium erschwert. Derartige Beschränkungen galten beispielsweise nicht für die inzwischen prominente Pfarrerstochter

Angela Merkel. Als eine herausragende Bestschülerin nutzte sie ihre Möglichkeiten für die Qualifizierung in Moskau zur Promotion als Naturwissenschaftlerin.

Von den angeführten Einschränkungen abgesehen, bildete das 1965 von der DDR-Volkskammer verabschiedete Gesetz über das einheitliche Bildungssystem die Grundlage für das bisher fortgeschrittenste Bildungssystem in der deutschen Geschichte und wurde auch international geschätzt. Die skandinavischen Länder, die sich am DDR-Bildungssystem orientierten, rangieren bei PISA-Studien auf den vorderen Plätzen.

Die Chance, das noch aus Kaisers Zeiten stammende bundesdeutsche Bildungssystem im Zuge der Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Staatlichkeit zu reformieren und zu modernisieren, wurde leider verpasst. Lehrermangel und Unterrichtsausfälle an den Schulen und derzeitige Aktionen von Studierenden an den Hochschulorten sind symptomatisch für die aktuellen Zustände im Bildungsbereich in unserem Land. Die für Förderung von Forschung und Bildung zuständige Bundesministerin Schawan hält Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester – auch dort, wo sie noch nicht eingeführt wurden – für völlig normal. So wird Bildung als bloße Ware vermarktet.

• WINFRIED STEFFEN

Kalenderblatt

Vor 65 Jahren ermordet:

Lorenz Breunig

Lorenz Breunig, geboren am 11. August 1882 im unterfränkischen Weilbach und von Beruf Dreher, wurde frühzeitig Mitglied der SPD, deren Parteischule er 1905 besuchte, und Mitbegründer der sozialistischen Jugendorganisation in Mannheim. 1917 trat er, in Opposition zur Burgfriedenspolitik der rechten SPD-Führung stehend, der USPD bei und gehörte während der Novemberrevolution 1918 dem Arbeiter- und Soldatenrat in Frankfurt / Main und bis November 1919 dem Arbeiterrat bei der Eisenbahndirektion Frankfurt an. Danach war er Sekretär beim Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. 1920 wurde er für die USPD in den Reichstag gewählt. Später schloss er sich wieder der SPD an. In den Jahren der Weimarer Republik erwarb er sich bleibende Verdienste in den Reihen der Gewerkschaft. Mit der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften durch die faschistische »Gleichschaltungspolitik« änderte sich für Lorenz Breunig als aufrichtiger linker Gewerkschaftsfunktionär grundlegend seine soziale und politische Lebenssituation. Als Arbeitsloser schlug er sich mit Gelegenheitsarbeiten durch das Leben. Obwohl er selbst Not litt, sammelte er im Kontakt mit anderen Gewerkschaftern Geld, Lebensmittel und Kleidung, um die Familien eingekerkelter Antifaschisten zu unterstützen. Seine Bemühungen, mit Gewerkschaftsfunktionären im Ausland in Verbindung zu kommen, führten zum Erfolg. Im Frühjahr 1939 gelang es ihm, zu Beratungen mit belgischen Transportarbeitern und Eisenbahnern nach Brüssel zu fahren, wo er seinen Gewerkschaftskollegen über die faschistische Diktatur in Deutschland berichtete und mit ihnen über die von Deutschland ausgehende Kriegsgefahr sprach. Auf der Rückfahrt wurde er in Aachen zwar von der Gestapo festgehalten und verhört, konnte aber zunächst der Verhaftung entgehen. Doch bereits am 1. September 1939, der Tag, an dem mit dem faschistischen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg ausgelöst wurde, schlug die Gestapo zu. Lorenz Breunig wurde verhaftet und in das KZ-Sachsenhausen überführt. Obwohl er hier aufs Schwerste misshandelt wurde, gab er keinen seiner antifaschistischen Mitkämpfer preis. Bereits aufs Schwerste erkrankt und schon halb verhungert, wurde der mutige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und verdienstvolle Gewerkschafter der Weimarer Republik am 15. Februar 1945 in den Gaskammern des Lagers Sachsenhausen ermordet.

• KURT SCHNEIDER

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt

Bis 1974 ging südlich des Zoos die Zöllnerstraße in den Zöllnerweg über. 1975 erhielt sie, anlässlich des 100. Geburtstags von Emil Fuchs dessen Namen. Damit wurde einer der bekanntesten deutschen religiösen Christen geehrt, der von 1949 bis zu seinem Tode 1971 in Leipzig gelebt und in dieser Straße als Leiter des Religionssoziologischen Instituts der Universität wirkte.

Emil Fuchs wurde am 13.2.1874 als Sohn eines streng orthodoxen lutherischen Pfarrers in Beerfelden geboren. In Gießen studierte er Theologie. Nach Examen, Vikarszeit, Ordination als Pfarrer, Lizentiatenexamen und Einsatz als Pfarrassistent arbeitete er zwei Jahre in einer deutschen Gemeinde in Manchester, wo er die Slums kennen lernte. Nach seiner Rückkehr wirkte er als Repeant an der Theologischen Fakultät in Gießen. Dort begann er im Volksbildungswerk tätig zu werden, bis er Ostern 1905 als Pfarrer nach Rüsselsheim kam, einer Gemeinde mit »traditioneller Unkirchlichkeit«. Hier traf Emil Fuchs auf die Lage der Arbeiter und gewann die Erkenntnis, dass nur eine Umwandlung des Wirtschaftssystems die geistigen Kräfte des Menschseins retten könne. Konservative Kreise begannen einen heftigen Kampf gegen Fuchs und seine Freunde. Man nahm ihnen übel, dass sie mit der SPD und mit »Unkirchlichen« zusammenarbeiteten.

Die Erlebnisse des Ersten Weltkrieges machten Fuchs nach anfänglicher Kriegsbegeisterung zum Kriegsgegner. Nach 13-jährigem Wirken in Rüsselsheim kam er 1918 nach Eisenach. Neben seiner Arbeit im Pfarramt wurde er Leiter der Volkshochschule. Im Jahr 1921 trat er der SPD bei. Daraufhin forderten reaktionäre Kreise des Bürgertums vom Landeskirchenrat, Fuchs als Pfarrer abzusetzen. Der Kirchenrat lehnte das jedoch ab, nachdem eine Eingabe mit mehr als 3000 Unterschriften zugunsten seines Verbleibs eingereicht wurde. Dieser Kampf führte schließlich zur Gründung des Bundes religiöser Christen in Thüringen.

Ende 1930 wurde Emil Fuchs als Professor für Religionswissenschaften nach Kiel berufen. Im Jahr 1933 aus politischen Gründen entlassen, verurteilte ihn die Nazijustiz wegen Beleidigung der Staatsregierung zu einem Monat Gefängnis. Seine Kinder flohen ins Ausland. Nachdem sein Haus in Berlin durch einen Bombenangriff zerstört wurde, übersiedelte er in die Schweiz.

1945 kam er bei Freunden in Frankfurt am Main unter und begann



Typischer Kreuzungsbereich der kleinen Straße. Im Gebäude ganz links arbeitete einst Emil Fuchs. Foto: Eiltzer

Emil-Fuchs-Straße

wieder für die SPD zu arbeiten. Zu der erhofften Neubesinnung kam es weder in kirchlichen noch in sozialdemokratischen Kreisen. Durch seine Ablehnung der einseitigen Bindung der BRD an den Westen und des Antikommunismus, geriet er in Widerspruch zur Partei-Führung. Darum folgte er 1949 »mit bangem Herzen« einer Berufung als Professor an die Universität Leipzig. Er ging dabei von der Erkenntnis aus, dass das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze sind und der Christ mitverantwortlich ist für die Gestaltung seines Staates. Seine Maxime war: »Eine ideologische Koexistenz ist nicht möglich, wohl aber eine Zusammenarbeit zur Lösung der Existenzfragen der Menschheit, die uns beide betreffen.«

Drei Mal wurde ihm die Ehrendoktorwürde theologischer Fakultäten verliehen, er erhielt den Vaterländischen Verdienstorden in Gold und wurde Ehrenmitglied der Ost-CDU. 1959 ging er 85-jährig in den Ruhestand. Er verstarb hoch geehrt 1971 in Berlin.

• DIETER KÜRSCHNER

Rwie »Raffigier«

Raffigier und Unvernunft in unseren Wünschen richten uns zugrunde.

Dostojewski

Am 29. Januar wurde Dresden als »sportlichste Stadt« der DLV-BewegungsCamp-Serie 2009 geehrt. DLV-Präsidentenmitglied Fred Eberle formuliert während der Auszeichnung: »Ich freue mich sehr, dass die Leichtathletik in Form abwechslungsreicher Spiel- und Übungsformen damit verstärkt Platz im Unterricht findet.«

»Dresden hat sich wieder einmal als sportliche Stadt gezeigt«, sagte Winfried Lehmann. »Mit unserem Vorzeigethleten Raúl Spank hat die Leichtathletik in Dresden wieder ein Symbol, das Kinder und Jugendliche anspornt zu laufen, zu springen, sich zu bewegen. Wer das Treiben des DLV-BewegungsCamps auf dem Postplatz gesehen hat, weiss, dass der Verein die richtige Antwort auf Bewegungsarmut gefunden hat: Begeisterung.« In Dresden nahmen im September 1500 Schülerinnen, Schüler und Jugendliche auf dem Postplatz mit großem Einsatz teil.

»Dresden ist die gesündeste Stadt in Sachsen, wie der aktuelle Gesundheitsreport zeigt. Dazu passt die Auszeichnung als sportlichste Stadt ganz wunderbar, weil Gesundheit und Bewegung eng miteinander verbunden sind«, sagte Andrea Geier vom DAK-Team Dresden.

Der WM-Dritte Raúl Spank hatte die Jugendlichen auf dem Postplatz unterstützt. »Diese Auszeichnung freut mich sehr. Es ist eine super Sache, Kinder für

Deutschlands »sportlichste Stadt«?

die Leichtathletik zu begeistern und ihnen sportliches Engagement nahe zu bringen«, sagte der Hochspringer.

Auch in diesem Jahr werden der DLV und seine Partner wieder auf Tour gehen. Seit 2007 haben sie über 18000 Kinder und Jugendliche auf diesem Wege für die Leichtathletik begeistert.

Zur Erinnerung: 2008 gewann Leipzig diesen Titel und wurde zur Eröffnung der 56. Deutschen Hallenmeisterschaften in der Leichtathletik, in Deutschlands modernster Leichtathletik-Halle »ARENA« ausgezeichnet. Als DLV-Präsident Dr. Clemens Prokop sich auf der Pressekonferenz nach einer deutlichen Verbesserung



Hagen Methe (LAC Erfurt) wurde am letzten Wochenende in der ARENA Leipzig Mitteldeutscher Meister der männlichen Jugend B im Weitsprung mit 6,82 m.
Foto: LN

der Trainings- und Wettkampfbedingungen in Leipzig erkundigte, blieb der Gefragte, Oberbürgermeister Jung, die Antwort schuldig.

Wie weit Leipzigs Leichtathletik von der Spitze und der Nachwuchsförderung entfernt ist, zeigt die Tatsache, dass erst in den letzten Januar Tagen 2010 geklärt werden konnte, ob die »10. Mitteldeutsche Hallenmeisterschaft Schüler A, Jugend A und B mit Winterwurfmeisterschaft« überhaupt in der »ARENA« stattfinden kann. Die Trainer des Bereiches Leichtathletik vom Olympiastützpunkt und dem Leichtathletikzentrum Leipzig e. V. (LAZ) wollten eigentlich die Anlage am 6. Februar vormittags für das Training nutzen. Dankenswerterweise haben sich die Leipziger Verantwortlichen noch umstimmen lassen und dem Nachwuchs die Möglichkeit gegeben, seinen Wettkampf austragen zu dürfen.

Mit dem Ziel einen deutschen Spitzenverein zu etablieren, wurde im November 1996 das Leichtathletikzentrum Leipzig gegründet.

Inzwischen entwickelt sich dieser Zentrum immer mehr zu einem Breitensportverein mit einer deutschlandweit einzigartigen Sichtungssaktion »Schüler sprinten zu Olympia«, an der jährlich rund 4000 Grundschüler teilnehmen. Sichtet man Talente, werden sie für das LAZ abgeworben, egal, ob sie bereits in einem Sportverein trainieren.

• H. E.



LN-Antiquariat

Arkadi Gaidars Bestseller »Timur und sein Trupp« scheint heute in der Versenkung verschwunden zu sein, nach über 23 Auflagen allein in der DDR (es war damals auch Schullektüre) und einer Neuauflage 2003 bei LeiV in Leipzig. Unter den Jüngeren kennt den selbstlosen, überaus selbstbewussten Helfer mit seiner Jugendgang kaum noch jemand. Harry Potter und die japanischen Comic-Helden sind inzwischen gesuchter. Dennoch war das schmale Bändchen früher einer der seltenen Fälle, wo Literatur direkte Aktivitäten auslöste, also »verziererisch« wirkte. Deshalb reduziert sich bei vielen Angehörigen der älteren Generation das Buch auf den Begriff der »Timurhilfe«, jener weitgehend »von

oben« initiierten Massenbewegung von Jungpionieren, die nachbarschaftliche Hilfe durch Besorgungen für Ältere leisteten und Altstoffe sammelten.

Dabei lohnt es sich, dieses unpräzise und ohne jedes Pathos geschriebene Buch 70 Jahre nach seiner Entstehung (1940) noch einmal zu lesen. Man wird unerwartete Entdeckungen machen. Die Geschichte ist einfach. Im Sommer 1939 erfindet Timur in einer Datschensiedlung bei Moskau in den Ferien mit seinen gleichaltrigen Spielgefährten eine Beschäftigung mit Sinn. Sie helfen heimlich (das ist der grundsätzliche Unterschied zur Timurbewegung in der DDR) den Angehörigen von Rotarmisten bei ihren täglichen Verrichtungen in Hof und Haus. Für die Kinder ist das ein wunderbares, noch dazu nützliches Spiel – Hilfe im Geheimen. Verwundert nimmt das die Bevölkerung zur Kenntnis, wohl auch gelegentlich voller Misstrauen, denn natürlich steht dem »Kommissar« Timur mit seinem vielköpfigen, etwas »paramilitärisch« organisierten Trupp eine Gruppe von Tunichtguten unter »Ataman« Quakin (was für ein sprechender Name!) gegenüber, die für ihre Verwüstungen in den Gärten nur teilweise nach einer kräftigen Prügelei »geläutert« werden kann. Parallel dazu existiert die Welt der Erwachsenen mit ihrer (freilich nur angedeuteten) Angst vor dem drohenden Großen Krieg, ihren Liebeleien und anderen Problemen. Ihre Wege kreuzen sich, als der Vater der kleinen Shenja und Timurs Onkel in den Kampf ziehen müssen und sie Timurs Trupp verabschiedet. Alles wirkt sehr schlicht, ja banal, wenn da nicht bereits Krieg wäre, der alles überschattet und der immer als Zweiter Weltkrieg verstanden wurde. Welcher der Kriege des Jahres 1939 bei Gaidar wirklich

gemeint ist, hat kaum jemand entschlüsselt. Aber es ist weder der völkerrechtswidrige Einmarsch der Roten Armee in Polen und den baltischen Staaten (September 1939) noch der sowjetisch-finnische Winterkrieg mit seinen hohen Verlusten, der im November begann. Tatsächlich gibt es einen anderen Hinweis: Gaidar lässt auf einem Dorffest den Jahrestag des sowjetischen Sieges in der Schlacht am Chassansee in Fernost am 11. August 1938 feiern, als der sowjetisch-japanische Grenzkonflikt begann. Aber das zu wissen, ist vielleicht für das Verständnis des Buches gar nicht wichtig, denn Gaidar als erfahrener Soldat (er war mit 16 Jahren im Bürgerkrieg bereits Regimentskommandeur!) weiß, dass die große Auseinandersetzung mit dem Faschismus unvermeidlich ist und gewaltige Opfer kosten wird. So bekommt sein »Timur« Elemente eines Warnbuches; Totenehrung und Hilfe für die Hinterbliebenen sind wesentliche Momente der Timurhilfe. Aber Gaidars Bild von der in steter Bereitschaft befindlichen und immer siegreichen Roten Armee ist geschönt. Wir wissen es heute besser und kennen die auch durch die falsche Stalinsche Verteidigungspolitik verursachten hohen Verluste an Menschen.

Ursprünglich schrieb Gaidar ein Filmszenarium, das von Alexander Rasumny 1940 realisiert wurde; eine zweite Verfilmung erfolgte 1976. Gaidars Szenarium bestimmt auch seinen Prosatext: kurze erzählende Sequenzen und lebendige Dialoge folgen aufeinander, eine aktionsreiche Handlung läuft und immer wieder wird gesungen (ein Charakteristikum des sowjetischen Tonfilms dieser Jahre). Schade nur, dass die Lieder in der deutschen Übersetzung schlecht übertra-

gen sind und der Schluss des ganzen Werkes gar grob verfälscht ist (so zumindest in meiner Robinson-Ausgabe von 1979). Gaidars Held Timur wirkt eigenartig starr, gar nicht so richtig kindlich, eher als »Vorbild«, von dem man nur ahnen kann, woher er mit nur 13 Jahren zu solcher Führergestalt reifen konnte. Aber das um ihn herum agierende Tableau der Kinder, oft nur mit wenigen Strichen charakterisiert, wirkt lebensecht. Und dann ist da noch dieses abenteuerliche Benachrichtigungssystem, mit dem die bald unzähligen Kinder gerufen werden, wenn irgendetwas geholfen werden muss, und das geheimnisvolle, verschwörerische Verhalten aller, die über das ganze Buch einen Hauch von Romantik ausbreiten. Erneutes Lesen lohnt sich also.

• ERHARD HEXELSCHEIDER



Für immer an den Rand der Gesellschaft verbannt?

Gegenwärtig wird heftig über die Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich diskutiert. Eine Veranstaltung am 19.1. dieses Jahres im Haus des Buches unter dem Titel: »Die Ausgeschlossenen« ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Die Berliner Journalistin Julia Friedrichs stellte ihr Buch »Deutschland dritter Klasse« (Verlag Hoffman & Campe 2009) und der Mannheimer Soziologe Heinz Bude sein Buch »Die Ausgeschlossenen« (Carl Hanser Verlag 2008) vor. Die Journalistin hatte seit Einführung der Hartz-IV-Regelungen mehrere Familien und Einzelpersonen begleitet und erschreckende Einsichten gewonnen. Keiner von ihnen erhielt bis heute eine ordentliche Arbeitsstelle, obwohl sich alle darum bemühten. Und insgesamt musste sie feststellen, dass die Kombination von versperrter Aussicht auf einen Job, Billignahrung, mangelnden Möglichkeiten zu kultureller Betätigung und Kommunikation, ganztägigem Fernseh-Konsum und Alkohol verheerende psychische und physische Auswirkungen hat. Der Soziologe kam nach mehrjährigen detaillierten Untersuchungen in unterschiedlichen sozialen Gruppen in West- und Ostdeutschland zu dem Schluss, dass unsere Gesellschaft in verschiedene Teile zerfällt und »die vermittelnde Mitte fehlt«. Die Verfasstheit der Ausgeschlossenen charakterisiert er treffend so: »Was sie können, brauchen keiner, was sie denken, interessiert keinen, was sie fühlen, kümmert keinen«.

Auf die Frage nach Lösungsvorschlägen durch den Moderator Wolfgang Tiefensee erklärte Julia Friedrichs, dass der »Zweite Arbeitsmarkt« den Arbeitslosen nicht helfen könne, sondern es müsste auch für die sogenannten »einfachen Tätigkei-

ten« Jobs geben, die so bezahlt werden, dass man davon leben kann. Außerdem sei es falsch, die Kinder aus Hartz-IV-Familien von vornherein auch durch die Schule darauf vorzubereiten, dass sie sich auf ein Leben mit Hartz-IV einstellen müssten. Statt dessen haben sie ein Recht auf die gleichen Bildungschancen wie alle Kinder.

Das Publikum im überfüllten Saal bestätigte in der Diskussion die vorgetragenen Analysen aus eigenem Erleben, in Kritik und Lösungsvorschlägen ging es aber weit über jene des Podiums hinaus. Eine junge Frau, die seit acht Jahren arbeitslos ist, hatte die Gruppe »Demokratischer Widerstand« gegründet und rief die Teilnehmer zur Mitarbeit auf.

Heinz Bude dagegen meinte, man könnte mit Hartz IV eine gerechte Gesellschaft schaffen, nur müsste man mit den Menschen differenzierter umgehen. Er bestätigte die in der Diskussion geäußerte Ansicht, daß die Existenz einer »Unterschicht« Ergebnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist und zugleich Bedingung ihrer Existenz. Dann machte er eine merkwürdige Rechnung auf: Die Wirtschaft der BRD sei exportorientiert. Dadurch würden die meisten Werte geschaffen und die Arbeit in diesem Bereich würde daher hoch bezahlt werden. Für die anderen Arbeiten in der Gesellschaft, die nicht wertschöpfend sind, wie Medizin, Pflege, Bildung, Kultur usw. sei daher wenig Geld vorhanden. Auf dieser Spaltung der Arbeit beruhe die Wirtschaftskraft der BRD; und diesen Kapitalismus

möchte er nicht ändern, denn er habe sich bewährt seit Ludwig Erhards Zeiten. Diese Rechnung von Heinz Bude geht von einer Vorstellung aus, nach der die Gesellschaft aus der Sicht einer speziellen Schicht betrachtet wird. Doch die menschliche Gesellschaft ist ein Organismus, in dem alle Bereiche miteinander zusammenhängen. Schon in der sogenannten vorgeschichtlichen Zeit hat die menschliche Gesellschaft die Arbeitsteilung entwickelt, durch deren immer weitere Differenzierung das heutige reiche gesellschaftliche Leben entstanden ist. Beide Arten von Arbeit, die wertschöpfende für die Warenproduktion, sowie die Arbeit für die sozialen, gesundheitlichen, geistigen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft sind gesellschaftlich notwendige Arbeiten und müssen entsprechend ihrer Qualität, Qualifikation der Arbeitenden und ihrem gesellschaftlichen Nutzen bezahlt werden. Das ist Aufgabe der Gesellschaft als Ganzem. Die von Heinz Bude hier vertretene einseitige Sicht hat Beziehung zu jener vieldiskutierten Meinung von Peter Sloterdijk in seinem Essay »Die Revolution der gebenden Hand«, das zu Beginn des Bundestagswahlkampfes 2009 veröffentlicht wurde. Darin wendet er sich dagegen, dass der Staat die »Leistungsträger« schröpft, damit die »unproduktiven Glieder« der Gesellschaft leben können. Diesen Staat bezeichnet er als »Kleptokratie«. Als Ausweg schlägt er vor, dass die »Leistungsträger« freiwillige Gaben an die Allgemeinheit abgeben sollten, um damit der Moral des Stolzes gegen-

über der Gier den Vorrang zu geben. (Siehe Neues Deutschland vom 28./29. 11. 2009). Im gleichen Fahrwasser, nur nicht so intellektualisiert, bewegen sich die Worte von Sarrazin: »Jemanden, der nichts tut, muß ich auch nicht anerkennen« sowie das Wahlmotto von Westerwelle: »Mehr Netto vom Brutto«. Von letzterem fühlten sich auch manche Job-Besitzer angesprochen, die nicht zu den Großverdienern gehören.

Die gegenwärtige schwarz-gelbe Regierung ist zülig um die Umsetzung dieser »Theorien« in die Realität bemüht. Wird sie nicht daran gehindert, dann ist Deutschland in einigen Jahren nicht nur eine Gesellschaft mit Eindrittel Ausgeschlossenen, sondern mit Zweidrittel Überflüssigen! Man sieht, wie leicht in bestimmten politischen Situationen Ansichten, die nicht wissenschaftlich begründbar sind, sich verbreiten können, wenn sie im Interesse einer bestimmten Lobby und deren Medienmacht die Gesellschaft überfluten.

Aufklärung ist daher nötig, Aufklärung darüber, was diese Gesellschaft, in der wir im Osten seit 20 Jahren leben, wirklich ist! Nur auf solcher Grundlage können echte Lösungswege für deren Probleme gefunden werden. Es ist z. B. möglich, den Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen und den meisten Arbeitslosen Arbeitsplätze zu verschaffen, wovon sie leben können. Denn es fehlt nicht an Arbeit – Wege, Schulen, Krankenhäuser, Bahnen und Schienen, Kultureinrichtungen usw. sind sowohl materiell als auch personell unterversorgt – aber es fehlt an dem Willen, die dort nötige Arbeit aus dem Reichtum der gesamten Gesellschaft zu bezahlen! Und das kann und muss geändert werden!

EVA LEHMANN, Markkleeberg

Dieser Ausgabe ist eine **Petition** beigelegt.

Wir bitten um Beachtung.

»Den Interessen der Gerechtigkeit wäre durch ein neues Verfahren für **Mumia Abu-Jamal** gedient. Das Verfahren sollte im vollen Umfang den internationalen Standards für Gerechtigkeit entsprechen und die Verhängung der **Todesstrafe** nicht gestatten«

LN im Februar

Wir freuen uns über neue Abonnenten im Leipziger Stadtgebiet. Wir begrüßen weitere Leser in Lucka und Hohenmölsen.

SPENDE FÜR HAITI

Das Benefizkonzert in der Thomaskirche am Dienstag, den 2. Februar, dessen Erlös den Opfern im Erdbebengebiet von Haiti zukommt, erbrachte ein Spendenergebnis von insgesamt 8847,86 Euro.. Allen Besuchern, die dazu beigetragen haben, sei herzlich gedankt.

Das Konzert, das etwa tausend Besucher in die Thomaskirche zog, wurde von zahlreichen Mitwirkenden gestaltet: Thomasorganist Ullrich Böhme, Universitätsorganist Daniel Beilschmidt, Reiko Brockelt am Saxophon, das Ensemble amarcord, der Thomanerchor Leipzig unter Leitung von Thomaskantor Georg Christoph Biller, das Mendelssohnorchester Leipzig und der Leipziger Universitätschor unter Leitung von Universitätsmusikdirektor David Timm.

David Timm, auf dessen Initiative das Konzert zurückgeht, und allen Mitwirkenden sei ganz herzlich für ihr Engagement und ein wunderbares Konzert gedankt.

Der Erlös wird der Organisation »Bündnis Entwicklung hilft – Gemeinsam für Menschen in Not« übermittelt. Das Bündnis setzt sich aus den fünf deutschen Hilfswerken Brot für die Welt, medico international, Misereor, terre des hommes und Welthungerhilfe zusammen.

MONIKA VON SEGGERN-MATHEIS, Leipzig

Antreten beim großen Chef

Zur LN-Universitätsserie im Jahr 2009

Vielen Dank, dass Sie auch mit de Lebensläufen der Leipziger Professoren in meiner Studienzeit angelangt sind. Ich war zur Zeit Prof. Dr. Georg Meyers im Fernstudium an der KMU. Als Abgänger der 8. Klasse konnte ich ohne Abitur über eine Sonderreifeprüfung ins Studium einsteigen und habe, meiner Tätigkeit in Böhlen entsprechend, fünf Jahre Wirtschaftswissenschaften und später, da ich das betriebliche Bildungswesen im Kombinat leitete, noch zwei Jahre Fachschulpädagogik drangehangen. Durch meine Arbeit wurde ich ab und zu in Beratungen der Werkleitung einbezogen und wurde so auch mit Prof. Dr. Georg Meyer bekannt.

Eines Tages erhielt ich über die Abteilung Fernstudienwesen die Mitteilung, beim ganz großen Chef anzutreten. Verwundert, aber mir keiner Schuld bewusst, trabte ich pünktlich an und wurde vom Genossen Professor mit Genosse Böhnhardt und Du empfangen. Er erklärte zunächst, warum er mit mir sprechen wollte.

Erstens war ich aus dem größten Betrieb des Bezirkes. Zweitens nicht ohne Einfluß und betriebliche Kenntnisse und drittens als brauchbarer Fernstudent bekannt.

Worum ging es? Damals wurde in einzelnen Betrieben der progressive Leistungslohn eingeführt. Böhlen gehörte dazu und er wollte meine Meinung zu dem Problemkreis wissen. Obwohl wir uns eine gute Stunde über das Problem unterhalten haben, war meine kurzgefasste Meinung: Eine gute Sache, wenn dadurch Engpässe überwunden werden, schlecht, wenn dadurch ungerechtfertigte Lohnerhöhungen auftreten. Beides gab es in Böhlen.

Nach gut einer Stunde fasste der Prof. zusammen und sagte, er wolle es sich durchdenken. Ich weiß nicht, wie weit sein Draht nach oben reichte, aber nach kurzer Zeit wurde der Versuch abgeblasen. Mir hat damals besonders imponiert, wie er an die Sache rangegangen ist und dass er sich doch relativ viel Zeit für die Aussprache mit einem Fernstudenten gelassen hat.

HERBERT BÖHNHARDT, Schleiz

Zuschriften auf dieser Seite können bei Wahrung ihres Sinngehaltes gekürzt sein und widerspiegeln nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion. (Wir übernehmen keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.)



Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen
 Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:
 LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug
 Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

 2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird bundesweit über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis einen Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Neu bei uns:

- Albrecht Müller: *Meinungsmache*. Droemer/Knaur, 19,95 Euro
- Gerhard Wisnewski: *Drahtzieher der Macht*. Droemer/Knaur, 12,95 Euro
- Gabor Steingart: *Die gestohlene Demokratie*. Piper, 8,95 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch. Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de



- In Leipzig finden Sie uns in der **Filiale Axispassage**
04159 Georg-Schumann-Str. 171
- Filiale Eutritzscher Zentrum**
04129 Wittenberger Str. 83
- Filiale Büchermarkt Mockau Center**
04357 Mockauer Str. 123
- Filiale Wallmann**
04155 Georg-Schumann-Str. 52

8. März 2010

*Der Internationale Frauentag lebt!
 Allen Mädchen und Frauen, Sympathisantinnen und Genossinnen
 zu ihrem Kampf- und Festtag herzlichen Glückwunsch.
 Basisgruppe Löbnitz der Partei DIE LINKE*

Mehrwert für Linke

3 Wochen gratis

Abohotline: 030/53 63 55-81-82
 abo@jungewelt.de
 www.jungewelt.de/abo

Unterstützt junge Welt, organisiert Probeabos!
 Die Probeabos sind kostenlos und unverbindlich und enden automatisch.

Probeabo

Bitte schicken Sie mir oder folgender Person die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
 Frau Herr

Name/Vorname leipzig neue
 Straße/Nr.
 PLZ/Ort
 Telefon E-Mail

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 6,00 € pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe von Euro).

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements telefonisch kontaktieren. (jW garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.)

Datum/Unterschrift
 Die Belieferung soll ab Montag, den beginnen.

Ich ermächtige Sie hiermit, die Kostenbeteiligung von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut
 Kontonummer
 Bankleitzahl

Datum/Unterschrift **Den Coupon schicke bzw. faxe ich an:**
 Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, Fax: (0 30) 53 63 55 44

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 16. Februar, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion *Der Wahlzyklus 23008/2009 und die Ergebnisse für DIE LINKE.* Mit Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Berlin.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 16. Februar, 19 Uhr, Chemnitz
Besser die Hände gefesselt als der Wille. Das Vermächtnis des Kriegsdienstverweigerers Franz Jägerstetter. Ein Hörbild von Klaus Ihlau. Veranstalter: Stadt Chemnitz, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Regionalbüro Chemnitz, und VVN/BdA Chemnitz.
TIETZ, Veranstaltungssaal, Moritzstr. 20

19. Februar, 17 Uhr,
Podiumsdiskussion und Veranstaltung *ROSA. Eine Wanderung durch die Leben, Zeiten und Nachleben Rosa Luxemburgs.* Mit Dr. Jörn Schürtrumpf und Hanna Petkoff.

20. Februar, 10–18 Uhr, Leipzig ***

X. Rosa-Luxemburg-Konferenz: DIE LINKE. Erbe und Tradition. Eine historisch-kritische Standortbestimmung.

Mitveranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung, und Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg.
Orte: 19.2. Moritzbastei, Universitätsstr. 9
20.2. Haus des Buches, Gerichtsweg 28

Sonntag, 20. Februar, 10–17 Uhr, Dresden
18. Dresdner Friedenssymposium: *Frieden schaffen ohne Waffen.* Mit Inge Höger, MdB, Ausschuss für Verteidigung. In Zusammenarbeit mit Sächsische Friedensinitiative Dresden, AG Offene Kirche Sachsen, und anderen Organisationen.
Gewerkschaftshaus, Schützengasse 14

Dienstag, 23. Februar, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Menschliche Natur und Geschichte. Zu David Humes Grundlegung der Philosophie in einer Wissenschaft vom Menschen (»science of man«).* Mit Prof. Dr. Karl-Heinz Schwabe, Leipzig.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 23. Februar, 19 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion: *Das 999er Strafbatalion.* Mit Dr. Hans-Peter Klausch. Veranstalter: Stadt Chemnitz; Rosa-Luxemburg-Stiftung Sach-

sen, Regionalbüro Chemnitz, und VVN/BdA Chemnitz.

TIETZ, Veranstaltungssaal, Moritzstr. 20
Donnerstag, 25. Februar, 18.30 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Diskussion: *Wolfgang Schröder: Leipzig – die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49–1878/81.* Karl Dietz Verlag Berlin 2010. Mit dem Autor Prof. Dr. Wolfgang Schröder, Taucha.
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Sonntag, 27. Februar, 10 Uhr, Chemnitz
Buchvorstellung und Diskussion: *Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge.* Mit Prof. Dr. Herbert Graf, Eichwalde.
Rothaus e. V., Lohstr. 2

Mittwoch, 3. März, 18 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Diskussion: *Die Linke im Epochenbruch.* Mit Dr. Edelbert Richter, Weimar.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 3. März, 19 Uhr, Dresden
Buchvorstellung und Diskussion: *Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen.* Mit Kerstin Köditz, MdL.
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Sonntag, 7. März, 16 Uhr, Leipzig
Vernissage anlässlich des Internationalen Frauentages.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10
Dienstag, 9. März, 19 Uhr, Dresden ***
Buchvorstellung und Diskussion: *Ostdeutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wende. Was ist »Erblast« der DDR und was ist Ergebnis bundesdeutscher Wirtschaftspolitik.* In der Reihe: 20 Jahre Umbruch – Was ist geworden? Mit den Herausgebern Dr. Dieter Janke und Prof. Dr. Joachim Tesch.
Kulturthaus, Kunstfoyer, Königstr. 15

Mittwoch, 10. März, 18 Uhr, Chemnitz
Buchvorstellung und Gespräch: *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität.* 4 Bände, erschienen im Karl Dietz Verlag, Berlin.
Mit dem Herausgeber Prof. Dr. Klaus Kinner.
QUER BEET, Rosenplatz 4

Donnerstag, 11. März, 18 Uhr, Leipzig
Zeitzeugengespräch zu den Kindertransporten nach England. Mit Dr. W. Tschapek, Leipzig. In Zusammenarbeit mit BdA Leipzig
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt
Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Wir gratulieren!

Unser Genosse

Manfred Schramm

*feiert am heutigen 12. Februar
81 Lebensjahre!*

*Ebenfalls den 81. Geburtstag
begeht unsere Genossin*

Ursula Pörschmann

am 22. dieses Monats.

Beiden Jubilaren herzliche Glückwünsche!

Eure Genossinnen und Genossen der Basisgruppe
Löbzig der Partei DIE LINKE.

Stadtgeschichtliches Museum

Leipzig, Markt 1

Veranstaltungen

2.3., 16.30 Uhr, Lebendige Geschichte: *Begegnung mit Clara Schumann.* Ulrike Richter führt singend durch das Alte Rathaus. Eintritt: 6 Euro

6.3., 20 Uhr, MDR-Rathauskonzert: *Der Rose Pilgerfahrt* von Robert Schumann. Eintritt: 17–20 Euro

7.3., 11 Uhr: *Fesseln(des) aus der Leipziger Justizgeschichte.* Führung durch das unterirdische Gewölbe mit historischen Gefängniszellen.

10.3., 19 Uhr, Lebendige Geschichte: *Abend-Tour mit Hieronymus Lotter durch die Renaissance-Räume des Alten Rathauses.* Eintritt: 9 Euro

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

6.3. und 7.3., 16 Uhr: *Im Kreis der Vampire,* Kindertheaterprojekt, P 8

13.3., 20 Uhr: *Theatre Noir,* Jugendtheaterprojekt, P 14

Initiative Christliche Linke

8.3., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig: Vortrag von Dr. Kurt Meier *Kirche in Diktaturen – zur Frage von Anpassung und Widerstand.*

Schaubühne Lindenfels

Leipzig, Karl-Heine-Str. 50

6.3., 20.30 Uhr: *Stermann & Grissemann: Die deutsche Kochschau* (Satire-Show)

7. und 8.3., 20.30 Uhr: *Axel Hacke liest: Das Beste aus aller Welt.*

14.3., 16 Uhr, Kammermusik und Film: *Im Rausch der Töne und Bilder: Robert Schumann zum 200. Geburtstag. Anschließend: »Frühlingsinfonie«*

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.
Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr, im Stadtteilzentrum Messemagisträle, Str. des 18. Oktober 10a

SZM

Stadtteilzentrum Messemagisträle
Leipzig, Str. des 18. Oktober 10a

18.2., 15 Uhr: *Erzählcafé für Senioren*

20.2., 14 Uhr: *Familiennachmittag für Kinder und Eltern, Enkelkinder und Großeltern.*

16 Uhr: Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen *Der gestiefelte Kater.* Eintritt: 2,50 Euro
25.2., 15 Uhr, Café mit Thema: *Was gibt es Neues von den Kasen? – Leistungsmöglichkeiten für das Alter*

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion:

Kurt Schneider, Helmut Ulrich, Michael Zock (V.i.S.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax Redaktion: 0341/21 32 345

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. Februar 2010
Die nächste Ausgabe erscheint am 12. März 2010

Leipzig
NEUE

LIMA
arena
campus
digital
radio
union camp
thema
werkstatt
vor Ort
redache
quelle

7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz

ZEICHEN SETZEN

Berlin 10. - 14. März 2010
www.lima-akademie.de

LIMA partner
der Freitag Das Meinungsmedium
die tageszeitung

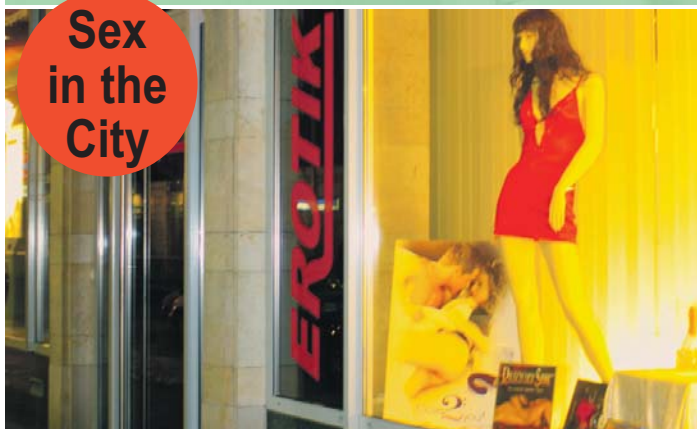
Helle Panke melodien: rhytmus
taz panterstiftung JOURNALISTEN

Stadt Leipzig RV

Petition Nr. 002/09 vom 13.11.2009

Gremium Petitionsausschuss	Votum 8/0/0	Stellungnahme der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Beschluss der Ratsversammlung vom 20.01.2010, Votum		

Erotikshop Universitätsstraße



»Sex in the City« erregte jetzt ein wenig das Rathaus

Foto: ege

LN.: Der von einem Bürger kritisierte Erotik-Shop existiert seit Juli 1990 und wurde gewerberichtlich ordnungsgemäß angezeigt. Die Gründung des Geschäftes erfolgte somit vor dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes für die Innenstadt und wurde zum damaligen Zeitpunkt stadtplanungs- und baurechtlich nicht beanstandet. Der derzeit gültige Bebauungsplan »Nutzungsarten im Stadtzentrum« schließt Einrichtungen mit überwiegend sexgewerblichem Charakter – das betrifft auch einschlägige Handelsgeschäfte – aus. Soweit zum Offiziösen. Das heißt, neue Händler der freizügigen Art werden nicht mehr zugelassen. Also genießt dieses seit 20 Jah-

ren bestehende Geschäft Bestandschutz. So ein Thema sorgt seit jeher für Grien und kontroverse Vorstellungen auch im Leipziger Rathaus. Darum wurde abschließend gar nicht sexy formuliert : »Es fehlt an jeglicher Rechtsgrundlage für die Beseitigung der Auslagen oder gar des Geschäftes, wenn durch dessen Betreiber keine Rechtsverstöße im Hinblick auf den Jugendschutz begangen werden. Das Ordnungsamt wird die Gestaltung des angesprochenen Geschäftes entsprechend der zulässigen Auslagen überwachen und – so erforderlich – die notwendigen Maßnahmen ergreifen.«

Der Apfel des Demoskopos

Die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Humanität wetteiferten darum, wer die Schönste sei. Jede rühmte ihre herausragenden Vorzüge und behauptete, für die Menschen von höchster Wichtigkeit und ihres Lebens tiefster Inhalt zu sein. Die Freiheit sagte: »Ich ermögliche es ihnen, sich von aller irdischen Schwere zu lösen und hoch in die Lüfte zu erheben, wo sie ihre Träume verwirklichen können.« Die Gerechtigkeit erwiderte: »Ohne mich wäre das Menschenleben voller Qual und Sorge, denn nur die Hoffnung auf das Gute und Richtige vermag ihm einen Sinn zu geben.« Die Humanität hielt dagegen: »Wie es schon mein Name ausdrückt, ist die Menschlichkeit die entscheidende Qualität des Menschen, dessen menschliches Wesen sich nur in seiner adäquaten Menschlichkeit entfalten kann, welche dem Wesen des

Menschen, also seiner Menschlichkeit, zutiefst entspricht und in ihrer höchsten und reinsten Vollendung ...« Da sie sich nicht einig werden konnten, beauftragten sie ein Meinungsforschungsinstitut, um mittels exakter demoskopischer Erhebungen ihren Streit zu schlichten. Als das Ergebnis vorlag, stellte sich zur allgemeinen Überraschung heraus, daß keine von ihnen mehr als zehn Prozent der Stimmen erhalten hatte. Dagegen hatten über zwei Drittel der Befragten unabhängig voneinander die Demokratie auf den ersten Rang gesetzt. Nach Aussage der Meinungsforscher wurde diese Wahl von den Umfrageteilnehmern damit begründet, daß jede der drei ursprünglichen Kandidatinnen zwar eine Seite des schönen Scheins verkörpere, die Demokratie jedoch alle.



Ist ihnen der »Apfel« gut bekommen? Das war eine kleine Kostprobe von Reinhard Lochners neuesten Erkenntnissen. »Als ich die Texte für nebenstehendes Buch geschrieben habe, war ich mir bewusst, dass es um dieses Land, diese Gesellschaft und vor allem die Menschen schlimm bestellt ist. Mittlerweile ist mir klar geworden, dass die Situation noch viel schlimmer ist.«

Das garstige Buch enthält politisch-satirische Texte, die in die Abschnitte Fabeln, Märchen, Mythologisches, Deutsches, Literarisches Erbe, Phantastische Realität, (Ver-)Wählen unterteilt sind.

Erschienen beim Engelsdorfer Verlag, Preis 11,40 Euro, ISBN 3 - 86901 - 479 - 2

Wenn man einem 18-Jährigen den Laptop wegnimmt, wäre das mit dem Entzug der Mutterbrust beim Baby vergleichbar.

DLF 29.1.

Kinder gehen in Haiti nicht in die Schule, da sie nichts zu essen haben und sich darum kümmern müssen. Diese Probleme haben nichts mit dem Erdbeben zu tun. Die Zahl der Analphabeten beträgt im Land 50 Prozent.

MDR-Figaro 31.1.

Ich gehe nicht gern ins Theater, weil dort meistens jedes größere Problem zum Dialog verkleinert wird. Ich glaube auch nicht an die Intendantenpraxis, einem Regisseur etwa »Kabale und Liebe« in die Hand zu drücken, und dieser Regisseur muss sich was dafür ausdenken.

Theaterautor René Pollesch im KulturSPIEGEL 2/2010

Die Wunschpartner CDU/CSU und FDP benehmen sich wie ein zänkisches Ehepaar, da kann man auch ihre 100 Tage feiern.

Bericht aus Berlin/ARD 31.1.

FUNDSACHEN

In letzter Zeit ist häufig von Cross-Border-Leasing-Geschäften der Stadt Leipzig die Rede. In diesem Zusammenhang wurde erwähnt, dass diese Verträge einen Umfang von jeweils etwa 1000 Seiten hätten und in Englisch abgefasst seien. Mich würde nun sehr interessieren ob diese fachkundig ins Deutsche übersetzt worden sind? Oder wollte man, trotz Millionengeschäften, einige Tausend Euro Übersetzungskosten sparen? Leserbrief / LVZ 1.2.

Die jetzige Bundesregierung hat schwach begonnen und dann stark nachgelassen.

LVZ 4.2.

Die neue Farbenlehre: Links schlägt sich, links verträgt sich. Was kann Rot-Rot-Grün verbinden? Wochenzeitung »der Freitag« 4.2.

In Leipzig gibt es ständig mehr gesetzlich Betreute. Ihre Zahl stieg binnen weniger Jahre von 5992 (2005) auf 6558 (2009). Außerdem würden viele junge Leute infolge von Drogen- oder Alkoholsucht geschäftsunfähig.

LVZ 5.2.

In Deutschland dopen sich zwei Millionen Arbeitnehmer regelmäßig für ihren Job mit Pharmaka.

DLF 7.2.

NOTIERT VON SIEGFRIED KAHL

Die letzte Frage an LN in dieser Ausgabe: Ist der Diebstahl von Kundeninformationen die neue Form des Banküberfalls? Im Prinzip ja! Es bleibt aber entscheidend, was hinten rauskommt, und wer bestraft wird.

